DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

130/131 | 12. JAHRGANG | Juli/August '95 | 8,00 DM

SCHWERPUNKT FUTSCH

Razzia gegen linke Medienprojekte

Indirekt betroffen von einer am 13. Juni durchgeführten bundesweiten Razzia bei über 80 Wohnungen, linken Projekten, Infoläden und Vereinen ist diese Ausgabe der CONTRASTE. Auf einem in Lübeck beschlagnahmten Computer befand sich das Schwerpunktthema, welches eigentlich mit diesen Zeilen beginnen sollte. Stoff genug für einen Notschwerpunkt...

Während einer Flugblattaktion in Köln — Foto: Rote Hilfe Kiel

Kurt Regenauer aus Nürnberg ● Ursprünglich sollte hier als Sommerschwerpunktthema das älteste Alternativprojekt Schleswig-Holsteins besprochen werden. Die »Alternative Tagungsstätte e.V.« mit Kulturcafé, Kneipe und zahlreichen dort ansässigen Projekten auf der Wallhalbinsel – in Lübeck liebevoll »Walli« genannt – hat seit ihrer Gründung 1978 eine wechselvolle Geschichte. Am 13. Juni um 6.00 Uhr morgens in aller Frühe war ein neues Kapitel angesagt: Starke Polizeikräfte umstellen das Projekt und die zur »Walli« gehörende Wagenburg wird gestürmt.

»Ich wurde wach durch Hilfeschreie!« berichtet ein Bauwagenbewohner. »Gleichzeitig hatte ich den Lauf einer Pumpgun auf mich gerichtet. Zwei vermummte in Jeanskutten und kugelsichere Weste gekleidete Männer, bewaffnet mit Feuerwehraxt und Pumpgun, standen vor mir. Nazis oder Bullen? Als ich zum Fenster herausschauen konnte, sah ich Bullen vom MEK und SEK, teils mit Stahlhelmen, kugelsicherer Weste, vermummt, mit Maschinenpistolen und Pumpguns bewaffnet.... Die Alternative war zu diesem Zeitpunkt von den Bullen absolut abgeriegelt und mensch durfte das Gelände nicht verlassen und betreten. Unser Freund und Genosse Andreas wurde sofort von mehreren SEK'lern abgeführt und hier ins Behördenhochhaus verfrachtet. Später um 10.30 Uhr wurde Andreas dann mit einem Hubschrauber nach Karlsruhe verschleppt.«

Andreas Ehresmann ist jedoch gleichzeitig auch für den eigentlich erstellten Schwerpunkt verantwortlicher Autor von CONTRASTE. Mit ihm geklaut wurde auch sein Computer und sämtliche Unterlagen, die an dieser Stelle eigentlich erscheinen sollten: Artikel zu den Projekten und den Ideen der BewohnerInnen der »Walli« sowie zu ihrer bedrohten und unwägbaren Zukunft...

Andreas saß bis Anfang Juli in Bruchsal, seither in Lübeck in U-Haft. Ihm und sämtlichen Verhafteteten der bundesweiten Polizeiaktion – in ihrem Gefolge kam jetzt auch ein Zeuge in Beugehaft – wird Unterstützung einer »kriminellen Vereinigung« vorgeworfen.

Ein Schlag gegen die Medien der linken Szene...

Dies ist in diesem Jahr nicht der erste, aber der bislang wuchtigste Schlag gegen alternative und linke Infrastruktur, der von den Innenbehörden durchgeführt wird. Bereits zu Jahresbeginn traf der Bannstrahl von Paragraph 129a CONTRASTE-Autorin Ursel Quack aus Saarbrücken (wir berichteten). Ursel wurde vorgeworfen, mit Aktivitäten in antirassistischen und Stadtteilmedienprojekten das RAF-Konzept einer »Gegenmacht von unten« zu verfolgen.

Mit der neuen Aktion wird ein Schritt weitergegangen. Eine ganze Zeitung, das Autonomenblatt »radikal«, wird zur »terroristischen Vereinigung« erklärt und alle, die in den Augen der Fahnder etwas mit ihr zu tun haben, stehen im Paragraph 129a-Visier der Bundesanwaltschaft.

»Radikal« und verfolgbar werden somit letztendlich wir alle. Welcher CONTRASTE-Autor/welche Autorin hat »radikal« noch nie gelesen oder gar weitergereicht, etwa weil dort nicht zuletzt auch schon einmal ein Artikel aus CONTRASTE (bezeichnenderweise »Über die Krise der autonomen Medien«) abgedruckt und zur Diskuaaion gestellt war? Auch war »radikal« oft genug der einzige Bezugspunkt, unzensiertes Material zu recherchieren oder zur Diskussion zu stellen.

CONTRASTE veröffentlicht in dieser Ausgabe daher Material von und über »radikal«, welches deutlich macht: »radikal« war nie eine festgefügte Gruppe/Organisation, sondern immer nur ein notwendiger Reflex derjenigen Szene der Alternativen und Autonomen, die anders keine Chance hatte, ihre Öffentlichkeit zu finden, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen.

...und in der Öffentlichkeit Friedhofsruh!

Währenddessen wird in den Vorstandsetagen und Verbandszentralen der mittlerweilen arrivierten Szene zur Tagesordnung übergegangen. Rechtzeitig zur Razzia lanciert waren nämlich Presseverlautbarungen der verantwortlichen Behörden, die das mediengerecht inszenierte Schreckgespenst »Antiimperialistische Zellen (AIZ)« oder »K.O.M.I.T.E.E.« zum Gegenstand der Durchsuchungsaktion machte.

Auch wenn der Polizeischlag diesbezüglich gar keine Erkenntnisse bot (Szenejargon: »Operation Wasserschlag«) – sich naß machen, gar im Regen stehen wollte keineR der PolitikerInnen oder Verbandsoberen (immerhin zwei ehemals oder künftige rotgrüne Landesinnenministerien waren betroffen). In der Öffentlichkeit herrscht Totenstille, während fast ein halbes Dutzend Menschen für das Recht, unzensiert zu kommunizieren oder nicht darüber zu petzen, einsitzt.

Der Gewöhnungseffekt, solche Polizeimaßnahmen gegen linke Infrastruktur hinzunehmen, während gleichzeitig Briefbomben der alten und neuen Nazis explodieren, ist erschreckend eingeübt, normal, in unzähligen Koalitions- und JungparlamentarierInnentreffen anscheinend als legitime Variante des »Gewaltmonopol des Staates« vorbesprochen worden.

Vor 10 Jahren ließen die Grünen noch vermeintliche Herausgeber von »radikal« auf ihrer Liste ins Europaparlament einziehen, damit sie durch parlamentarische Immunität davor bewahrt werden, in den Knast einfahren zu müssen. Heutzutage ist dasselbe offensichtlich nur noch ein Achselzucken wert.

Für linke Gegenöffentlichkeit

CONTRASTE jedenfalls benutzt die durch die repressive Staatsattacke leergewordenen CONTRASTE-Stellen (Seite 7-9), um Betroffene und Engagierte zu Wort kommen zu lassen. Nebst »radikal«em Material ist dies eine Zusammmenfassung und Bewertung der gesamten Polizeiaktion aus der Sicht der »Roten Hilfe«, die uns umgehend erreichte. Dankeschön. ●

AUS DEM INHALT:

CONTRASTE-INTERN

Es ist soweit. Mit massiver Unterstützung aus LeserInnenkreisen mittels Nica-Kaffee und Keksen haben wir es geschafft. Die BUNTEN SEITEN sind in der Zielgerade und können wie geplant ab Mitte September ausgeliefert werden. Vielen Dank – auch für die Geduld der vielen VorbestellerInnen. Mehr zu den BUNTEN SEITEN und und der geplanten Weiterentwicklung zur Vernetzungs-Datenbank auf Seite 2.
Auf der Strecke während der Produktion blieben unser Laserdrukker, Kopiergerät und ein Bildschirm. Über Spenden, die uns diese in unserem Haushalt nicht vorgesehenen, aber dringend notwendigen Neuanschaffungen ermöglichen, freut sich die ehrenamtliche CONTRASTE-Redaktion. Eine weitere Möglichkeit, unsere Arbeit zu fördern, ist Euer Beitritt in den Förderverein (Coupon Seite 2).
Andreas Küstermann (Redaktion Handwerk) hat eine neue Anschrift. Er ist jetzt unsere nördlichste Redaktion auf der Ostseeinsel Rügen (siehe Impressum).

NETZWERK-JUBILÄUM

Netzwerk Selbsthilfe München wird 15 Jahre. Wie alles anfing nebst einer kurzen Selbstdarstellung auf Seite 3. CONTRASTE gratuliert!!!

SAARLANDBRIGADE

Sie waren in Somalia dabei, sie beteiligen sich im Rahmen der NATO an Manövern in Kurdistan, sie sind stolz auf die Tradition der Fallschirmjäger der Wehrmacht, singen auch heute noch Nazi-Lieder und sind eine der Einheiten, welche die »Neue Weltordnung« erzwingen und erhalten sollen. Bericht der Aktion 3. Welt Saar auf Seite 4.

FUSSBALL, MEDIEN & GEWALT

Fußballfans haben die Nase voll von den rassistischen Gesängen auf den Rängen und wollen nicht länger mit den rechtsextremen Fans in einen Topf geworfen werden. Von einer neuen Fußballkultur berichtet Kai Böhne. Zum Thema »Fußballfan-Forschung« außerdem eine Buchbesprechung auf Seite 5.

ÖKO-NATIONALISMUS?

Genau dieses werfen die französische Rockgruppe »Tutti Futti« und die »Aktion 3. Welt Saar« den BefürworterInnen des pauschalen Boykotts von französischen Waren anläßlich der angekündigten Atombombentests vor. Hinter der Fassade des Ökologischen bricht hier ein offener Nationalismus hervor, der nicht mehr auf die Verursacher zielt, sondern auf die ethnische Zugehörigkeit. Nicht die staatlichen Stellen und die französische Regierung sind Zielobjekte, sondern alle Menschen, die in Frankreich leben. Seite 12

FREIE RADIOS WEHREN SICH

In diesem Jahr wurden in Baden-Württemberg fünf nichtkommerzielle Radios bis ins Jahr 2003 lizensiert. Im Haushalt wurde vom Landtag ein Fördertopf von einer halben Million Mark beschlossen, der jedoch von der Landesanstalt für Kommunikation pünktlich zum Sendestart der neuen Radios mit einem Sperrvermerk versehen wurde. Mehr dazu und ein Bericht der ersten Sendetage von Radio »STHörfunk« auf Seite 6

KOMMUNALE LANDWIRTSCHAFTSPOLITIK

Im Zusammenhang mit einer Fachtagung in der evangelischen Akademie Bad Boll entstand die auf Seite 13 dokumentierte »Boller Erklärung zur kommunalen Landwirtschaftspolitik«.

P 8008 E

SCHWEIZ: NETZWERK REDUZIERT SEINE AKTIVITÄTEN

Netzwerk on the rocks

**Mit gleichnamiger Überschrift verabschiedet sich die Mitgliederzeitschrift des schweizerischen Netzwerk aus dem Blätterwald. Die Mitgliederversammlung vom 19. Mai folgte dem Antrag des Vorstandes, die Vereinsaktivitäten stark zu reduzieren.
Wir dokumentieren den »Salopp«-Leitartikel und fügen den Kommentar eines ehemaligen Netzwerk-Sekretärs hinzu.**

Mike Weibel, Zürich ● Der Beschluß der Netzwerk-Mitgliederversammlung bedeutet neben dem Ende von Salopp auch, daß das Sektretariat nahezu verwaist sein wird und das Bildungsprogramm entfällt. Die dadurch frei werdenden Finanzmittel sollen dem vom Netzwerk initiierten Trägerverein »Interessengemeinschaft Neuer Wirtschaftsverband« (INW) zugute kommen. Dabei ist der Begriff Selbstverwaltung im Sinne einer auf Partizipation und Mitbestimmung im Wirtschaftsprozeß ausgerichteten Entwicklungsrichtung offen zu interpretieren. Opposition wurde an der schwach besuchten Versammlung keine laut; es blieb bei einigen skeptischen Anmerkungen.

War es stillschweigendes Einverständnis, Desinteresse oder gar Protestabsenz? Sitzungsleiter Günther Ketterer vom Netzwerk-Vorstand wunderte sich nicht schlecht, daß an der 14. ordentlichen Mitgliederversammlung nur zwölf Leute teilnahmen, obschon tiefgreifende Veränderungen angesagt waren. Denn das Netzwerk-Sekretariat wird faktisch aufgelöst, der Selbstverwaltungsverein wird zur Geldpumpe des Projekts »Neuer Wirtschaftsverband«.

Zur Begründung seines Antrags hatte der Vorstand den Mitgliedern einen mehrseitigen Situationsbericht geliefert. »Der Aufwand für die Netzwerk-Aktivitäten kann nicht aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden. Die Basis des Vereins ist mit werberischen Maßnahmen nicht markant zu vergrößern«, hieß es darin. Bereits an der letztjährigen Mitgliederversammlung hatte der Vorstand daher beantragt, daß Vorabklärungen zur Lancierung Alternativen Wirtschaftsverbandes (AWV) zu machen seien.

»Das Resultat dieser Vorarbeiten liegt nicht in der Form von objektiven Daten vor, erlaubt aber heute eine fundierte Einschätzung der Lage«, faßte Netzwerk-Sekretär Mike Wibel zusammen. Die Vorabklärungen liefen in drei Phasen:

1. Hearings: Es wurden verschiedene Leute aus Wirtschaft (auch Netzwerk-Mitglieder), Wissenschaft und Nonprofit-Organisationen eingeladen, um das Bedürfnis nach einem AWV zu eruieren und ein inhaltliches Gerüst aufzustellen. Dieses liegt in der »Projektplattform NWV« vor.

2. Struktur: Es herrschte unter allen Beteiligten Einigkeit darüber, daß die Vorbereitungsarbeiten baldmöglichst institutionell vom Netzwerk abgekoppelt werden sollen. Deshalb erarbeiteten Mike und Eva in der Folge eine Vereinsinfrastruktur für die IG NWV. Das Modell mit großem Vorstand und Geschäftsstelle wurde an der Gründungsversammlung im Januar 1995 dergestalt geändert, daß nun ein siebenköpfiger Vorstand vornehmlich aus Netzwerk-Kreisen amtiert.

3. Aktuelle Situation: Der Vorstand der IG sucht eineN PromotorIn und trommelt gleichzeitig eine Arbeitsgruppe Leitbild zusammen, die ein entsprechendes Grundlagenpapier erarbeiten wird.

Fortsetzung Seite 3

EDITORIAL

CONTRASTE konnte es angesichts des aktuellen Standes der auf Seite 1 angeführten Repressionswelle nicht mehr schaffen, einige angekündigte Themen zu bearbeiten – einige neue kamen dazu. Im Wort sind wir mit inzwischen wiederum geschobenen Zahlen über die Arbeit der Ökofonds.

Der verantwortliche Redakteur Kurt Regenauer konnte überdies nicht ein vom grünen Bundesschatzmeister Henry Selzer angebotenes Streitgespräch mit ProtagonistInnen zur grünen Stiftungsdiskussion organisieren, sondern mußte in seinem alltäglichen radikalen Umfeld sondieren. All dies wird im Herbst nachgeholt...

Dafür ist in dieser Ausgabe aus aktuellem Anlaß neben dem Notschwerpunkt zum wiederholten Male das Verschlüsselungsprogramm PGP nebst der drohenden Kriminalisierung des Softwareautors Phil Zimmermann Gegenstand (s. Seite 10). Die Polizeiaktion, der auch alle anderen Umstellungen zuzuschreiben ist, richtetete sich nach Angaben von Projekten gezielt gegen solche Computer, die PGP auf der Platte hatten. Zumindest im Fall des Frauennotrufes Neumünster wurde eine Beschlagnahme der Computeranlage nach Aussagen der beteiligten Beamten nur dadurch verhindert, daß PGP dort nicht anzutreffen war.

Wir beschreiben in dieser Ausgabe daher auch noch einmal, worum es dabei geht und erklären, wie wir selber trotzdem mit BUNTEN SEITEN u.a. auf die »Datenautobahn« wollen. ●

BUNTE SEITEN 95: 10.000 ADRESSEN IM BUCH ZUR »Szene«

...vom Nachschlagewerk zum Vernetzungsmedium?

Mehr als ein reines »Who is who« in der Alternativen Ökonomie könnte das im September erscheinende Adreßwerk BUNTE SEITEN 95 werden. Der so aufgelegte Datensatz ist von CONTRASTE-Regionalkontakten bearbeitet, erstmalig auf ALLE verfügbaren, uns bekannten Initiativen und Projekte bezogen und umfaßt zahlreiche Entwicklungsperspektiven.

Als Buch oder als Diskette zum Buch kann der so entwickelte Fundus zu einem neuen erstrangigen Informationsmedium werden, wer wo wie was wann und natürlich warum und mit welchem Engagement unternimmt. Völlig neue Ausdrucksmöglichkeiten und damit auch Vernetzungsebenen bietet somit eine Art interaktive Datenbank zum Buch, die nach Erscheinen des Buchs durch die Reservierung von Informationsfeldern zum reinen Adreßabdruck möglich wird.

Dem Buch liegt ein erster Fragebogen bei, der dem/der LeserIn eine Strukturvorgabe zur Informationserstellung vorschlägt. 12 Jahre nach der ersten Bewegung zum Volkszählungsboykott verschieben sich in unseren Augen die Gewichte durch »die Macht des Faktischen«:

Wir alle stehen durch die mediale Entwicklung vor der Frage, mit den Mitteln der neuen Technologie FREMDEBESTIMMT ODER SELBSTBESTIMMT umzugehen.

Die »schöne neue Welt« der Alternativen wird in der Informationsgesellschaft der Zukunft vermutlich als virtuelle Scheinwelt von Ökos, Müslis und Skurillem gezeichnet werden. Das, was wir als DEFINITIONSMACHT VON UNTEN dagegen einsetzen können, müssen wir jetzt einbringen.

Das Fernziel, hierdurch auch eine alternative ENTWICKLUNGSKOMPETENZ über das »Was/Wann/Wo« der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens zu entfalten, ist aber ohne offensive Nutzung all der Informationskanäle, die sich der künftigen Gesellschaft erschließen, nicht mehr zu verfolgen.

CONTRASTE zieht hierbei die Konsequenz, die BUNTEN SEITEN für die Datenautobahn kompatibel zu machen und verbindet das mit dem dringenden Aufruf an alle an Alternativen interessierten, sich hiermit auseinanderzusetzen. Ein erster Schritt ist der Fragebogen der BUNTEN SEITEN, der es den KonsumentInnen und ProduzentInnen alternativökonomischer Dienstleistungen und Produkte ermöglichen soll, sich einzubringen und das »Alternativeselbst zu bestimmen.

Weitere Schritte könnten Fahrstunden auf der Datenautobahn sein, die es allen erschließen, über neue Medien zu kommunizieren, zu handeln und Eigenes einzubringen... ●

BUNTE SEITEN, Herbst/Winter 95/96 mit über 10.000 Anschriften aus der BRD, Schweiz und Österreich, ca. 200 Seiten, 230 x 297,5 mm, ISBN 3-9240085-02-1, 30 DM
BUNTE SEITEN-Diskette: 120 DM

Bestellungen: CONTRASTE, Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg (Vorauszahlung in Form von Briefmarken, Bargeld, Scheck). Die Diskette kann auf Rechnung bestellt werden.

KONGRESS IM HERBST:

Gentechnik im Essen

Gentechnik in der Landwirtschaft und deren Alternativen sind Thema dieses Kongresses vom 29.9. bis 2.10.95 in Friedberg bei Frankfurt.

»Novel Food« – dazu gehören nicht nur gentechnisch hergestellte Lebensmittel. Neuartige Lebensmittel und Lebensmittelzutaten sind längst Realität in unseren Warenkörben: Fleisch, daß kein Fleisch mehr ist. Fruchtjoghurt, der nie Früchte gesehen hat. Aromen, Zusatzstoffe Vitamine, die uns Altbekanntes vorgaukeln, wo in Wirklichkeit ChemikerInnen und TechnikerInnen das Essen nach einer »Produktidee designt« haben. Welche Einzelbestandteile auf welche Weise zur maßgeschneiderten Neuschöpfung zusammengesetzt werden, das bleibt weitgehend unbekannt -und den VerbraucherInnen bleibt die Sinnestäuschung. Rechtlich geregelt ist der Umgang mit dem neuen Essen in der Europäischen Union (EU) bisher noch nicht. In den Regalen einiger Länder liegt es trotzdem schon.

Gentechnik ist vor allem bei Zusatzstoffen (Enzyme, Aromen...) und Mikroorganismen (Hefen, Bakterien...) die Schlüsseltechnologie. Aber auch bei nahezu allen Kulturpflanzen sowie vielen landwirtschaftlichen Nutztieren läuft die Forschung auf Hochtouren. Vor allem die chemische Industrie versucht, alle Lebewesen und Verfahren zur Zubereitung von Lebensmitteln an die Bedürfnisse einer industriellen Produktion anzupassen. Wichtige Forschungsziele sind z.B.: Widerstandsfähigkeit von Pflanzen gegen Unkrautvernichter (Totalherbizide), Beschleunigung von Produktionsprozessen im Bereich der Biotechnologie (Bier, Milchprodukte...), höhere Streßtoleranz und schnelleres Wachstum von Mastvieh oder -fisch.

Es geht dabei nicht nur um den verstärkten Absatz einzelner Produkte, sondern um den Versuch, sich die gesamte Nahrungsmittelproduktion anzueignen. z.B.: in der Saatguterzeugung finden seit einigen Jahren Konzentrationsprozesse statt, bei denen große Chemiekonzerne zunehmend die vorher eher mittelständisch strukturierte Branche übernehmen.

Die Chemisierung und Industrialisierung der Nahrung wird seit Jahrzehnten von einer wachsenden »Bio«-Bewegung bekämpft, die sich der umweltverträglichen Produktion von Lebensmitteln verschrieben hat. Sie wird heute verstärkt und erneuert von einer wachsenden Zahl von Menschen, die sich gegen Gentechnik im Essen durch eine Vielzahl von Protesten und Kampagnen wehren: Ein breites Bündnis hat zumindest eine Kennzeichnung des »Novel Food« gefordert, damit der/die VerbraucherIn sich informiert entscheiden kann. Mit der Zahl der Freisetzungen gentechnisch veränderter Pflanzen (in diesem Jahr sind 34 geplant) stieg der Widerstand vor Ort. Interessensverbände von VerbraucherInnen und ProduzentInnen üben Druck auf die Politik aus. 80% der VerbraucherInnen haben sich in einer repräsentativen Umfrage der Zeitschrift »Essen & Trinken« gegen Gentechnik im Essen ausgesprochen.

Die Entscheidung über die Anwendung der Gentechnik ist noch nicht getroffen. Sie liegt in der Hand der VerbraucherInnen. Wenn sie sich entschlossen dagegen zur Wehr setzen, z.B. indem sie gentechnikfreie Versorgungsstrukturen aufbauen und dadurch aktiv Boykott üben, kann die Industrie keinen Erfolg haben. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Nähere Informationen bei
GeN – Gen-ethisches Netzwerk, Schöneweider Str. 3, D-12055 Berlin, Tel. (0 30) 685 80 30

4. INTERNATIONALE TAGUNG DER INWO
ZUKUNFTSFÄHIGE WIRTSCHAFT

15./16. September 1995 im Kursaal Bern

Denkanstösse und Handlungsansätze für eine zukunftsfähige Wirtschaftsordnung

Freitag, 19.30 bis 22.00 Uhr
Samstag, 09.30 bis 18.00
Abendprogramm Samstag, 20.00 Uhr

Themen

Es werden Vorträge und Diskussionsgruppen zu folgenden Schwerpunkten angeboten:

Die Geldfrage
Alternative Geldmodelle und ethisches Banking
Zukunftsfähige Handels- und Finanzpolitik
Umwelt und Ressourcenpolitik

Abschliessende Podiumsdiskussion
Separates Abendprogramm

Referate

Margrit Kennedy
Hans-Christoph Binswanger
Peter Bosshard
Helmut Creutz
Thomas Estermann
Pierre Fornallaz
Matina Hämmerli
Luzius Theiler
und andere...

Anmeldung

Tagungsprospekt mit Anmeldetalon oder tel. Anmeldung bei:
INWO, Postfach, 5001 Aarau
Tagungssekretariat: 064-24 65 22

Patronatskomitee

WWF Schweiz, Greenpeace Schweiz, Swissaid, Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt, und weitere Organisationen im deutschsprachigen Raum.

Veranstalter

INWO, Erklärung von Bern, Grüne Partei Schweiz

INWO GRÜNE EvB ERKLÄRUNG VON BERN
ZUKUNFTSFÄHIGE WIRTSCHAFT ?

EINLADUNG ZUR CONTRASTE-FÖRDERUNG

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.

O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)

O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V. · Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

TAUSCHEN STATT KAUFEN

AusTausch der Tauschring-Initiativen

Vom 27. bsi 29.10.95 findet in Berlin die erste Tagung aller bestehenden und der im Aufbau befindlichen Tauschring-Initiativen statt. Dieses Treffen soll in erster Linie dem Erfahrungsaustausch dienen.

Die Themen:

- O gesellschaftspolitische Relevanz der privaten Tauschringe für die Entwicklung von Perspektiven in der Nachbarschaftshilfe, der Gemeinwesenarbeit und für die Förderung lokaler, sozialer und ökologischer Ökonomie.
- O Rolle der Selbsthilfe in der schärfer werdenden ökonomischen Krise und bei Versagen der staatlichen Gesellschafts- und Sozialpolitik, Bedingungen für Eigenverantwortlichkeit.
- O Vernetzung unterschiedlicher Initiativen der ökonomischen und sozialen Selbsthilfe mit Hilfe von Tauschringen.
- O private und gewerbliche Tauschringe als Mittel zur Vernetzung zwischen Betrieben, Projekten, Verbänden und Initiativen, die neue Wege in der Ökonomie gehen.

Anmeldung & Information: Netzwerk Selbsthilfe e.V. Gneisenaustr. 2a, D-10961 Berlin
Tel. (0 30) 691 30 05

15 JAHRE NETZWERK MÜNCHEN...

...und wie alles anfing

1978 – Berufsverbote, Terroristenjagd, Deutschland im Herbst... und eine Zukunftswerkstatt von und mit Robert Jungk. Eine Idee entstand: Menschen sollten regelmäßig Geld in einen Fonds zahlen, damit zum einen vom Berufsverbot Betroffene sich in selbstverwalteten Betrieben eine Existenz aufbauen, zum andern Bürgerinitiativen und Selbsthilfeprojekte, die vom Staat kein Geld bekommen oder nehmen wollen, sich finanzieren könnten.

Die Idee griff schnell um sich und in den nächsten Jahren bildeten sich in der BRD zahlreiche regionale Netzwerke, unter anderem das Münchner Netzwerk.

Es war 1980 im Café Ruffini, wo sich Leute trafen, um die Gründung des Netzwerks in München vorzubereiten. München sollte von der Berliner Muttersau unabhängig werden. Sponton war zur Stelle mit Mikros und Aufnahmegeräten.

Ein Jahr später, am 23. Mai 1981, fand im Werkhaus die turbulente Gründungsversammlung statt, an deren Ende es ein Fest mit der Band »Sigurd kämpft« gab: »In der Sierra 'Schee war's ja'«.

Das erste Projekt, das dann einen Antrag auf Förderung stellte, war der »Schwarze-Stern-Hof« aus Feldafing (Grüße an Sabine und Peter!). Anhand dieses Antrags wurden die Förderkriterien eigentlich erst erarbeitet, was für das Projekt verständlicherweise recht frustrierend war. Aber Netzwerk organisierte sich, gewann und verlor Mitgliederinnen und Projekte, wuchs und schrumpfte abwechselnd. Netzwerk zog um: Vom ZOFF in der Heßstraße in die Landsberger Straße, dann nach Giesing zu Trikont, von dort ins Werkhaus, wo es sich heute mit Robin Wood ein Büro teilt.

Viele Leute und Projekte der ersten Stunde traten aus. Sie waren mit der Entwicklung, die Netzwerk genommen (oder nicht genommen) hatte, unzufrieden, hatten sich in eine andere Richtung entwickelt, oder förderten selbst ohne den Umweg über Netzwerk direkt ein anderes Projekt. Ebenso viele Mitgliederinnen blieben Netzwerk über 15 Jahre lang treu.

Zu Beginn der 80er Jahre veranstaltete Netzwerk die »Alternativen Jahrmärkte«, den ersten an der TU, den nächsten in Neuhausen im Grünwaldpark, eine Schau und ein Zusammentreffen der selbstverwalteten Betriebe und Initiativen aus München und Umgebung. 1986 dann, nach dem GAU in Tschernobyl, stellte es seinen technischen Apparat und die Menschen, die damals für Netzwerk arbeiteten, der Anti-Tschernobyl-Bewegung der alternativen Szene zur Verfügung. Initiatoren waren damals die Leute von Ulenspiegel. Die »Atomzeit« mauserte sich zum regelmäßig erscheinenden und vielgelesenen und -beachteten Antiatom-Forum.

Während des Golfkriegs organisierten die im Netzwerk zusammengeschlossenen Projekte eine Protestaktion an der Münchner Börse, die im politisch eher stillen München für Aufsehen sorgte..

In der Zwischenzeit konsolidierten sich die Betriebe wirtschaftlich, gleichzeitig aber schlief die Kommunikation untereinander ein. Dem sollten die Netzwerkfrühstücke entgegenwirken, die geduldig und hartnäckig von K.O.Back und Holzkollektiv propagiert werden. In losen Abständen finden hierzu am Sonntag um 11 Uhr bei einem Projekt, das auch gleichzeitig für das Frühstück sorgt, Treffen statt, die gut besucht sind. Oft wird über ein vorher festgelegtes Thema gesprochen. Das erste Frühstück war im »Kloster«, dann wurden die REA, Ulenspiegel, das Holzkollektiv und die Vierte Welt Koop besucht. Zwischen 15 und 25 Menschen schätzen mittlerweile diese Einrichtung, die zu einer wichtigen Meinungs- und Informationsbörse geworden ist.

Wie geht die Entwicklung von Netzwerk weiter? Die Bundestreffen sind vorerst stillgelegt, Bayerntreffen finden nicht statt, viele Dinge können aus personellen Gründen nicht angepackt werden, da die Netzwerkarbeit nur von einem kleinen Kreis engagierter Leute betrieben wird. Dabei geht es dem Münchner Netzwerk recht gut, es hat still und kontinuierlich über 15 Jahre seine Arbeit getan und im Laufe dieser Jahre viele Projekte unterstützen können. Nur wenige Gläubiger haben ihre Schulden nicht zurückgezahlt.

Um große Förderungen leisten zu können, um nicht nach der Mark und dem Konto schielen zu müssen, würde das Münchner Netzwerk sich einen Schwung neuer Mitglieder und Sponsoren wünschen. Noch wichtiger aber sind Menschen, die im Rahmen der Netzwerkgremien ihre Arbeitskraft und ihren Einfallsreichtum zur Verfügung stellen wollen und können. ●

Netzwerk Selbsthilfe München e.V., Leonrodstr. 19, D-80634 München, Tel. (0 89) 16 81 16

NETZWERK MÜNCHEN IN KÜRZE

Netzwerk Selbsthilfe München wurde 1981 ins Leben gerufen. Netzwerk unterstützt die Selbstverwaltung, Selbstorganisation und Selbsthilfe auf lokaler und regionaler Ebene. Projekte, die von staatlicher oder kummunaler Seite keine Unterstützung bekommen, oft aus Gründen politischer Mißliebigkeit, können sich hier um eine Förderung bemühen.

Diese Projekte, Betriebe und Initiativen sind notwendige, mittlerweile nicht mehr neue Modelle, die Bewußtsein verändern und neue Handlungsmöglichkeiten aufzeigen können.

Selbstverwaltungswirtschaft, vor allem aber politische, soziale und kulturelle Initiativen, brauchen Unterstützung: Brauchen Fonds zur Anlauffinanzierung, zur Beratung, zum Erfahrungsaustausch. Dies ist die Arbeit von Netzwerk, wobei Beratung und Informationsaustausch ebenso wichtig sind wie Geldvergabe.

Woher bekommt Netzwerk sein Geld?

Ungefähr 70 Menschen und über 40 Projekte aus München und Umgebung, zahlen monatlich einen bestimmten Betrag auf das Netzwerkkonto ein. Der Mindestbeitrag ist ab 10 DM. Neue Mitglieder sind herzlich willkommen, da der Geldbedarf für Projekte in München sehr hoch ist.

Wie wird das Geld vergeben?

Projekte, die Geld benötigen, stellen bei Netzwerk einen Antrag auf Förderung. Meist werden AntragstellerInnen dann von einem Vorstands- oder Beiratsmitglied beraten, ob der Antrag den existierenden, sich auch ändernden Kriterien entspricht. Das Projekt wird dann nach einer gewissen Wartezeit, die von der Zahl der zu bearbeitenden Anträge und der zur Verfügung stehenden Gelder abhängt, zu einer Beiratssitzung eingeladen.

Wer ist im Beirat?

In den Beirat kann sich jedes Mitglied oder Projekt auf der jährlichen Mitgliederversammlung wählen lassen. Projekte müssen im Beirat die Mehrheit haben, da sie mit der Realität und den Schwierigkeiten der AntragstellerInnen am besten vertraut sind. Der Beirat tagt monatlich und zwei von drei Vorstandsmitgliedern müssen auf den Sitzungen anwesend sein. Die Sitzungen sind öffentlich und in losen Abständen werden aus der Kartei Mitglieder oder Projekte gezogen, die dazu eingeladen werden.

Nach welchen Kriterien entscheidet der Beirat?

An eine Förderung werden natürlich bestimmte Anforderungen gestellt. Das zu unterstützende Projekt muß aufweisen:

- ökologische und soziale Verträglichkeit
- selbstverwaltete, kollektive Eigentumsform
- modellhaften Arbeitscharakter
- keine individuelle Profitorientierung
- Kooperationsbereitschaft mit anderen Projekten
- Betriebe: längerfristige wirtschaftliche Autonomie
- keine Konkurrenz zu bestehenden Projekten

Dies sind lediglich Ansatzpunkte für eine Förderung. Sie werden vom Beirat ständig weiterentwickelt und modifiziert.

Wer hat Schwein gehabt?

In München wurden bisher viele Projekte und Initiativen von Netzwerk unterstützt. Über 120 mal wurden Zuschüsse und Darlehen vergeben, Betriebsberatungen finanziert, oder die Antragsteller an Ökobank, Direktkreditvermittlung oder andere Geldgeber weiterverwiesen. ●

Auszüge aus der Selbstdarstellung Netzwerk München

HAMBURG

Künftig ohne Mitwirkung durch Netzwerk Selbsthilfe:

Die Lawaetzstiftung

Von Bernhard Scholer, Hamburg ● Netzwerk Selbsthilfe wird künftig keine VertreterInnen mehr im Geldvergabe- bzw. Arbeitsausschuß der staatlichen Lawaetzstiftung stellen. Der Grund ist einfach: der Topf für öffentliche Beschäftigungsinitiativen (ÖBI) ist so gut wie leer und wird von der Hansestadt Hamburg nicht mehr aufgefüllt.

Die Stadt hat ein neues Spielzeug zur Wirtschaftsförderung entdeckt: die Existenzgründungsinitiative (HEI), die anders als die Stiftung kein Geld direkt für Projekte und Betriebe, sondern Gutscheine für Kurse und Berater ausgibt.

Somit entfällt ein Fonds, der in acht Jahren u.a. 4 Mio. DM an Darlehen und 800.000 DM als Eigenkapitalzuschuß vergab. Im letzten Jahr etwa verhalf dies der Verteilerstelle der Dritte Welt-Läden nördlich der Elbe (Nord-Süd-Kontor) zur neuen Basis für fairen Handel und dem Verein Autonom Leben zur Anschubfinanzierung einer Genossenschaft, in der PflegerInnen und Pflegende kein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis mehr haben.

Die Vorteile der bisherigen Lawaetzfonds liegen dabei selbst für Wirtschaftler auf der Hand: Betriebsgründungen von mehreren Personen sind dauerhafter als Einzelgründungen und sie entlasten vielfach auch die Sozialhilfe- und Arbeitslosenkassen.

Netzwerk Selbsthilfe wird sich weiterhin für die Förderung selbstverwalteter, d.h. auf Gleichberechtigung beruhender Betriebsgründungen einsetzen. Ironie des Schicksals: Dieses Ziel ist laut Präambel der Hamburger Verfassung auch der Bürgerschaft vorgegeben.

Der Lawaetzstiftung verbleiben zwar zwei Arbeitsbereiche: als staatseigener alternativer Sanierungsträger und als Beratungseinrichtung für Betriebsgründungen aus EG- und Sozialhilfemitteln. Ob dies der ursprünglichen Aufgabenstellung noch gerecht wird, darf man bezweifeln. Dem Senat ist es kurzfristig wieder einmal gelungen, die Umverteilung von einer in die andere Tasche als werbewirksamen Neustart zu verkaufen. Auf der Strecke blieben eine Vielzahl sozial wichtiger und wirtschaftlich tragfähiger Betriebsgründungen, die nicht gleich den Banker um die Ecke begeistern. ●

Netzwerk-Beirat München

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Netzwerk on the rocks

»Alle warten darauf, daß so was endlich realisiert wird. Ob die Zeit so günstig ist für ein derartiges Vorhaben wie damals bei der Gründung des VCS (Verkehrsclub Schweiz) wird sich erst später herausstellen«, sagte Mike. »Aber weitere zehn Jahre zu warten macht auch keinen Sinn.«

Hanspeter Vieli als Referent des Netzwerk-Vorstands stellte das Projekt in einen historischen Zusammenhang und unterteilte in drei Perioden. Die Amateurphase zwischen 1980 und 1984, als in Niddau das letzte größere Netzwerkseminar abgehalten wurde. In dieser Zeit wurde das Büro anfänglich rotierend von verschiedenen Betrieben bedient, später von einer Sekretärin. Damals seien die Frauen noch sehr präsent gewesen. Die fruchtbare Periode lag zwischen 1985 und 1990, als das Netzwerk die beiden Töchter NEST (Pensionskasse) und ABS (Alternative Bank Schweiz) gebar. Beides sind heute blühende Unternehmen, während die Mutter dahinwelkt. Schließlich die »Nebeljahre« (wohl ein verklemmter Ausdruck für Klimakterium! Anm. des Setzers) ab 1990, mit zwei Fehlbesetzungen im Sekretariat. Die Rezession erleichterte die Arbeit keineswegs, denn auch die Alternativbetriebe hatten mit Problemen zu kämpfen, und daneben blieb kaum Zeit für Übergeordnetes. Hanspeter beobachtet eine gewisse »Lähmung der Szene«. Die wirtschaftliche Depression seit 1991 führte seiner Meinung nach dazu, daß sich die Menschen stärker an früheren denn an oppositionelle Werten orientieren. »Heute erleben wir einen Aufschwungbuckel, die Krise ist nicht überstanden«, analysierte Vieli. »Wenn wir keine Antworten bereithalten, dann geben sie andere, und die können dann auch in Richtung Technofaschismus gehen.«

Im Hinblick auf den Neuen Wirtschaftsverband rief Hanspeter dazu auf, den **Gewerbeverband** genau zu studieren. Für ihn sei noch offen, ob die Kräfte im Netzwerk-Umfeld eine **nachhaltige Entwicklung** zu tragen vermöchten, meinte der ropress-Geschäftsführer (größere Druckerei). »Doch ich bin überzeugt, daß der Versuch nötig ist. Ein Mißerfolg wäre allerdings fatal.«

Die nachfolgende kurze Diskussion brachte einige einige Skepsis zutage. Ursula Trozka fragte nach den Dienstleistungen des neuen Verbandes und machte deutlich, daß ähnliche Projekte auch schon versandet seine.

Heinz Vogelsänger betonte, daß er wohl im Alltag wenig mit einem Neuen Wirtschaftsverband zu tun haben werde, informelle Strukturen würden dagegen wichtiger. ●

KOMMENTAR

Auf Grund gelaufen

Das schweizerische Netzwerk als Verband von knapp 100 selbstverwalteten Betrieben oder vielmehr die meisten seiner Dienstleistungen werden eingefroren. »On the rocks« sozusagen! Die selber initiierte »Interessengemeinschaft Neuer Wirtschaftsverband« (IG NWV) soll dann wohl irgendwann mal der prickelnde Fruchtsaft sein, der das Eis wieder zum Schmelzen bringen wird. Also zielen die Hoffnungen der organisierten SelbstverwalterInnen in der Schweiz nicht auf einen Phönix aus der Asche, sondern eher auf die unbekannte Substanz, die dann irgendwann einmal noch etwas Netzwerk-Eis benötigt für ihre Vollkommenheit. Unbekannt ist sie, diese Interessengemeinschaft, wahrlich, denn ein Grundlagenpapier soll erst noch erarbeitet werden.

Schon eher scheint mir das Netzwerk auf Grund gelaufen zu sein. Anfang der achtziger Jahre in der Aufbruchstimmung einer gemeinsamen Bewegung gegründet, ist heute ein Gemeinschaftsgefühl oder gar eine gemeinsame Vision nicht mehr auszumachen. Ist das Netzwerk also auf dem harten Grund des real-existierenden Kapitalismus festgefahren? Daß es zwar eine ganze Menge an Betrieben gibt, die sich selbstverwaltet organisiert haben und gut laufen, ist durchaus richtig. Gleichzeitig fehlt aber eine gemeinsame wirtschaftliche Perspektive völlig oder mindestens fehlt der attraktive Diskussionsansatz. (Das Talent-Tauschgeld könnte vielleicht mal einer werden.) Daher durchaus konsequent, die Netzwerk-Aktivitäten auf Eis zu legen.

Übrigens: Die Überlegungen könnten durchaus auch für ähnliche Organisationen oder Verbände wie verschiedene Netzwerke oder das netz in Deutschland mal als Diskussionsgrundlage für eine Einschätzung der Situation dienen.

Die Gefahr, daß die IG NWV zum Papiertiger wird, besteht durchaus. Es braucht wohl entweder attraktive Dienstleistungen (wer soll die erbringen?) oder ein neues gemeinsames Ziel, das allerdings ohne engagierte, breite Diskussion nicht gesetzt werden kann. Der Dunstkreis um selbstverwaltete Betriebe, ökologische JungUnternehmerInnen, linke GewerkschafterInnen, autonome Lebensprojekte, sonstige Bewegte usw. ist also gefragt, wie sie WIRKLICH arbeiten wollen. Den IG NWV-InitiantInnen sind baldige Antworten zu wünschen. ●

Peter Streiff

FÜR OUT-OF-AREA-EINSÄTZE?

Die Saarlandbrigade – eine Eliteeinheit der NATO

Seit dem Ende des Ost-Westkonfliktes ist die Bundeswehr endgültig keine Armee mehr zur reinen Landesverteidigung. Immer häufiger wird über »out-of-area-Einsätze« diskutiert. Eine der Einheiten, der dabei eine führende Rolle zufällt, sind die Fallschirmjäger der »Saarlandbrigade«. Sie umfaßt rund 2.000 Soldaten und ist neben ihren drei saarländischen Standorten Lebach, Merzig, Saarlouis noch im rheinland-pfälzischen Zweibrücken und im baden-württembergischen Phillippsburg stationiert.

Tag der offenen Tür in der »Kaserne Auf der Elf« am 29.5.94 in Merzig, u.a. offizielle Darstellung seitens der Brigade ihres Somalia-Einsatzes

Foto: Bildarchiv AKTION 3. WELT Saar

Militärische Sicherung des Welthandels

Auf NATO-Ebene ist sie zum größten Teil eingebunden in die AMF (Allied Command Europe Mobile Force). Damit gehört sie zu den Krisenreaktionskräften der NATO, die innerhalb weniger Tage rund um die Erde einsetzbar sind. Schon 1992 wurde im sogenannten Stoltenberg Papier, einer Kabinettsvorlage aus dem Verteidigungsministerium, die Aufgaben einer neugestalteten Bundeswehr in der »Wahrung der deutschen Sicherheitsinteressen« gesehen. Unter deutschen Sicherheitsinteressen wird in diesem Papier die »Aufrechterhaltung des freien Welthandels« und der »Zugang zu strategischen Rohstoffen« verstanden. Das heißt im Klartext die Durchsetzung ökonomischer Interessen mit militärischen Mitteln und die Aufgabe der Vorstellung von der Bundeswehr als ein Instrument zur Verteidigung von Werten oder gar der Landesverteidigung. Spätestens hier wird klar, daß die Saarlandbrigade als Eliteeinheit zentraler Bestandteil der außenpolitischen Überlegungen der BRD ist. Einer Außenpolitik, die zusehends ökonomische Ziele auch mit militärischen Mitteln erreichen will.

In diesem Kontext passen die häufigen Manöver dieser deutschen Fallschirmjäger in Kurdistan, zuletzt im September 1994 nahe der kurdischen Stadt Gaziantep aber auch die federführende Rolle beim Somaliaeinsatz.

Bedenkliche Traditionspflege

In welche Tradition sich die Brigade dabei selber stellt, wird mit einem Blick auf ihre Werbebroschüre deutlich: unverhohlenen wird dort das 1940 geschriebene Nazilied »Rot scheint die Sonne« offen abgedruckt. Immerhin ist es das quasi offizielle Lied der Fallschirmjäger. »**Klein unser Häuflein, wild unser Blut. Wir fürchten den Feind nicht und auch nicht den Tod. Wir wissen nur eins, wenn Deutschland in Not, zu kämpfen, zu siegen, zu sterben den Tod...**«. Genauso offen werden in dieser Publikation die nationalsozialistischen Eroberungsfeldzüge als militärische Leistungen abgefeiert. »**Schon im zweiten Weltkrieg waren die Fallschirmjäger der Deutschen Wehrmacht eine besondere Truppe – ihre Waffentaten am Fort Eben Emael, auf Kreta oder am Monte Cassino sind Legende geworden und werden auch von vielen Gegnern gerühmt.**« In jährlichen Kreta-Gedenkfeiern »gedenkt« die Brigade den deutschen Fallschirmjägern, die auf Kreta ums Leben kamen. Kein Wort davon, daß deutsche Fallschirmjäger Besatzer waren, daß es auch militärischen Widerstand der Zivilbevölkerung gegen die unerwünschten Deutschen gab. Täter werden zu Opfern erklärt.

Zwei ihrer saarländischen Kasernen sind noch dazu nach »siegreichen« deutschen Generälen aus dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 benannt

Übung im Rahmen der BW-Ausstellung »Unser Heer« im April 1995 in St. Ingebert (Saarland)

Foto: Bildarchiv AKTION 3. WELT Saar

Die netten Jungs von nebenan

Etwa 70% der 2.000 Soldaten stammen aus dem Saarland. Vor Ort präsentieren sich die Militärs gerne als Teil des kulturellen Lebens und als die netten Jungs von nebenan. Pfadfindern gleich helfen sie Vereinen bei der Gestaltung von Festen und kämpfen gegen Hochwasser. »Die Kontakte zwischen Soldaten und Bevölkerung sind vielschichtig. Tag der offenen Tür, Feierliches Gelöbnis, gemeinsame Tagungen und mannigfaltige gesellschaftliche Veranstaltungen erfüllen die Beziehungen mit Leben. Nicht zu vergessen die humanitären Hilfsaktionen der Brigade zugunsten notdürftiger Menschen im Saarland sowie die Einsätze bei Naturkatastrophen. Hundertfach auch die mehr privaten Kontakte. Wer kann sie zählen, die Blicke der Soldaten rüber zu den Mädchen der Stadt«. (zitiert nach »Saarlandbrigade«, Hrsg. Luftlande-Brigade 26, Saarlouis).

Diese Form der Selbstdarstellung, angereichert durch die wirtschaftliche Bedeutung in strukturschwachen Regionen, wird von der Mehrzahl der Medien wie einer Allparteienkoalition bedenkenlos nachgebetet. Kritik war bisher ein Tabu.

Film 'Friedensengel' bringt Parteien und Bundeswehr aus der Fassung

Genau dieses Tabu verletzte der Film »Friedensengel«, der zunächst im Februar dieses Jahres von Kanal 4 bundesweit über die Frequenzen von RTL ausgestrahlt wurde. Produziert wurde er von Peter Kleinert, KAOS-Filmteam Köln, und Katrin Brüggemann, querblick aus Konstanz. Die Filmemacher drehten bei einem Manöver der Brigade sowie an einigen Kasernentoren. Neben Soldaten und Vertretern des öffentlichen Lebens kommen auch Kritiker der Saarlandbrigade zu Wort. Schon die erste öffentliche Vorführung an einem der Brigadestandorte löste heftige Diskussionen aus. Die Nerven von Parteien und Militärs lagen blank. Während ein älterer Sozialdemokrat, der nach dem 2. Weltkrieg nichts mehr mit Waffen zu tun haben wollte und die Manöver in Kurdistan kritisierte und dies im Film wie auf der Veranstaltung offen bekannte, regelrecht niedergebrüllt wurde, greifen CDU-Landtagsabgeordnete in einer gemeinsamen Stellungnahme mit der Saarlandbrigade offen zum Mittel der politischen Lüge. Sie behaupten, es hätte seit 1988 keine Manöver mehr in der Türkei gegeben. Dies ist nachweislich falsch. Sowohl die »Saarbrücker Zeitung« als auch die Bundesregierung selber gestehen ein, daß die Saarlandbrigade 1992 im Westen der Türkei und im September 1994 auf kurdischem Gebiet geübt hat.

Die SPD steht dem, bis auf wenige Ausnahmen, in nichts nach. Sie betont die wirtschaftliche Bedeutung der Brigade als Arbeitgeber und forderte sie, gleichlautend mit saarländischen CDU-Landtagsabgeordneten, auf, der Kritik mit einem öffentlichen Gelöbnis zu begegnen und damit Stärke zu demonstrieren. Die Brigade entsprach dem Wunsch und feierte sich Ende Mai mit einem öffentlichen Gelöbnis selber.

Vervollständigt wird das Bild durch anonyme Drohbriefe an namentlich genannte Mitarbeiter der »Aktion 3.Welt Saar« und einen Kurden, die sich im Film oder in Leserbriefen kritisch zur Brigade geäußert haben. Sie werden als vaterlandslose Nestbeschmutzer bezeichnet und aufgefordert, die Bundesrepublik Deutschland zu verlassen.

Übrig bleibt, daß trotz zahlreicher emotionaler Ausbrüche keiner der Kritikpunkte an der Saarlandbrigade widerlegt wurde, daß es zum erstenmal eine kontroverse Diskussion gibt. In Leserbriefen äußerte sich die Mehrzahl der AutorInnen ebenfalls kritisch zur Politik der Saarlandbrigade. Parteien und Bundeswehr sehen sich offensichtlich so stark in die Enge getrieben, daß sie mit einer Lüge und einem öffentlichen Gelöbnis darauf antworten müssen. Ein weiteres Gelöbnis ist für den 9. November 1995, 57 Jahre nach der Reichspogromnacht angekündigt.

Ansonsten verharren die Militärs in ihrer Verweigerungshaltung und lehnen kategorisch jedes Gespräch mit Kritikern ab. Ein Zeitsoldat wirft der Aktion 3.Welt Saar sogar öffentlich vor, von der kurdischen Arbeiterpartei PKK finanziert zu werden. Mit der Unterstützung für das Filmprojekt ließe sie sich zur Marionette ihrer Geldgeber machen. ●

Wer Diskussionsveranstaltungen über die neue Rolle der Bundeswehr und »Out-of-Area-Einsätze« plant, kann den 30-Minuten Film »Friedensengel« (Video) ausleihen. Zur Verfügung steht außerdem eine ausführliche Pressedokumentation der Auseinandersetzungen (5,-DM incl. Porto), Photos sowie die »Flugschrift 2« der »Aktion 3.Welt Saar«, die auch Photos aus dem Innenleben der Brigade enthält: »Aktion 3.Welt Saar«, Weiskirchener Str. 24, 66674 Losheim Tel. (0 68 72) 69 82, Fax 78 26

Roland Röder

Der Autor ist Mitarbeiter des BUKO, Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen und der Aktion 3. Welt Saar.

Tag der offenen Tür...

Foto: Bildarchiv AKTION 3. WELT Saar

Tag der offenen Tür in der »Kaserne Auf der Elf« am 29.5.1994 in Merzig (Saarland) u.a. offizielle Darstellung seitens der Brigade ihres Somalia-Einsatzes

Foto: Bildarchiv AKTION 3. WELT Saar

Anzeige

Die Saarlandbrigade

- eine Eliteeinheit der Bundeswehr -

Sie waren in Somalia dabei, sie beteiligen sich im Rahmen der NATO an Manövern in Kurdistan, sie sind stolz auf die Tradition der Fallschirmjäger der Wehrmacht, singen auch heute noch Nazi-Lieder und sind eine der Einheiten, welche die „Neue Weltordnung" erzwingen und erhalten sollen.

Videofilm:
Friedensengel
Für UNO, NATO und Deutschland in die Welt

Produktion: KAOS-Team, Köln und *querblick*, Konstanz mit Unterstützung der *AKTION 3.WELT Saar*
BRD, 1995, 30 Minuten

Flugschrift:
Flugschrift 2
4seitige Informationsschrift zur Saarlandbrigade
hrsg.: AKTION 3.WELT Saar
für Gruppen kostenlos in größerer Anzahl

AKTION 3.WELT Saar
Weiskirchener Str. 24 * 66674 Losheim
Tel 06872 / 6982 * Fax 7826
Aussagekräftige Pressephotos stehen zur Verfügung.

FANZINES, DIE GEGENÖFFENTLICHKEIT DER FUSSBALLFANS

Holt Euch das Spiel zurück!

Vor zehn Jahren, im Mai 1985, kam es im Brüsseler Heysel-Stadion beim Europapokalfinale der Landesmeister zwischen Juventus Turin und dem FC Liverpool zu gewalttätigen Ausschreitungen, bei denen 39 Menschen getötet wurden. Dies war kein Einzelfall, auch in den folgenden Jahren starben Menschen in Fußballstadien.

Im Februar 1995 provozierten englische Hooligans, zum großen Teil Mitglieder der rechtsextremen National Front, durch Schlägereien den Abbruch des Länderspiels: Irland gegen England. Solche oder ähnliche Gewalttätigkeiten, von der Tagespresse beschrieben, prägen nicht unwesentlich das Bild des pöbelnden Fußballfans in der Öffentlichkeit.

Auch in der Bundesrepublik versuchten Anfang der 80er Jahre rechtsextremistische Gruppen, unter ihnen die FAP, gewaltbereite und ausländerfeindli-

che Fußball-Hooligans für ihre nationalen und faschistischen Ziele zu gewinnen. Dies gelang ihnen zeitweise bei der Dortmunder 'Borussenfront' und bei den Berliner 'Hertha-Fröschen', gestützt auf ein Aktionspapier von Michael Kühnen, in dem er die Art und Weise der Rekrutierung vorgab.

Dumpfbackig, mit ihrer Gewalttätigkeit kokettierend, schildern Hooligans ihre Erlebisse im Stadion:

»Um 15.00 Uhr kamen dann einige Parteikameraden an und es wurde richtig gealkt. Gut gelaunt gings ins Stadion, in unseren Block, wo sich schon reichlich Hooligans, Skinheads, Kutten und andere Gewalttäter versammelt hatten. Vom Spiel her kann man nicht viel sagen, da sowieso keiner mehr was mitbekam. Wir waren ja so besoffen.«

Unter dem Motto »Reclaim the game!« (Holt euch das Spiel zurück) entwickelte sich in den letzten Jahren neben dieser primitiv-tumben, gewalttätigen Hooligan-Scene eine neue Fußball-Kultur. Zahlreiche Anhänger hatten die Nase voll von den rassistischen Gesängen auf den Rängen und wollten nicht länger mit den rechtsextremen Fans in einen Topf geworfen werden. Sie suchten nach eigenen Ausdrucksformen und gründeten massenhaft Fan-Magazine. Die Anhänger des FC St. Pauli waren hierbei mit ihren fünf Heften: Übersteiger, Unhaltbar, PiPa Millerntor, Fan-Mag und Splitter am kreativsten.

Mittlerweile hat nahezu jeder Erst- und Zweitligaclub sein von der offiziellen Vereinsführung unabhängiges Fan-Magazin. Die Publikationen heißen: Schalke Unser (Gelsenkirchen), Löwen-Zahn (1860 München), Vfoul (VfL Bochum), Nordkurve (Mönchengladbach), Schlachtenbummler (Leverkusen), Die Welle (Kaiserslautern), Frösi (Rostock) oder Gelbe Seiten (Aachen).

»Durch Kleinanzeigen bekam ich die Zines der Kollegen zugeschickt und an den Wochenenden war Spielbesuch angesagt, Freitagabend Lohrheide: SG Wattenscheid – Hertha BSC, samstags Bökelberg und sonntags Amateuroberliga Nordrhein mit dem Wuppertaler SV. (...) Gleichzeitig wuchs aber auch bei vielen Leuten das Interesse bzw. die Bereitschaft, sich kritischer mit unserer aller Lieblingssportart auseinanderzusetzen,« schildert Jürgen 'Atze' Friedrich vom Wuppertaler TNT-Fanzine seine Motivation. Jan Müller-Wiefel klagt im St. Pauli Fanzine PiPa; ihm gehen die Schwarzmarkthändler, die bei ausverkauften Heimspielen die Fans ausnehmen und für Karten den dreifachen Preis verlangen, »verdammt auf den Sack«.

In Stadionzeitungen kommen ständig nur Stars zu Wort, das Wuppertaler TNT-Info dagegen führte ein Interview mit dem »knutschenden Ordner auf der Aschenbahn«. Mit viel Spaß, Witz und Humor gehen die Redakteure zu Werke. Natürlich hat Fußball das Hauptgewicht im Übersteiger; das 'Kampf- und Spaßblatt rund um den FC St. Pauli' bleibt aber

nicht bei der sonst üblichen Punkte- und Torezählerei stehen, sondern wirft stets einen Blick über den eigenen Stadionrand hinaus. So findet ein Konzertbericht im Blatt ebenso Platz wie CD- und Video-Kritiken, auch die Rezensenten bleiben nicht vorm Fußballregal stehen, sondern nehmen auch mal ein Buch über Rockmusik, Hanfanbau oder Rechtsextremismus zur Hand.

Pro Spiel fällt ein Müllberg mit Zehntausenden von Plastikbechern an, im Übersteiger fordern St.Pauli Fans ihren Verein auf, den Getränkeverkauf von Einweg- auf Mehrwegbecher umzustellen. Eine enge Blattbindung ist der Redaktion wichtig, Leserinnen und Leser kommen ausführlich zu Wort, in der Rubrik »St. Pauli around the world« präsentieren sich Fans im Vereins-Shirt auf Urlaubsfotos.

In Gelsenkirchen bildete sich im Herbst 1992 aus Mitgliedern und Fans des FC Schalke 04 die Initiative »Schalker gegen Rassismus«. In ihrer ersten Stellungnahme schreibt die Gruppe: »Wir wollen mit Menschen, die aufgrund von Folter, Armut oder Krieg zu uns geflüchtet sind und bei uns Schutz suchen, zusammenleben können. Fußball und den Sport überhaupt verstehen wir auch als Mittel der Völkerverständigung, der internationalen Kontakte, als Verbindung zwischen verschiedenen Kulturen und Sprachen.« Weil sie der Meinung sind, daß Fußball den Fans gehören muß und nicht den Sponsoren, Privatsendern und eitlen Selbstdarstellern, gründeten sie im April 1994 ihr Sprachrohr 'Schalke Unser' mit einer 2.000er Startauflage. Ein Jahr später, mittlerweile mit einer 5.000er Auflage, vermelden sie hoffnungsfroh: »Unsere Köpfe dampfen und strahlen zur Zeit abwechselnd, weil wir eine Erfolgsgeschichte vom Tellerwäscher zum Auflagen-Millionär (bald) hinter uns haben, weil Ihr uns erwartungsvoll jede neue Ausgabe aus den Händen reißt, weil die Mannschaft unsere Comics in die Kabine hängt...«

Sowohl die Schalker- als auch die St. Pauli-Initiative engagiert sich im Bündnis der antifaschistischen Fußball-Faninitiativen und Fanclubs (BAFF), welches sich im August 1993 konstituierte.

Möge das unverständliche Verhalten des Ordnungsdienstes von Bayern München ein sich nicht wiederholender Einzelfall bleiben. Der Ordnungsdienstleiter untersagte im Mai 1994 anläßlich eines Bundesligaspiels im Olympiastadion das Aufhängen des Transparents »Schalker Fans gegen Rassismus«. ●

Der Übersteiger, c/o Fan-Initiative St. Pauli, Thadenstr. 94, 22767 Hamburg.
Schalke Unser, c/o Schalker Fan Initiative e.V., Postfach 102 411, 45824 Gelsenkirchen

Kai Böhne

MEDIENPÄDAGOGISCHE BETRACHTUNGEN ZUR FUSSBALLFAN-FORSCHUNG

Fußball, Medien und Gewalt

»Die Zunahme von Gewalt in den Fußballstadien ist (...) Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Zustands, der auf vielen Feldern eine Verrohung des täglichen Zusammenlebens und eine steigende Bereitschaft zu gewaltsamer Konfliktlösung zeigt.« So lautet die Bilanz von Jürgen Hüther in einer von vier interessanten medienpädagogischen Betrachtungen, die der Münchener Verlag Kommunikation und Pädagogik in seinem Band »Fußball Medien und Gewalt« zur Fußballfan-Forschung zusammengestellt hat.

Auslösende und verstärkende Faktoren für die Gewalt in den Stadien sind für Hüther Jugendarbeitslosigkeit, das Schwinden politischer Identifikationsmöglichkeiten und die fortschreitende Brutalisierung von Medieninhalten. »Action, linke Kniffe und Blutstropfen – Ungeahnte Reize beim 0:0 zwischen Frankfurt und Bayern – Drei Opfer« überschreibt die Hannoverschen Allgemeinen Zeitung einen Bundesliga-Spielbericht. »Gemotzt und gebrüllt, beschimpft und beleidigt wurde wie auf dem allerletzten Hinterhof« heißt es im weiteren Text, »den 50.000 wurde geboten, was zu Zeiten von Rambo und Rocky Sache ist«.

Eine Berichterstattung dieser Art enttabuisiert und enthemmt aggressive Potentiale bei Zuschauern, fährt Jürgen Hüther fort. Die auflagen- und einschaltquotenfördernde Vermarktung von Zuschauergewalt, die Verharmlosung und Legitimation von Unfairneß der eigenen Mannschaft bei gleichzeitiger Dramatisierung und Kriminalisierung der gegnerischen Spielweise sind wesentliche Stimulate für aggressives Zuschauerverhalten.

Mehrere Millionen Bundesbürger spielen aktiv Fußball. Die Sportart erfreut sich mit Abstand der höchsten Zuschauerresonanz. Diesem offenkundigen Interesse am Fußball wird von den Medien durch intensive Berichterstattung Rechnung getragen. Neben dem Spielverlauf auf dem Rasen, den Vereinen und Spielern, richten die Medienvertreter einen Teil ihrer Aufmerksamkeit auf die Fußballfans, besonders dann, wenn es zu Ausschreitungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt.

Im zweiten Beitrag von Rainer Kübert und Holger Neumann werden die Fans ausgehend von ihrer jeweiligen Motivation in drei Kategorien eingeteilt:
1. die konsumorientierten Fans, sie wollen Leistung sehen und Spannung erleben, für sie ist die Sportart austauschbar, sie schließen sich keinem Fanclub an.
2. die fußballzentrierten Fans, sie sind vereinsorientiert. Absolute Treue zu ihrem Verein, auch in sportlich schlechten Zeiten hat für sie Priorität. Sie haben eine stark ausgeprägte Gruppenorientierung und suchen nach Anerkennung bei Gleichgesinnten, die sie in Fanclubs finden. 3. die erlebnisorientierten Fans, sie suchen ein Spektakel, bei dem etwas los ist. Wird ihnen auf dem Spielfeld zu wenig geboten, erzeugen sie selbst Situationen, in denen sich ihre Erwartungen erfüllen können.

Eindeutig abgegrenzt von den Fans werden die Hooligans. Sie gehen mit der ausdrücklichen Absicht zu Fußballspielen, sich dort oder im Umfeld aggressiv zu verhalten. Hooligans betrachten ihre Ausschreitungen im Umfeld des Fußballspiels als Wettkampf den sie auch dazu nutzen, ihr Bedürfnis nach Macht zu stillen. Auseinandersetzungen von Hooligans vor, während oder nach dem Spiel werden vielfach abgesprochen. Die Hooligan-Szene läßt sich keiner politischen Richtung eindeutig zuordnen.

Die Berichterstattung über Gewalthandlungen Jugendlicher im Umfeld von Fußballspielen erhöht deren Bereitschaft zu Gewalttätigkeiten. Die jugendlichen Akteure fühlen sich bestätigt, indem ihnen öffentliche Aufmerksamkeit zu teil wird, gleichzeitig fühlen sie sich aufgefordert, sich so zu verhalten, wie es die medienkonsumierende Öffentlichkeit von ihnen erwartet.

Besondere Beachtung widmen die Autoren dem Bereich 'Medienrealität', einer im Gegensatz zur tatsächlichen Wirklichkeit von den Medienvertretern durch Selektion, Interpretation und Präsentation geschaffenen zweiten Realität.

Selbst Live-Übertragungen erlebt der Fernsehzuschauer aus zweiter Hand. Zunächst wirkt die Subjektivität des Kommentators auf ihn, im weiteren Verlauf bieten sich den Medien durch Kameraführung, die Auswahl der Zeitlupenwiederholungen und Halbzeitinterviews vielfältige Möglichkeiten, die Wahrnehmung des TV-Rezipienten zu beeinflussen. Den Medien bleibt es überlassen, welche Ereignisse besonders intensiv hervorgehoben werden. Auch der Anteil der Polizei am Ausbruch von Gewalt wird untersucht. Einige Überlegungen sprechen für die These, daß massiver Einsatz von Polizei im Fanbereich eher die Eskalation fördert, statt dem Abbau von Gewalt zu dienen. Starke Polizeikräfte im Stadionbereich tragen dazu bei, daß der Selbstregulierungsmechanismus der Gewalt unter den beteiligten Fanparteien verloren geht.

Viele Fans haben bereits negative Erfahrungen mit der Polizei gemacht. Deren Anwesenheit mit Uniform, Helm und Schlagstock erhöht in einem aggressiven Klima die Neigung zu Gewalttätigkeiten. Intensive Polizeikontrollen im Stadion fördern Solidarisierungseffekte und die Gruppenbildung bei unorganisierten Fans. Die Kontrollen vermindern die Gewalt nicht, sondern verdrängen und verlagern sie nur in weniger überwachte Bereiche außerhalb der Stadien.

Wolfgang H. Swoboda skizziert im seinem Aufsatz drei Ausrichtungen der Fan-Forschung: die Interventionsperspektive, die Erlebnisperspektive und die Integrationsperspektive.

Nachdem die wichtigsten Ursachen für gesellschaftlich unerwünschtes Fanverhalten herausgefunden sind, sollen mittels administrativer Vorkehrungen und abschreckender Maßnahmen wirksame Interventionsstrategien entwickelt werden. Erlebnisperspektive bedeutet, die Fankultur von innen und von unten statt von außen und von oben zu analysieren. Diese Studien legen stärkeren Wert auf das Selbstverständnis der Fans, auf die biographische Struktur und interne Dynamik der Fanszene als auf normatives Eingreifen. Der soziale Kontext der Fanszene soll qualitiativ rekonstruiert werden. Anhänger der Integrationsperspektive erforschen die sozialen und politischen Integrationsfunktionen des Fußballsports.

Im vierten Teil untersuchen Rainer Kübert und Holger Neumann in einer empirischen Einzelstudie am Beispiel der Anhänger des Traditionsvereins TSV 1860 München die Eigen- und Fremddefinitionen von Fußballfans.

Die vier in sozialwissenschaftlicher Terminologie abgefassten Aufsätze vermitteln zunächst eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Fanforschung. Darüber hinaus liefern sie weiteres Detailwissen und neue Interpretationsansätze. Besonders der Untersuchung über den TSV 1860 München ist zu wünschen, daß sie Nachahmung bei weiteren Vereinen findet. ●

Kai Böhne

Rainer Kübert, Holger Neumann, Jürgen Hüther, Wolfgang H. Swoboda: Fußball, Medien und Gewalt, Medienpädagogosche Beiträge zur Fußballfan-Forschung. München 1994, KoPäd-Verlag, 179 Seiten, 32 DM, ISBN 3-929061-08-2.

VOM WUNSCH ZU SENDEN ODER WIE MAN ES DANN DOCH NOCH SCHAFFT

Die ersten StHörfunk Tage

Als der Förderverein Freies Radio Schwäbisch Hall am 6. April dieses Jahres die Lizenz für Radio StHörfunk bekam, war die Freude groß. Wir nahmen die Lizenz jedoch mit gemischten Gefühlen entgegen: beinhaltet sie doch die Bedingung, innerhalb einer Frist von 9 Wochen auf Sendung zu gehen! Wir hatten damals keine Geräte, keine Räumlichkeiten, nur wenig Geld, aber immerhin eine gute Portion Arbeitswut.

Radio StHörfunk, Schwäbisch Hall ● Die Vision eines freien, unabhängigen Radios für Schwäbisch Hall und Umgebung hat uns die nötige Ausdauer gegeben, das zu schaffen, was manchmal unmöglich schien: einen funktionierenden Sender in 9 Wochen aufzubauen. Seit dem 22. Juni sind wir nun im Äther und haben unsere Träume vielleicht noch nicht verwirklicht. Eine Beschreibung der ersten Sendetage und der Sendestart-Fete macht vielleicht deutlich, mit welchen Problemen wir uns herumschlagen mußten, und warum es dann doch immer noch klappt.

17. Juni:

Dieser Tag sollte eigentlich dem Probesenden gewidmet sein...., doch es stand weder die Studiotechnik an ihrem Platz, noch waren die Tische, auf denen sie stehen sollten, fertig. Wir treffen den kurzfristigen Entschluß,den Probelauf ab Donnerstag nachzuholen.

22. Juni:

8 Uhr: Das Studio ist eingerichtet, zahlreiche Gespräche mit der Telekom haben den Probesendestart, so wie wir ihn uns vorstellen, doch noch möglich gemacht. Der Techniker der LfK, der uns beim Probesendestart hilft, wirft einen Blick auf das Chaos in der Langen Straße und nennt unseren Plan, ab Samstag zu senden, »Blauäugig«. Der Empfang: hundsmiserabel.

Erster Gedanke: wenn das so bleibt, waren drei Jahre Arbeit umsonst ....

Um 10 Uhr (große Pause) hat sich der Empfang schon so weit verbessert, daß man das Radio nicht mehr ganz aufdrehen muß, um etwas zu hören. Wir sitzen so lange im Auto, daß wir den Anfang der dritten Stunde verpassen.

Mittags ist der Empfang dann so gut, daß ihn der LfK-Techniker händereibend lobt und mit der Empfangsqualität verschiedener Feindsender vergleicht. Ab 14 Uhr ist die Hölle los im Radio. Andauernd kommen Leute, die senden wollen, und so haben wir am ersten Tag schon ein abwechslungsreiches Programm. Sobald unsere Nummer über den Äther gegangen ist: die ersten Anrufe und Faxe, Glückwünsche und Grüße ... , abends können wir uns vor Anrufen nicht mehr retten. Was wir noch brauchen, wird übers Radio durchgegeben. Wenig später besitzt der StHörfunk eine Kaffeemaschine und einen Kühlschrank. Raimund hat ein neues Betätigungsfeld entdeckt und sitzt die ganze Zeit am Telefon, um Anrufe entgegenzunehmen.

24. Juni:

Heute ist es soweit: die Sendestartfete und der Sendestart verursachen jede menge Aufregung. Das miese Wetter gibt uns den Rest. 10 Uhr: nach einigen gen Himmel gerichteten Flüchen und Verwünschungen wird noch schnell Folie für eine Überdachung des Festes besorgt. Mit dem Eintreffen der Folie stellen wir fest, daß Wäscheklammern zur Befestigung fehlen. Die haben wir dann 10 Minuten nach dem verzweifelten Ätherausruf: »Wir brauchen Wäscheklammern!« Alles schwirrt herum und baut Stände, Salatbar, Stühle und Bänke auf. Ab und zu ein flüchtiger Blick nach oben: Wird es regnen? Ab 13 Uhr treffen die ersten Gäste ein, um 17 Uhr ist die Straße vor dem Radio prall gefüllt, Nachbarn und Nachbarinnen aus der Langen Straße sitzen mit Radioleuten und Gästen friedlich zusammen. Die ersten Töne im StHörfunk bringen uns später den Vorwurf ein, die Fete wäre sozialistisch geprägt gewesen: die Schallmeienkapelle spielt die Internationale. Aga, die Radio Namensgeberin sitzt schon im Studio und liest noch einmal ihre kurze Eröffnungsrede, die dann um 17.03 Uhr über den Äther geht. Draußen jubeln, klatschen und tanzen Gäste und StHörfunkerInnen und fallen sich in die Arme. In diesem Moment ist aller Streß vergessen, den wir mit dem Radio hatten und haben werden – wir sind auf Sendung und haben es geschafft!

Bei meinem Interview, das ich später mit Rainer, einem der Radiogründer führe, ist alle Studioerfahrung, die ich während der Probesendungen gesammelt habe, schlagartig weg. Wir sitzen im Studio und sind beide so aufgeregt, daß das Interview dann doch richtig gut wird. Wenn ein Unterschied deutlich geworden ist in diesen ersten Tagen, dann vor allem der Unterschied zwischen unseren ModeratorInnen und denen der anderen Sender: Menschen, die bei StHörfunk moderieren sind nie so professionell, kalt und aufgesetzt wie bei öffentlich rechtlichen und privaten Sendern. Um den Vorwurf der kommunistischen Unterwanderung zu manifestieren, spielte um 19 Uhr noch einmal die Schallmeienkapelle. Auch wenn es über die Musik, die danach das Fest beschallte, unterschiedliche Meinungen gab, wurde doch noch bis tief in die Nacht gefeiert und beisammengesessen. Der erste Sendetag war für uns ein »würdiger« Anfang für ein Radioprojekt, das Schwäbisch Hall immerhin noch 8 Jahre beschallen wird, und für seine HörerInnen, so hoffen wir, noch viele interessante und kritische, unterhaltsame und abwechslungsreiche Sendungen produzieren wird. ●

aus: alpha press, Haller Monatsblatt, 7/95

Anzeige

RADIO VON UNTEN
Das alternative Medienmagazin

berichtet seit acht Jahren
jeden Monat in regelmäßigen
Rubriken über:
**Freie Radios in Ost und West,
Musikpiraten, aktuelle Bücher,
Gegenöffentlichkeit,
Alternativpresse
und vieles mehr**

Einzelheft (48 S.), 5 Mark
Jahresabo (12 Hefte), 49 Mark
Probeheft (3 Mark) in Briefmarken
Verlag Rainer Pinkau
Weender Str. 30, 37073 Göttingen
Tel.: 0551-55121, Fax: 44871

BADEN-WÜRTTEMBERG: LANDESANSTALT FÜR KOMMUNIKATION BLOCKIERT FÖRDERUNG

Freie Radios wehren sich

Radio STHÖRFUNK hat sich neben Radio Dreyeckland (Freiburg) entschlossen, gegen Eugen Volz, den Präsidenten der Landesanstalt für Kommunikation rechtliche Schritte vorzubereiten.

Zur Vorgeschichte:

Radio StHoerfunk, Schwäbisch Hall ● Seit Ende März sind in Baden-Württemberg fünf nichtkommerzielle Radios von der Landesanstalt für Kommunikation bis ins Jahr 2003 lizensiert worden. Dies wurde möglich durch die Änderung des Landesmediengesetzes. Bisher gab es lediglich zwei Formen der Rundfunkveranstaltung, nämlich die öffentlich-rechtliche und die privatkommerzielle. Die Finanzierung dieser Veranstalter ist gesichert; zusätzlich ist die Landesanstalt für Kommunikation beauftragt, erfolgreich zu lizensieren, das bedeutet: sie kann unter bestimmten Umständen Fördergelder verteilen. Und das führt sie auch aus: im Jahr 94 sind einige Millionen geflossen. (Der Haushalt der LfK wird über das Rundfunkgebührenaufkommen finanziert, dieses liegt im Jahr 95 bei 1,8 Milliarden DM. Davon landet ein gewisser Anteil in Höhe von ca. 23 Millionen Mark in der Landesanstalt für Kommunikation in Ba-Wü.)

Jetzt gibt es im Jahr 95 eine Veränderung in der Medienlandschaft: privat-nichtkommerzielle Lizenzen werden vergeben und die LfK ist wie üblich beauftragt erfolgreich zu lizensieren, ganz besonders soll sie das nicht-kommerzielle Novum beachten. Und auch dieses führt sie aus, aber in ganz besonderer Weise: mit der Lizenzerteilung wird ein Ausgabestopp sämtlicher Fördergelder für nicht-kommerzielle Sender erlassen. Der Präsident der Landesanstalt, Herr Volz, versieht den vom Landtag beschlossenen Fördertopf von einer halben Million Mark mit einem Sperrvermerk.

Die nicht-kommerziellen Sender wurden vom Landtag mit der Bereitstellung offener Sendeplätze beauftragt. Diese offenen Sendeplätze passen gut zum medienpolitischen Konzept, aber nicht zur Finanzlage. Daher wurde im Landtag weiterhin beschlossen, diese offenen Sendeplätze finanziell zu fördern und damit die gesetzlichen Fördergrundlagen geschaffen. So wurde uns dies mitgeteilt. Im Landtag, den dortigen Fraktionen und in der allgemeinen Öffentlichkeit,wie auch in den Freien Radios wurde angenommen, die Finanzierung ist damit gesichert.

Die LfK wurde vom Landtag beauftragt, Förderrichtlinien zu erstellen, schnell und effektiv. Diese sind bis heute nicht da, dafür aber eine Mitteilung des Vorstands der LfK vom 1. Juni 95, in der er uns über seine Auffassung informiert: er sieht keine gesetzliche Grundlage zur Förderung nicht-kommerzieller Veranstalter.

Dies führt zur Verwunderung im Landtag, den dortigen Fraktionen und in der allgemeinen Öffentlichkeit, wie auch in den Freien Radios. Zunächst könnte scherzhafterweise der Vergleich »vor lauter Bäumen den Wald nicht sehen« eine mögliche Erklärung für diese Aussage sein. Die Freien Radios kommen dagegen zur Auffassung, es handelt sich weniger um einen Scherz als um einen medienpolitischen Skandal.

Eine weitere Pointe dieser tragischen Komödie, ist die Aufforderung der LfK vom 4.7.95, die nichtkommerziellen Sender sollen bis zum 7.7.95 einen Bericht vorlegen. Dieser Bericht zum Thema »Förderung der Lfk nichtkommerzieller Veranstalter« soll am 13.7. dem Landtag vorgelegt werden. Die Lfk entschuldigt die knappe Frist von drei Tagen, indem sie vorgibt, selbst unter dieser Frist zu leiden und der Landtag den Streß auslöst. Im Gespräch mit Birgit Kipfer, Medienbeauftragte der SPD und Abgeordnete des Landtags erfährt der nicht-kommerzielle Sender STHÖRFUNK : die Anfrage des Landtags wurde schon am 22. Juni 95 an die LfK gestellt und seitdem weiß die LfK , daß am 13. Juli 95 Rechenschaft abgegeben werden muß. Sie hatte drei Wochen Zeit sich vorzubereiten, im Gegensatz zu den Betroffenen ihrer Fördermaßnahmen. Diese sollen jetzt innerhalb von drei Tagen ein komplettes Szenario ihrer mittelfristigen Zukunft in zwei verschiedenen Ausführungen vorlegen, nämlich die Entwicklung des Senders mit Förderung der LfK, und andererseits ohne Förderung. Der Bericht, der von den Fördermaßnahmen betroffenen, nichtkommerziellen Veranstaltern soll ausdrücklich dem Landtag vorgelegt werden. Ist es Zufall, Absicht oder Politik, daß die nkl Sender erst 3 Tage vorher informiert werden ?

Gesondert zu beachten ist dabei auch das Thema »Förderung der Nicht-kommerziellen Sender«, worüber berichtet werden soll. Denn erstaunlicherweise soll die LfK Rechenschaft abgeben über etwas, was sie niemals getan hat. Kein nicht-kommerzieller Sender in Baden- Württemberg hat bisher einen Pfennig finanzieller Förderung der Lfk gesehen. Statt dessen wurden wir zunächst auf die Förderrichtlinien vertröstet und schließlich mit der Mitteilung über fehlende Gesetzesgrundlagen abgefertigt. Vor Ort sieht das so aus: Menschen kommen zu uns und wollen Zugang zum Sendestudio (siehe Stichwort: (offener Medienzugang und medienpolitisches Konzept nicht-kommerzieller Sender). Alle Kräfte sind voll ausgelastet in der Koordination der Technik, des Programmablaufs, im Ringen um die Einhaltung von behördlichen Fristen und sonstigen Alltagsschwierigkeiten. Wir vertrösten die Leute auf ein Seminarprogramm der Volkshochschule im Herbst, das im Frühjahr noch sicher von der LfK finanziert werden konnte, zwischenzeitlich aber offenbar ebenfalls der Willkür des Herrn Volz zum Opfer fällt. Oder wir stellen selbst ein ehrenamtlich-chaotisches Seminarkonzept auf, worauf wochenlang gewartet werden muß. In den Seminarzeiten ist die Technik belegt, weil zuwenig davon da ist, um breite Bevölkerungsschichten unabhängig von der eigenen Produktion zu schulen. Wartelisten vor den Schnittplätzen gibt es sowieso, die Aufnahmegeräte sind ständig unterwegs.

Zusammenfassend:

Durch den Boykott des Landtags sabotiert der Vorstand der LfK erfolgreich den offenen Medienzugang in den nicht-kommerziellen Sendern, den er doch eigentlich fördern sollte. Dieses Verhalten ist ein medienpolitischer Skandal und sollte bewußt in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Hier wird hinter allerlei Fassaden eine Politik betrieben, die nicht legitimiert ist und auch keine Mehrheit finden wird, da der offene Zugang mehrheitlich befürwortet wird. Wir wären bei entsprechender Förderung in der Lage, diesen optimal umzusetzen. Eine Minderheit von Gegnern der nichtkommerziellen Radios sitzt an den entscheidenden Stellen und blockiert massiv eine Entwicklung, die von allgemeinem Interesse ist. Wir fordern endlich eine Aufhebung der Blockade, des Ausgabestopps der vom Landtag vorgesehenen Gelder. Der Sperrvermerk muß weg, die LfK soll den Beschluß des Landtags endlich umsetzen und der Verantwortliche, der Präsident der LfK, Volz muß Rechenschaft abgeben. Fadenscheinige Begründungen und vielfältige Windungen durch Eventualitäten und Interpretationen dürfen nicht länger hingenommen werden. Dem offenen Medienzugang soll endlich die nötige und beschlossene Förderung zukommen. ●

Anzeige

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Nr.54 (3/95) enthält u.a.:

★

Der Aufstand der US-Milizen
von Daniel Dunas

☆

Ökofeminismus und Deep Ecology
von Janet Biehl

★

Migration im Weltmarkt – Das Beispiel Mexiko
von R. Oja y Negra

★

Der Widerstand der ITF gegen den Nationalsozialismus, Teil 2
von Dieter Nelles

✧

Weiter: **Mumia Abu Jamal-Kampagne; Interview mit Georges Cipriani (Action Directe)** *von SF-Redaktion*; **Zum Kolonialismus: Gedächtnis und Empörung** *von Peter Paul Zahl;* **Bab-El-Qued City** *von Marianne Kröger;* **Die Rechnung aus den Kolonien** *von Jens Bjørneboe;* **Pepito Bosch - phillippinische Kultfigur** *von Karl Rössel;* **Don't call me white** *von Rotz Nase;* Rezensionen *von Dieter, Bernd, Gerhard, Nicole* zu Bücher über die Rechte, den Ritterorden vom Heiligen Grab, die Goldene Horde und Peter J. Boock.

**ABONNIERT!
(5 Nrn a. 68 S.): 30.-
Einzelpreis: 7.-**

Neu:
Wolfgang Haug/Michael Wilk

Der Malstrom – Aspekte anarchistischer Staatskritik
96 S., 16,00 DM

***SF ★Redaktion/Trotzdem
PF 1159, 71117 Grafenau
Fax 07033-45264
Tel. 07033-44273***

RADIKAL BLEIBEN IM AUF UND AB VON BEWEGUNGEN

REPRESSION

»Wir brauchen eine unkontrollierte Widerstandspresse!«

Mit dieser Forderung – nebst denen nach Freilassung der Gefangenen – melden sich Anfang Juli einige radikal-Gruppen in einem Flugblatt zur Razzia. Wir dokumentieren Ausschnitte aus ihrer Erklärung nebst Auszügen aus einem 1989 geführten Interview mit einer radikal-Gruppe...

Interview mit einer radikal-Gruppe (1989 von unserer Redaktion ID-Archiv in einer Broschüre veröffentlicht)

ID-Archiv: Die alte »radikal« (1976-1984) verstand sich selbst als Zeitung 'von der Bewegung – für die Bewegung'. Ihr offensives thematisieren militanter Aktionsformen, die teilweise sehr anspruchsvollen Theoriediskussionen und vor allem ihr fast schon ästhetisches Layout fand in der autonomen Szene Begeisterung. Die »radikal« dokumentierte, kritisierte, analysierte und mobilisierte gleichermaßen. Vor allem in den Jahren 80-84 spiegelten sich in ihr die unterschiedlichen Bedürfnisse der autonomen Bewegung wieder. Was haben die heutigen »radikal«-MacherInnen für ein Verhältnis zu dieser (ihrer) Zeitung? Was hat sich eurer Meinung nach in der Bewegung verändert?

radi: ... im Prinzip ist die radi Teil unserer Geschichte, d.h. wir waren Teil der Bewegung, haben Häuser besetzt, bewohnt und deshalb Barrikaden gebaut. Nebenbei haben wir auch radi gelesen, ohne uns groß daran zu beteiligen. War halt unsere Zeitung. Sie ist von Leuten gemacht worden, die du nicht kanntest, aber die haben dasselbe gedacht und gewollt wie du selbst.

Mittlerweile sind wir selbst »diese Leute« geworden, und damit hat sich logisch auch unser Verhältnis zur legalen radi verändert. Es ist genauer und bewußter, aber auch distanziert. Das liegt hauptsächlich daran, daß mit dem Niedergang dieser Bewegung neue Dinge in den Kopf und in die Zeitung reinmußten. Du konntest nicht so weiter machen als wäre nichts geschehen.

Damals schien alles möglich, wenn wir nur viele sind und explodieren. So war die Zeitung. Heute mußt Du Möglichkeiten vorbereiten und aus der Erfahrung lernen, daß die spontane Revolte auch über Jahre nicht erreichen konnte, daß sich wirklich wesentliche Dinge ändern. 1982 war es relativ einfach eine Zeitung in Berlin zu machen, du mußtest beobachten und die Eigendynamik ausdrücken. Heute sammeln sich u.a. Reste der Bewegung und du versuchst Erfahrungen weiterzugeben, warum eben das eher nach hinten losgeht und jenes nach vorne. Und es geht nicht allein um inhaltliche Arbeit, was normalerweise den Schwerpunkt bei jeder Zeitungsarbeit ausmacht. Die Arbeit mit dieser Zeitung muß verdeckt organisiert werden, damit kriminalisierter Inhalt überhaupt veröffentlicht werden kann. Es hat Konsequenzen wenn du sagst, weitermachen statt anpassen und nach einer Nische suchen. Es kann bedeuten, daß du langsam untergehst und keineR merkt's. Oder du organisierst dich konspirativ, um genau diese Resignation gegenüber staatlicher Kriminalisierung aufzubrechen. Also du wirst nicht illegal, weil du Bock darauf hast dich zu verstecken, sondern weil es aufgezwungen wird. Dahinter steckt die Gefahr, nach außen isoliert zu werden. Aber Illegalität ist nur eine Möglichkeit – in manchen Situationen die einzige – um den Kopf offen und klar zu behalten, damit du genau dort weitermachen kannst, wo du willst.

Es kommt darauf an, was du daraus machst, also Illegalität an sich weder dogmatisch ablehnst, noch verherrlichst. Einen Umgang damit zu finden braucht Zeit und du neigst schnell dazu, auf ein Extrem abzufahren, wenn du mit dem anderen konfrontiert bist. Da wir diesbezüglich keine Erfahrungen hatten, war es ein Versuch in ziemlich unbekanntes Neuland. Von der alten radi konnten wir kaum etwas lernen, außer über ihre Kriminalisierung und wie damit umgegangen wurde.

Was die Bewegung betrifft, konnten wir auch kaum auf etwas aufbauen. Als wir 1984 anfingen, war nichts mehr los. Die Entwicklung eines Teils der Bewegung entspricht in etwa auch unserem Werdegang in und mit der radi, nur an jeweils unterschiedlichen Punkten.

Viele hören auf und richten sich ein oder verzweifeln, andere brauchen Monate, Jahre, ein ganzes Leben, um nach der Niederlage Perspektiven zum weiterkämpfen zu finden. Eben ohne die Aufbruchstimmung der Massenbewegung, sondern aus eigener Kraft gegen die plötzliche Vereinzelung. So eine grundsätzliche Aufsplitterung ist ja schon geschichtlich bei allen Revolten und Bewegungen, z.B. bei der Apo, der Anti-Akw-Bewegung oder nach der Friedensbewegung. Der Widerstand in allen Bereichen stößt an immer dieselben Grenzen des Systems – und auch an die Eigenen. Einigen reicht eine diffuse Sensibilisierung in der Gesellschaft aus – evtl. auch bei sich selber – andere radikalisieren sich, weil sie die vorgegebenen Grenzen nicht akzeptieren und praktische Veränderungen wollen. Unter letzterem geben viele auf, weil sie sich gegenüber der scheinbaren Allmacht ohnmächtig fühlen und resignieren. Sie suchen nach einer Nische im System, wo sie bis zum Weltuntergang noch einigermaßen zufrieden leben können, und wenn's die nicht gibt, hauen sie sich mit Heroin, Alk oder sonstigen Ersatzlösungen die Birne weg.

In der Bewegung zerfällt das 'Wir-Gefühl', wenn z.B. Erfolge ausbleiben, vor der zunehmenden Konfrontation zurückgewichen wird. Wenn Bullen, die Drohung mit Knast und Medienhetze diese Wirkung erzielt haben, setzt die subtile Repression ein und verstärkt die innere Spaltung.

Solche Entscheidungspunkte gibt es in jeder Bewegung, wenn die polititischen Forderungen das übersteigen, was das System herzugeben bereit ist. Innere Konflikte sind die Chance, in 'Gute und Schlechte' zu teilen, also z.B. welche die verhandeln und nicht verhandeln, oder militanter und gewaltfreier Widerstand, die 'schlechten', die radikaleren Teile der Bewegung, bekommen ein abgestuftes Instrumentarium an Repression zu spüren – Medienhetze, Knast und Klapse, Bullenterror – um einige wieder zu 'Guten' zu machen, welche weiterkämpfen und nach zig Bewährungsproben nicht reformierbar sind, werden aufgegeben und vernichtet. Mit solch beschissener Perspektive vor Augen wächst natürlich die Anzahl der 'Guten'. Der Ausstieg in den Einstieg wird ihnen außerdem noch versüßt, d.h. sie bekommen Privilegien, von denen die Normalbevölkerung nur träumen kann. Das sind relative Freiräume zur relativen Selbstverwirklichung im System, Geld und sogar Funktionen. Im Resultat hast du dann ehemals militante HäuserkämpferInnen, die ihr Haus mit Staatskohle reparieren und davon leben, und in einem verinnerlichten Abhängigkeitsverhältnis schon die Barrikaden anderer wegräumen, um ihren Frieden mit dem System aktiv zu verteidigen. Das ist ein Beispiel aus der Realität in Kreuzberg nach der Bewegung.

Kreuzberg ist überhaupt ein gutes Beispiel, wenn du dir die Reaktionen nach dem 1. Mai 1989 anschaust, der Bezirk ist ein unkontrollierbarer Unruheherd und Gegenmacht zur Herrschaft, in der linke Positionen aber nur einen Teil ausmachen. Der Staat finanziert einen aufgeblähten Apparat an Alternativprojekten, Sozialstationen und Sanierungsträgern, in dem u.a. der reformierte Teil vergangener Bewegungen integriert ist und heute handfeste staatliche Funktionen erfüllt. Sowas findest Du nirgendswo sonst in solchem Ausmaß in der BRD – diese Gleichzeitigkeit von relativem Freiraum und Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zur Selbstverwirklichung. Wo herkömmliche Mittel zur Aufstandsbekämpfung (wie Bullenknüppel) versagen, werden Leute mit Geld gekauft, es entsteht eine Struktur, die viel effizienter – weil nahe an der Basis – die staatliche Funktion der Herrschaftssicherung übernimmt, und mit der Zeit selbst zur herrschenden Macht wird. Das sind gewollte Prozesse, die vielen eingekauften nicht bewußt sind. Da mögen einige mit guten Absichten und einem radikalen Selbstverständnis angefangen haben, aber die Zeit arbeitet gegen sie. Ihre Existenz hängt am staatlichen Tropf und staatliche Kohle wird nur vergeben, wenn sie staatlichen Interessen dient. Mit diesem Widerspruch wirst du auf Dauer schizophren oder entscheidest dich. Die allermeisten entscheiden sich für den Weg der Macht und der kleinen Reformen innerhalb des Systems. Im Ergebnis werden Initiativen von unten bekämpft und es entsteht ein qualitativ neuer Angriff auf die radikale Linke. Es ist ein totaler Unterschied, ob Springer hetzt oder die taz, weil letztere wesentlich mehr Einsicht und Wirkung innerhalb der schwammigen Zielgemeinschaft 'die Linke' hat. Auch die taz ist zu einem wesentlichen Teil Produkt der Bewegung.-Wir haben jetzt weit ausgeholt, um unser heutiges Verhältnis zur Bewegung und zur alten radi zu erklären. Es gab eine gemeinsame Geschichte, die im Augenblick der Entscheidung gegensätzlich interpretiert wurde. Einige machen weiter, andere werden über die Jahre sogar deine Feinde, weil sie dich durch die gemeinsame Vergangenheit kennen und so wesentlich effektivere Methoden zu deiner Bekämpfung entwikkeln können, als der bürokratische Apparat. Also was vor fünf Jahren richtig war, kann heute falsch sein, weil sich die Bedingungen verändert haben.

Gäbe es heute eine Neue Bewegung, wie 68, 76 oder 81, hätte sie eine neue Zeitung. Die radi wartet nicht auf neue Bewegungen, um sich dann wieder voll in's Geschehen zu werfen. Die Zeitung ist heute Bruch mit der Bewegung und gleichzeitig Weiterentwicklung auf der Basis gemachter Erfahrungen. Sie ist der Versuch, genaue und verbindliche Strukturen zu organisieren, die von Bewegungskonjunkturen unabhängig sind. Das soll nicht heißen, daß Bewegungen unwichtig sind, im Gegenteil, in ihnen wird verkrustetes und eingefahrenes Denken aufgebrochen, und die Mobilisierung geht meist über das traditionelle linke Spektrum hinaus. Aber sie werden wieder verpuffen, wenn nicht auch Erfahrungen und Geschichte der Kämpfe ernstgenommen werden und Strukturen den luftleeren Raum füllen.

Es geht uns u.a. darum, die Verbreitung radikaler Inhalte zu organisieren und uns auf die Vermittlung eines revolutionären Bewußtseins zu konzentrieren, mit gleichzeitigem Bezug zur Praxis. Ja, und diese Vermittlung sicher hinzukriegen, das ist unsere praktische Aktion, auch wenn sie im gängigem Bild von autonomer Politik nicht so auftaucht. ●

Aus: radikal – 1984-1989 – Ein Interview. Hrsg.: ID-Archiv im ISSG Amsterdam, ISBN 389408-005-1, 5 DM

Die radikal ist erreichbar über 1. Umschlag: NN, Van Ostadestraat 233n, NL-1073 Amsterdam, 2. Umschlag: ZK

Während der Solidaritätsdemo für die vier Inhaftierten in Süddeutschland im Juni 1995 Foto: Archiv

Erklärung einiger radikal-Gruppen von Anfang Juli

...Dem aktuellen Angriff gegen uns liegen im Vergleich zu den vorherigen repressiven Kampagnen zwei grundsätzliche Qualitätsunterschiede zugrunde. Einerseits werden wir nun zur eigenständigen »kriminellen Vereinigung« gemacht, andererseits wird der radikal erstmalig »durchgängig strafbarer Inhalt« unterstellt.

Ein Blick in die letzte Ausgabe zeigt, was denn nun alles strafbar sein soll. Antirassistische Straßenumbenennungen in Braunschweig, Thesen zu Nationalismus und Befreiungskampf in Kurdistan, eine Aufarbeitung der Geschichte der patriarchalen Geschlechterspaltung, ein Aufruf zur Nutzung nichtkommerzieller Radios, Debatten über linke Kampagnen zum 8. Mai...Strafbarer Inhalt? Mußten bisher immer einzelne Artikel wegen »Unterstützung terroristischer Vereinigungen« kriminalisiert werden, spart sich jetzt die BAW die Mühe und erklärt uns der Einfachheit halber gleich zur »kriminellen Vereinigung«. Damit wird offensichtlich jeder Inhalt kriminell...

...Was die Verfolgungsbehörden über uns erzählen, klingt fast wie ein Krimi. »Hochkonspirativ« seien wir organisiert, zudem hätten wir »festgefügte Organisationsstrukturen«. Was da gefährlich und straight anmutet ist jedoch eher eine banale Feststellung. JedeR, der oder die eine Zeitung machen will, braucht »festgefügte Organisationsstrukturen«, muß sich zusammensetzen, über den geplanten Inhalt diskutieren, die Verteilung organisieren, Abos verschicken, auf LeserInnen antworten und und und. Was uns von jeder legal erscheinenden Zeitung unterscheidet ist die Tatsache, das wir diese Struktur der staatlichen Kontrolle und damit dem Zugriff der Zensurbehörden entzogen haben. Wir haben über die Jahre eine Organisationsstruktur aufgebaut, mit der eine für den derzeitigen Zustand der radikalen Linken vergleichsweise hohe Auflage von Zeitungen verdeckt bundesweit verteilt wird. Wie andere Gruppen, die versuchen, offene oder verdeckte Strukturen aufzubauen, sind wir so wieder zur Zielscheibe verschärfter Repression geworden.

Aus ihren Augen gesehen hat die BAW dafür gute Gründe, denn alle bisherigen Schritte gegen uns haben ihr Ziel nicht erreicht.

Immer erschien die radikal weiter und hängte sich keinen Maulkorb um. 1982 wurden ca. 20 Wohnungen, Buchläden und Druckereien durchsucht, um gegen die radikal wegen der »Unterstützung einer terroristischen Vereinigung« vorzugehen. 1984 wurden zwei angebliche Herausgeber der Zeitung zu zweieinhalb Jahren Knast verurteilt. Sie konnten sich der Haft entziehen, weil sie als Abgeordnete der Grünen ins Europaparlament gingen. 1991 stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen Zahlung einer Geldbuße ein. Der nächste Schlag erfolgte 1986, als die radikal schon verdeckt organisiert war. Diesmal waren ca. 100 Buchläden und Wohnungen das Ziel der Bullen. Knapp 200 Verfahren wurden eingeleitet, letztendlich wurden fünf Leute zu 4 bis 10 Monaten auf Bewährung verurteilt. Die Repressionswelle 1986 hatte – neben den immer miteinkalkulierten Zielsetzungen der Einschüchterung und Abschreckung, sowie der Fixierung der Aktivitäten auf die Repression – vor allem eins im Sinn. Die radikal sollte aus der Öffentlichkeit vertrieben und ihr Wirkungskreis eingedämmt werden. Dies gelang nicht. Trotz dem Abspringen zahlreicher Buchläden, die meist noch aus der legalen Zeit der radikal stammten und lediglich hohe Zahlungsdefizite hinterließen, wurde die Arbeit an der radi sowie deren Verteilung immer dezentraler aufgeteilt. Ein ganzes Netz aus Gruppen und Personen übernahmen aus ihren Bedingungen heraus ein Stück Verantwortung für die Zeitung. 1989 schlugen die Zensurbehörden ein weiteres Mal zu, nachdem der Amsterdamer ID-Verlag ein Interview mit uns als Broschüre herausgegeben hatte...

...Vier Leute sitzen jetzt im Knast! Das geht auch an uns nicht eben locker und spurlos vorbei. Daher wollen wir auf alle Fälle den Austausch und die Kommunikation mit den Solidaritätsgruppen.

Der Vorwurf gegen die 4 lautet: Sie sollen die radikal gemacht und verteilt haben. Aber wer »macht« denn eigentlich die radikal? Diejenigen, die Berichte von ihrer letzten Antifa-Aktion schikken, oder jene, die mal eben 10 Zeitungen von hier nach dort bringen und in ihrem Freundeskreis verteilen, oder vielleicht der, der ein paar dieser Berichte abschreibt und lay-outet, oder die, die dafür sorgen, daß nur ein einziges Exemplar durch die Mauer des Knastes dringt? Vielleicht meint die BAW ja auch die, die wochenlang diskutieren, um danach lange Artikel in der radi zu veröffentlichen. Oder jene, die tagelang hinter der Druckmaschine stehen?

Wir wissen nicht ganz genau, wen die Verfolgungsbehörden als die radikal bezeichnet, aber wir wissen, gemeint sind wir alle! Alle, die weiterhin darauf bestehen, daß die radikale Linke Kommunikationsstrukturen braucht, die sich der Kontrolle und dem Zugriff der Staatsgewalt des Staatsapparates entziehen. Und alle, die weiterhin darauf bestehen, daß man/frau sich organisieren muß, um im kapitalistisch/patriarchalen Alltag nicht unterzugehen. Deshalb liegt es auch an uns allen, diesen Angriff nicht unbeantwortet zu lassen und hinzunehmen. ●

BUNDESWEITE RAZZIEN UND VERHAFTUNGEN

REPRESSION

Alternativprojekte im Fadenkreuz der Staatsschützer

Am 13.6. wurden bundesweit auf Anordnung der Bundesanwaltschaft (BAW) über 80 Wohnungen, linke Projekte, Infoläden und Vereine durchsucht. Betroffen sind unter anderen auch verschiedene Betriebe, Arbeitsloseninitiativen, ein Frauen-Notruf-Projekt und eine Therapiegemeinschaftspraxis.

Rote Hilfe e.V., Kiel ● Große Mengen Material, persönliche Aufzeichnungen und Sachen, Fotos, Adreßbücher, jede Menge Disketten und Computer wurden beschlagnahmt. Die eingesetzten Polizisten gingen dabei in einigen Fällen mit äußerster Brutalität vor: Wohnungen wurden von vermummten SEK-Angehörigen in Kampfanzügen und mit gezogenen Waffen gestürmt, Türen wurden aufgesprengt, Blendschockgranaten kamen zum Einsatz, selbst Kinder wurden stundenlang festgehalten. Zwei Betroffene mußten eine Stunde nackt und gefesselt auf dem Boden liegen. Zufällig anwesende Personen wurden zu Zeugen erklärt, um sie mit Androhung von Beugehaft und anderen Repressalien zu sofortigen Aussagen zu erpressen: »Wenn Sie nicht mehr sagen, kommen Sie nach Karlsruhe und das kann lebensbedrohlich für Sie werden.« (ein Staatsanwalt in Lübeck)

Im Zuge dieser Durchsuchungen kam es zu vier Verhaftungen und einer größeren Zahl vorläufiger Festnahmen. Die vier Verhafteten aus Rendsburg, Lübeck, Münster und Berlin wurden noch am selben Tag zur Bundesanwaltschaft nach Karlsruhe verschleppt und dann auf verschiedene Knäste in der Nähe von Karlsruhe verteilt. Ihnen wird vorgeworfen, an der Herstellung und Verbreitung der Zeitschrift »radikal« beteiligt gewesen zu sein. Daraus wird Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (Paragraph 129 StGB) und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (Paragraph 129a StGB) konstruiert.

CONTRASTE-AutorInnen wegen Paragraph 129a im Knast

Diese Staatsschutzaktion wirft natürlich die Frage nach ihren Zielen auf. Wir denken, daß diese offensichtlich langfristig geplante Aktion unter mehreren Aspekten betrachtet werden muß.

Die Aktion spielte sich in einer gesellschaftlichen Situation ab, in der es aufgrund der faschistischen Anschläge gegen Menschen und jüdische Einrichtungen in der bürgerlichen Öffentlichkeit eine zunehmende Be-

Während einer Flugblattaktion in Köln — Foto: Rote Hilfe Kiel

DIE DURCHSUCHUNGSAKTION

Berichte aus den betroffenen Städten

NEUMÜNSTER

In Neumünster wurde der Infoladen Omega sowie die von anderen Gruppen in dem Gebäude genutzten Räume durchsucht. Der Durchsuchungsbefehl lautete auf den Infoladen Omega und Nebenräume und wurde damit begründet, daß sich einer der Verhafteten regelmäßig dort aufhalten würde. Bei dieser Durchsuchung wurden alle Materialien, Archive, Computer und Zubehör beschlagnahmt. Die Liste der geklauten Gegenstände umfaßt mehr als 30 Seiten.

Beim Informationsdienst Schleswig-Holstein wurde das komplette Büro beschlagnahmt (Computeranlagen, Papier- und Elektronisches Archiv, Scanner, Software, Privatutensilien von Mitarbeitern usw.). Alle Türen des Gebäudes wurden aufgebrochen, auch die Räumlichkeiten des Notrufes für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. Erst auf Intervention eines Anwaltes, den die Frauen hinzuzogen, konnte erreicht werden, daß die Bullen die Computer und anderes Material nicht aus dem Notruf klauten.

BERLIN

Zeitgleich um 6 Uhr morgens stürmte die Staatsgewalt (LKA, BKA) zwei Häuser und drei Wohnungen.

Durchsuchungen fanden in einem Hausprojekt in der Manteuffelstr. und zwei Wohnungen statt. Die Durchsuchungen wurden mit Paragraph 129a und der Ergreifung von zur Fahndung ausgeschriebenen Menschen im Zusammenhang mit dem geplanten Anschlag auf den Abschiebeknast in Grünau/Berlin begründet.

In der einen Wohnung wurden Computer, Disketten, Briefe etc., in der anderen Briefe, Adreßbuch und Kalender sowie Fotos beschlagnahmt. In beiden Wohnungen wurde Spurensicherung durchgeführt.

In dem Hausprojekt wurde die Durchsuchung damit begründet, daß in den Wohnungen Menschen wohnen, die eine persönliche Nähe zu den Gesuchten haben sollen.

In einem weiteren Haus in der Wrangelstraße bezog sich die Durchsuchung auf einen Mann der dort wohnt, wegen Paragraph 129/129a in Bezug auf die »radikal«.

Neben seiner Wohnung wurden noch zwei andere Wohnungen und eine Werkstatt, die sich im Haus befindet, durchsucht. Beschlagnahmt wurden Laptop und Schreibmaschine und diverser Kleinkram.

Der Mann, nach dem sie fahndeten, wurde in der Wohnung seiner Eltern festgenommen. Die Wohnung der Eltern wurde auch durchsucht. Werner wurde sofort nach Karlsruhe verschleppt. Er ist akut an Hepatitis erkrankt.

BREMEN

Am Morgen und Vormittag des 13.6.95 wurden in Bremen sechs Privatwohnungen, der Infoladen, der Frauenbuchladen Hagazussa, eine Therapiegemeinschaftspraxis (hier wurden ohne Durchsuchungsbefehl zahlreiche Gegenstände beschlagnahmt) und ein Wochenendhaus bei Bremen von BGH und BAW durchsucht. Insgesamt wurden drei VW-Busse mit Material beschlagnahmt. Zwei der Unterstützung der Herstellung der »radikal« beschuldigte Leute wurden an ihrem Ferienort vorläufig festgenomen, verhört und anschließend wieder freigelassen.

Es gab sieben Vorführungen auf die Wache und fünf ED-Mißhandlungen. Drei Personen werden der Mitgliedschaft in einer terroristischen/kriminellen Vereinigung verdächtigt, unter anderem wegen dem Sprengstoffanschlag auf das FDP-Büro in Bremen am 26.9.94. Bei einer Person ist die Begründung unklar.

HAMBURG

In Hamburg sind mindestens 15 Wohnungen durchsucht worden. Hierbei sind 8 Menschen vorläufig festgenommen worden. Die Durchsuchungen und Festnahmen wurden bei 4 Menschen mit Mitgliedschaft in der AIZ begründet, bei 2 als Mitverantwortliche der »radikal« und bei 2 mit Unterstützung der »radikal«. Nach ED-Behandlungen sind alle im Laufe des Tages wieder freigelassen worden.

Beschlagnahmt wurden in allen Wohnungen Computeranlagen, Briefe, Fotos, Cassetten, Videos, Dokumentensammlungen, etc.

KÖLN

In Köln wurden fünf Privatwohnungen, das Antifa-Café und der Infoladen durchsucht. Die Durchsuchungen wurden mit einer namentlich genannten Person, der Mitverantwortlichkeit an der Herausgabe der »radikal« vorgeworfen wird, begründet.

Für eine der Wohnungen richtete sich der Durchsuchungsbefehl gegen eine ehemalige Gefangene aus der RAF, der zur Last gelegt wird, »sich als in der Legalität lebende sogenannte Nahtstellenperson zu Mitgliedern der Kommandoebene für die terroristische Vereinigung RAF mitgliedschaftlich betätigt zu haben« (Zitat Durchsuchungsbeschluß). Sie wurde zur ED-Behandlung ins Polizeipräsidium gebracht, wo ihr auch gleich eine Information zum Kronzeugengesetz zugeschoben wurde.

Auch die Räume anderer MitbewohnerInnen wurden mit der Begründung der gemeinschaftlichen Nutzung durchsucht. Beschlagnahmt wurden Computeranlagen, eine Schreibmaschine und einzelne private Aufzeichnungen.

In der Ludolf-Camphausen-Straße stürmten maskierte und mit Maschinenpistolen bewaffnete SEK-Trupen unter Einsatz von Blendschockgranaten die Räumlichkeiten. Die Bewohner wurden gefesselt und mußten z.T. eine Stunde nackt bäuchlings auf Fußboden oder Bett zubringen. Desweiteren wurde ein Sprengstoff-Spürhund eingesetzt. Die Durchsuchung nahm mehr als 10 Stunden in Anspruch. Bei den Wohnungsinhabern wurden z.T. persönliche Gegenstände, PCs, eine Schreibmaschine und diverse Broschüren beschlagnahmt. Eine Person wurde ED-behandelt.

Das Antifa-Café wurde mit der Begründung durchsucht, daß dem Beschuldigten verfahrensrelevante schriftliche Nachrichten übermittelt und der Raum zur Verbreitung der »radikal« benutzt würde. Die Durchsuchung wurde auch auf die im Keller befindlichen Räume des Infoladens ausgedehnt. Dort brachen Einsatzkräfte eine unversperrte Tür auf, rissen Teile des Fußbodens heraus und beschlagnahmten schließlich Zeitschriften, Broschüren, Videobänder, Adressenkarteien, Ordner mit Schriftverkehr, sowie den kompletten »Technik-Park« (Kopierer, Fax, Anrufbeantworter, Schreibmaschine). Aus dem Archiv wurden sämtliche Ausgaben der »radikal« seit Ende der siebziger Jahre und der gesamte Bestand neuerer Nummern mitgenommen. Nach einer ersten Bestandsaufnahme zeigte sich, daß sich der behördliche Zugriff vor allem auf Diskussionspapiere zum Thema Widerstand, RAF-Diskussion und interne (Infoladen)Strukturen konzentrierte.

Ebenfalls durchsucht wurde der im Erdgeschoß angesiedelte Frauenraum. Auch hier wurden Ordner mit Adressen und Schriftverkehr asserviert.

Bei einer weiteren Wohnungsdurchsuchung wurden persönliche Gegenstände beschlagnahmt, der Computer wurde stehengelassen.

Ebenfalls durchsucht wurde das Haus, in dem der Beschuldigte gemeldet ist. Vermummt, behelmt und mit Maschinenpistolen bewaffnet, trat das SEK die Haustür ein und stürmte die Wohnungen. Beschlagnahmt wurden sämtliche Computer und Zubehör aller in der Wohnung lebenden Personen sowie Privatpost, Video- und Audiocassetten.

LÜBECK

In Lübeck wurde das Arbeitslosenzentrum, die Alternative inclusive der Bauwagen sowie 2 Privatwohnungen durchsucht. Bei diesem Überfall wurden drei Menschen verhaftet. Zwei der Verhafteten wurden nach ED-Behandlung wieder entlassen. Andreas E. wurde unmittelbar nach seiner Verhaftung zur BAW nach Karlsruhe verschleppt. Der Haftgrund und -befehl wurde ihm vorenthalten.

Bei der Durchsuchung auf der Alternativen wurden 3 Bauwagen aufs genaueste untersucht. Insgesamt wurden 108 Gegenstände geklaut: Das gesamte Papierarchiv, persönliche Notizen, Adressen, Stadtpläne, Reiseführer, Kontoauszüge, Broschüren, und die komplette Computeranlage mit Peripherie. Desweiteren Kraftfahrzeugbriefe, alter Reisepaß, Papierblöcke.

In der Schwartauer Allee wurden neben dem Infoladen auch die Räumlichkeiten des Arbeitslosen Zentrums (ALZ) sowie Gruppenräume durchsucht.

Der Vorstand des ALZ wurde ins Bullenhochhaus verschleppt und dort als ZeugInnen zwangsvorgeführt. Die ZeugInnen wurden mit Beugehaft bedroht, wenn sie keine Aussagen machen oder daß sie nach Karlsruhe verbracht würden. Insbesondere interessierten sich die Bullen für die Strukturen des Infoladens sowie des ALZ.

MÜNSTER

In Münster wurden fünf Wohnungen/Häuser durchsucht. Alle Durchsuchungen wurden mit Ermittlungen wegen der Paragraphen 129/129a gegen vier Männer in Münster begründet.

Rainer P. wurde mit gezogener, aber nicht auf ihn gerichteter Waffe aufgefordert, sich anzuziehen. Er wurde noch am selben Tag nach Karlsruhe gefahren.

Durchsucht wurden grundsätzlich alle Räume in den Wohnungen bzw. Häusern, auch Keller, Dachböden und Gärten. Autos und Motorräder wurden beschlagnahmt.

Alle Räume wurden fotografiert und auf Video festgehalten. In allen Gärten wurde ein Metallsuchgerät eingesetzt, in einem anderen Fall wurde hinter dem Haus gegraben, sogar ein kleiner Zierteich wurde von einem Polizeibeamten der Tauchereinheit durchsucht.

Von allen BewohnerInnen wurden Gegenstände beschlagnahmt, wie Computer und Schreibmaschinen, massenweise Disketten, Kalender mit Adress- und Telefonverzeichnissen, Zettel mit Telefonnummern, Tagebücher, Stadtpläne, vereinzelt Fotos, Briefe und Musikcassetten.

Drei der Beschuldigten wurden zum Polizeipräsidium gebracht, wo sie erkennungsdienstlich behandelt wurden. Es versucht, sie nach der ED-Behandlung zu verhören und ihnen wurde nahegelegt, Gebrauch von der Kronzeugenregelung zu machen.

OLDENBURG

In Oldenburg wurde eine Wohnung mit der Begründung Werbung für eine kriminelle Vereinigung im Zusammenhang mit Mitverantwortlichkeit an Herstellung der Radikal durchsucht.

RENDSBURG

In Rendsburg wurde eine Privatwohnung von vermummten Einsatzkräften gestürmt. Ralf M., dem diese ganze Aktion galt, wurde verhaftet und zur BAW nach Karlsruhe verschleppt. Begründung: Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Aus der Wohnung wurden Computer und sonstige Materialien (Adreßbücher, Kalender etc.) abgeschleppt.

ESSEN

Die Durchsuchung einer Wohnung in Essen-Frohnahusen wurde mit Paragraph 129 StGB begründet. Laut zurückgelassener »Zeugenbenachrichtigung« sollte sie zum Auffinden von »Beweismaterial« hinsichtlich eines Anschlags auf ein F.D.P. Büro in Bremen dienen.

Die Betroffenen waren zur Zeit der Durchsuchung nicht in ihrer Wohnung. Gegen 6 Uhr morgens riegelten ca. 50 Bullen die Straße ab und umstellten das Haus. Sichergestellt werden laut einem zurückgelassenen neunseitigen Verzeichnis als angebliche Beweismittel: Telefon mit Anrufbeantworter, ein Drucker, Computerdisketten, Bücher, handschriftliche Unterlagen, Fotos, Telefonlisten und ein Ordner mit Briefen an Gefangene. ●

REPRESSION

FORTSETZUNG VON SEITE 8

troffenheit gibt. Wenige Tage vor dem 13.6. gab es einen faschistischen Briefbombenanschlag auf eine Journalistin, am 13.6. auf einen sozialdemokratischen Lübecker Politiker.

Die Bundesregierung sieht sich genötigt, mit gelegentlichen Verboten faschistischer Organisationen und einigen Schauprozessen (Solingen) den Eindruck zu erwecken, daß die »rechtsstaatlichen Mittel« gegen faschistische Täter ausgenutzt würden. In Wirklichkeit werden diese »rechtsstaatlichen Mittel« trotz des verbreiteten faschistischen Terrors weiterhin vor allem gegen Linke verwendet. So wird beispielsweise weiterhin der größte Teil der Ermittlungsverfahren gegen »terroristische Vereinigungen« gegen Linke geführt: Allein 1992-94 gab es 389 Ermittlungsverfahren wegen sog. Linksterrorismus, (Zum Vergleich: 13 Ermittlungsverfahren wegen Rechtsterrorismus). Ein großer Teil dieser Verfahren richtet sich im übrigen gegen Menschen und Gruppen, die vollkommen legal arbeiten, wie z.B. im Paragraph 129a-Verfahren gegen Ursel Quack aus Saarbrücken, die angeblich mit ihrer Arbeit in verschiedenen linken Organisationen, wie dem »Antirassistischen Telefon«, der »Aktion Gelber Punkt« und einer Stadtteilzeitung im Auftrag der RAF das Konzept des Aufbaus einer »Gegenmacht von unten« in der Region Saarbrücken umgesetzt habe oder wie die versuchte Kriminalisierung einer Dokumentation des GNN-Verlages »BRD – RAF«. Eine Liste von Paragraph 129a-Verfahren dieser Qualität gegen Linke ließe sich endlos fortführen.

BEUGEHAFT

Im Zuge der Ermittlungen gegen eine Person aus Bremen, der die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (»radikal«) vorgeworfen wird, wurde am 4.7.95 ein Mann aus Bremen zu fünf Monaten Beugehaft verurteilt. Er sitzt zur Zeit im Knast Heimsheim bei Karlsruhe.

Bei einem Verhör in Bremen am 15.6. wurde er wegen Aussageverweigerung mit einem Bußgeld bestraft. Zwei Wochen später erhielt er eine Vorladung zum Bundesgerichtshof. Da er hier auch keine Aussage machte, wurde er in Beugehaft genommen. ●

Angesichts der Bedeutungslosigkeit der Linken in der gesellschaftlichen Diskussion und des fast vollständigen Fehlens militanter Aktionen wird im Gegensatz zu früheren Jahren eine »Gefahr von Links« der breiten Öffentlichkeit nicht bewußt sein. Am und nach dem 13.6. wurde die Durchsuchungsaktion in den Medien in Zusammenhang mit der Fahndung nach Mitgliedern der »Antiimperialistischen Zellen« (AIZ), der RAF und des »K.O.M.I.T.E.E.S.« dargestellt und damit versucht, mal wieder die »terroristische Gefahr« an die Wand zu malen. Auch die Zusammenfassung polizeilicher Aktionen gegen verschiedene Gruppen an einem Tag und die umfangreichen Hausdurchsuchungen, die zum größten Teil im Zusammenhang mit den vier wegen »radikal« Verhafteten stand, sollen den Eindruck erwecken, daß es hier darum ging, darzustellen, daß es noch immer eine große Zahl »gefährlicher Terroristen und Sympathisanten« gäbe, gegen die vorzugehen ist. In diesem Kontext wird auch klar, warum Wochen vorher die AIZ in den Medien zur Nachfolgeorganisation der RAF aufgebaut wurde. Gleichzeitig kann mit dem »Gespenst des Terrorismus« die bundesweite Hausdurchsuchungsaktion bei den unterschiedlichsten Menschen aus der linken und linksradikalen Szene und die Verhaftung von vier Menschen medienwirksam und ohne Kritik aus breiteren Kreisen befürchten zu müssen, verkauft werden.

WER SIND DIE AIZ?

Die Antiimperialistischen Zellen (AIZ) gibt es seit 1992. Sie sind aus der Diskussion um die Entscheidung der RAF, »Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat« einzustellen und die damit verbundene politische Entwicklung entstanden und kämpfen für einen »militanten antiimperialistischen Aufbruch des Widerstandes in der BRD zur Weiterentwicklung der politischen Inhalte der militant-bewaffneten Aktionen der RAF aus den Jahren 1970 bis 1991«.
Den AIZ werden verschiedene Aktionen zugeschrieben, wie z.B. auf ein FDP-Büro in Bremen und eine CDU-Kreisgeschäftsstelle in Düsseldorf, auf die juristische Fakultät der Uni Hamburg, auf den Sitz des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall in Köln, auf den CDU-Abgeordneten und Vorsitzenden der deutsch-marokkanischen Gesellschaft, Volkmar Köhler, in Wolfsburg und auf den CDU-Abgeordneten Blank in Erkrath. ●

Noch am Abend des 13.6. räumte Innenminister Kanther in der ARD ein, Ziel der Aktion sei eine »zielgerichtete präventive Maßnahme zur Einschüchterung gegen die linksradikale Szene«. Dem Zwecke der Einschüchterung sollte sicherlich dienen, daß alle möglichen Räumlichkeiten, in denen sich die Gesuchten angeblich häufiger aufgehalten haben und in einigen Fällen zufällig im selben Gebäude befindliche Einrichtungen, Vereine etc. gleich mit durchsucht wurden. Oder zu welchem Zweck werden z.B. ein Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen durchsucht, eine Therapiegemeinschaftspraxis, Arbeitslosenzentren und ähnliches. Sicherlich nicht, um weitere Erkenntnisse in Bezug auf die radikal, die AIZ oder das K.O.M.I.T.E.E. zu erhalten. Zu welchem Zweck wurde z.B. in der durchsuchten Hamburger Druckerei eine Druckplatte, nicht mit Seiten der »radikal«, sondern mit einem Flugblatt des Antirassistischen Telefons, in dem zu Mahnwachen gegen rassistische Übergriffe in Polizeiwachen aufgerufen wird, beschlagnahmt?

Die in Staatsschutzangelegenheiten gewöhnlich gut unterrichtete »Welt« ergänzte einen Tag später, das Vorgehen richte sich gegen die »anarcho-kommunistisch orientierten Autonomen«, deren Betätigungsfelder »Antifaschismus, Antirassismus, Antiimperialismus und Antikolonialismus« sind. Die Welt zitiert weiterhin den Verfassungsschutz, den offensichtlich besonders interessiert, daß Forderungen aus der Szene nach Organisierung zunehmend auf Resonanz stoßen und weist in diesem Zusammenhang auch auf Vernetzungsversuche auf europäischer Ebene (z.B. internationale Infoladentreffen) hin.

Linke Kommunikation unterbinden

Schon seit einiger Zeit ist offensichtlich, daß dem Staatsapparat alle linken Organisierungsversuche, die eine Strategiedebatte führen und/oder zumindest versuchen, Kommunikation und Informationsaustausch zu gewährleisten, ein Dorn im Auge sind und daß mit allen Mitteln versucht wird, diese Ansätze zu zerstören. Die Aktion vom 13.6. kann als Teil dieser Politik gewertet werden, ebenso wie beispielsweise auch der Kriminalisierungsversuch gegen die Göttinger Antifa (M). Über 50 Menschen wurden nach Paragraph 129 oder 129a angeklagt; diese Vorwürfe boten die Grundlage für jahrelange umfangreiche Observationen. Die kriminellen Delikte, auf deren Grundlage Anklage erhoben wurde, sind Verstöße gegen das Versammlungsgesetz und das Presserecht sowie ein Plakat. Die Anklagen wurden vom zuständigen Oberlandesgericht abgelehnt. Die genannten Verstöße werden nun vor dem Amtsgericht verhandelt.

Ein Bestandteil von linken Kommunikationsstrukturen sind auch die in den letzten Jahren in vielen Städten entstandenen Infoläden/Infocafes, von denen einige ebenfalls von den Durchsuchungen betroffen waren. In ihnen kann mensch sich über lokale, regionale, überregionale und internationale politische Ereignisse und Aktivitäten informieren und austauschen und Diskussionspapiere und linke Zeitungen und Flugblätter erhalten. Über bundesweite/internationale Infoladentreffen entwickelte sich eine lose Struktur. Aus diesen Treffen heraus sind auch weitergehende Organisierungsansätze entstanden.

Hierzu paßt auch, daß in Neumünster neben den Räumen des Infoladens, das im selben Gebäude befindliche Büro des »Informationsdienstes Schleswig-Holstein« (IDSH) durchsucht und die gesamte Arbeitsgrundlage des IDSH (Computeranlage, Archiv auf Disketten,...) beschlagnahmt wurde. Der IDSH ist ein seit einem Jahr existierendes Projekt, daß zu verschiedenen Themenkomplexen linker Politik Informationen sammelt, archiviert und verbreitet und sich dabei auf elektronische Medien stützt.

Die »radikal« kann ebenfalls als ein Bestandteil einer Kommunikations- und Diskussionsinfrastruktur gewertet werden. Und vor allem: sie erscheint trotz aller Repressionsversuche kontinuierlich seit über 15 Jahren. Jetzt wird die Zeitschrift »radikal«, bzw. die redaktionelle Mitarbeit an ihr, als »Kriminelle Vereinigung« inkriminiert. Dieses Vorgehen ist neu: Bisher sind in der linken Presse, auch in der »radikal«, immer wieder einzelne Ausgaben wegen bestimmter darin veröffentlichter Texte kriminalisiert worden. Mit dieser neuen Konstruktion wird die Redaktionstätigkeit an sich zur »kriminellen Vereinigung«. Sollte sich die BAW mit dieser Auslegung durchsetzen, jegliches Publizieren von Texten, die als irgendwie staatsfeindlich ausgelegt werden könnten, als Bildung einer kriminellen Vereinigung im Sinne des Paragraph 129 zu ahnden, wäre der Kriminalisierung linker und kritischer Presse weiterer Vorschub geleistet.

Einschüchterung von linken Presseprojekten

Auffällig ist, daß seit einiger Zeit vermehrt der Paragraph 129 (kriminelle Vereinigung) zur Verfolgung linker Strukturen verwendet wird. Dies kann mehrere Ursachen haben: Bisher ist der Paragraph 129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) ein beliebtes Kriminalisierungsinstrument gewesen. In fast allen Fällen ging es hierbei um Unterstützung der RAF in irgendeiner Form (Publikation von Erklärungen, Unterstützung der Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF und ähnliches). Möglicherweise verliert dieses Instrument nach der Erklärung der RAF, auf weitere Aktionen gegen Personen zu verzichten, in nächster Zeit an Schlagkraft. Denn zumindest theoretisch kann jemand nur der Unterstützung einer »terroristischen« Vereinigung angeklagt werden, wenn die betreffende Gruppe auch »terroristisch« im Sinne des Gesetzes ist, also »schwere Straftaten gegen das Leben« begeht. Der Paragraph 129a hat in seiner Geschichte immer im wesentlichen als Ermittlungsparagraph gedient. Das heißt, daß es unverhältnismäßig viel mehr Ermittlungsverfahren als Anklagen oder gar Verurteilungen nach diesem Paragraphen gegeben hat. Dies ist vor allem darin begründet, daß im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren nach Paragraph 129a die Ermittlungsbehörden den Beschuldigten und sein Umfeld nach Belieben bespitzeln dürfen und auf diese Weise Strukturen linker Zusammenhänge erforschen können.

Ähnlich umfangreiche Observationsmöglichkeiten wurden über die in letzter Zeit durchgesetzten Gesetzespakete zur Bekämpfung der »Organisierten Kriminalität« gegen angebliche kriminelle Vereinigungen geschaffen, so daß der Paragraph 129a hierfür nicht mehr nötig ist.

Diese großangelegte Staatsschutzaktion hatte ganz offensichtlich mehrere Ziele. Am wenigsten das der Verhaftung der Vier – dazu hätte es gelangt, sie in ihren Wohnungen aufzusuchen. Ganz konkret geht es um eine weitere Kriminalisierung von linken Organisationsansätzen, gegen diejenigen, die versuchen, auch mit schwachen Kräften, eine neue linke Perspektive und Strategie zu diskutieren und gegen die, die die Infrastruktur dazu stellen. Neben der Einschüchterung der Linken dient das zusammengeraffte Material der Erforschung von Strukturen und Kommunikationswegen. Mit der Aktion versucht der Staatsschutz auch, das Feld für die kommenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen aufgrund der reaktionären Vorhaben der Bundesregierung (wie z.B. der Kriegseinsatz in Ex-Jugoslawien ....) vorzubereiten. Ganz unmittelbar geht es mit der Konstruktion der »radikal« als kriminelle Vereinigung aber um einen Einschüchterungsversuch gegen die linke Presse. Der Feind steht links – dies wurde bei dieser Aktion mit aller Deutlichkeit wieder mal klargemacht. ●

Die vier Verhafteten sitzen zur Zeit in den Knästen Berlin, Bielefeld, Lübeck und Nemünster.
Andreas Ehresmann, Ralf Milbrandt, Rainer Paddenberg und Werner Konnerth kann geschrieben werden über:
Ermittlungsrichter beim BGH Beyer, Herrenstr. 45a, 76125 Karlsruhe

Spendenkonto: Sparkasse Kiel, BLZ 210 501 70, Kto.Nr. 91 01 28 80, Inhab.: Rote Hilfe e.V., Verwendungszweck: 13.6.

11.8.: Demo und Knastkundgebung in Lübeck, abends Soli-Party für die Inhaftierten

WER IST DAS K.O.M.I.T.E.E. ?

Der Name K.O.M.I.T.E.E. ist das erste mal in einem Bekennerschreiben zu dem Brandanschlag auf die Bundeswehrkaserne in Freienwalde am 27.10.94 aufgetaucht. Am 11. April diesen Jahres entdeckten Streifenpolizisten auf einem Waldparkplatz in Grünau einen Ford-Transit, in dem sich 120kg Sprengstoff sowie ein Zettel »Sprengung des Knastes -Achtung Lebensgefahr«, unterzeichnet mit dem Namen »Komitee« befunden haben sollen. In der Nähe wird ein Knast in einen Abschiebeknast umgebaut.

Seit diesem Datum wird nach drei Personen gefahndet, die auch abgetaucht sind. Zu dieser absonderlichen Geschichte gibt weder Dementis seitens der Untergetauchten noch irgend eine sonstige Erklärung. ●

SOLIDARITÄTSFONDS EINGERICHTET

Das Lübecker Netzwerk Selbsthilfe hat einen Solidaritätsfonds eingerichtet, aus dem die Rechtsbeistände und ggfls. betroffene Personen während der Dauer ihrer Notlage (eine Lübecker Firma ist durch die Beschlagnahme der gesamten Technik existentiell gefährdet) unterstützt werden sollen. Netzwerk Lübeck hat diesen Fonds mit einem Anfangsbetrag von 2.500 DM ausgestattet, um ein Zeiche zu setzen und bittet alle, durch einmalige oder monatliche Spenden auf das Netzwerk-Konto bei der Ökobank e.G., Kto-Nr. 172936, BLZ 500 901 00, zur Unterstützung beizutragen. ●

PRETTY GOOD PRIVACY

Bleibt die Infobahn gläsern?

Zum aktuellen Stand der Diskussion um Verschlüsselungsprogramme – im besonderen Phil Zimmermanns »Pretty Good Privacy« (PGP) nachfolgend eine Einschätzung der Wiener »engagierten Computer-ExpertInnen« (ece).

Das Internet hat sich zu einem allgegenwärtigen Begriff gemausert. Daß auf dem größten, wie auch den meisten anderen elektronischen Netzwerken, private und geschäftliche Nachrichten zur Zeit unverschlüsselt und damit für jeden, der diese abfangen kann, lesbar sind, ist auch kein Geheimnis. Um nun dem verständlichen und ständig steigenden Bedürfnis nach -Privacy-, sowie der Geheimhaltung von Geschäftsdaten Rechnung zu tragen, sollen in Zukunft diese Informationen verschlüsselt übertragen werden. Hierbei konkurrieren zwei Anschauungen: einerseits der durch die Regierung der USA (und in deren Schlepptau möglicherweise die EU) propagierte Clipper-Chip, andererseits kryptografische Verfahren, die wirklich verschlüsseln. Warum das?

Clipper hat eine spezielle Eigenschaft, die es Geheimdiensten leicht machen soll, Zugriff auf verschlüsselte Daten zu erhalten. Mit diesem Chip versucht die US-Regierung einen, potentiell auch international verbindlichen Standard zu schaffen, der allein aufgrund von Marktmacht – man denke nur an Regierungsaufträge, damit verbundene Stückzahlen und niedrige Preise – Tatsachen schaffen soll. In Europa gibt es, wenn überhaupt, noch unterschiedliche Regelungen und Ansichten. Es ist jedoch abzusehen, daß man sich in der EU auf ein einheitliches Verfahren, welches auch die internationale Situation berücksichtigt, einigen wird müssen. Eine Arbeitsgruppe der EU & USA betreffend Infobahn-Standards gibt es nunmehr schon über ein Jahr.

Alternativen ... verboten!

Andererseits gibt es auch heute Verschlüsselungsverfahren, die allen, die nicht Adressat einer Nachricht sind, es schwer oder unmöglich machen, diese auch zu lesen. Das bekannteste dieser Programmpakete ist zweifelsohne PGP und stammt von Phil Zimmermann, der sein Werk der Internet-Gemeinde kostenlos zur Verfügung stellte. Dem stehen aber fundamentale Interessen gegenüber. In den USA wird Jagd auf solche Propagandisten unabhängiger Verschlüsselungsverfahren gemacht – der Grund: Informationen, Anleitungen und Programme zum Verschlüsseln von Daten unterliegen denselben Exportbestimmungen wie Hochtechnologie im Waffenbereich. Verschlüsselungsprogramme stehen in diesen US-Gesetzen Seite an Seite mit hochmodernen Panzern und Bombern!

Privacy?

Worum es uns hier geht ist klar: die Grundrechte aller stehen auf dem Spiel. Vordergründig wird mit dem organisierten Verbrechen, internationalem Terrorismus, Kinderschändern (!), hierzulande und im deutschsprachigen Ausland zusätzlich mit der Bekämpfung des Rechtextremismus argumentiert. Hintergründig geht es darum, jederzeit Jeden und Jede kontrollieren zu können. Der Phil Zimmermann Legal Defense Fund formuliert es so: -to establish U.S. governmental control over the flow of information on the global internet.- Wir meinen auch, daß es sehr gefährlich ist, kaum zu kontrollierenden Organisationen, wie Geheimdiensten, diese Machtmittel zur Verfügung zu stellen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß auch unbedarfte Bürger regelmäßig bespitzelt werden. Der BND, durch die aktuelle Plutonium-Affäre ohnedies in kein gutes Licht gerückt, wertet z.B. automationsunterstützt Telefongespräche, welche aus dem Ausland über die BRD laufen, nach Stichwörtern aus. Vergleichbares ist im schlimmeren Ausmaßen von US-Geheimdiensten bekannt.

Weiters scheint es wichtig anzumerken, daß es für finanzkräftige (mafiöse und rechts-extremistische) Organisationen, auf die man vordergründig abzielt, kein Problem sein wird, trotz allgemeiner Einschränkung der Verschlüsselung, durch organisatorische und technische Maßnahmen für sie sichere Verfahren zu installieren. Der Normalbürger verfügt über solche Mittel nicht.

Phil Zimmermann Legal Defense Fund

Dem Autor von Pretty Good Privacy, Phil Zimmermann, konnte der verbotene Export seiner Software nicht nachgewiesen werden, doch scheint man an ihm ein Exempel statuieren zu wollen. Er ist nun nicht des Exports wegen angeklagt, sondern dafür, daß er die Software in einer Form zur Verfügung gestellt hatte, daß jemand anders dies tun konnte.

Zur Klarstellung: Verschlüsseln ist in den USA nicht verboten. Auch das verschenken von selbst geschriebener Software nicht. Doch mehr hat Phil Zimmermann auch nicht getan: er stellte seine PGP-Software zur allgemeinen Verfügung, ohne dafür auch nur einen Cent zu verlangen.

Die Kosten des Verfahrens sind für Phil Zimmermann enorm: schon für den Fall, daß der Anklage nicht stattgegeben wird, rechnet Phils Anwalt mit bis zu 150.000 US-Dollar. Kommt das Gericht zu dem Schluß, daß Phil nicht unschuldig ist, könnte sich dies auf 300.000 US-Dollar oder mehr erhöhen.

Wer also PGP und das, wofür diese Software steht, gut findet – das Recht auf Privatsphäre – der kann seiner Unterstützung finanziellen Ausdruck verleihen und Money Orders an Philip Dubois, Phil Zimmermanns Anwalt, schicken. Alternativ kann man auch via Internet seine VISA oder MasterCard mit einer Zuwendung belasten. Der Inhalt der Mail sollte den Namen der Bank, die Kartennummer, die Höhe der Spende, sowie eine Telefonnummer, über die man erreicht werden kann, enthalten; PGP verschlüsselt, kann ein Mißbrauch dieser Daten ausgeschlossen werden. PGP sowie der Public Key von Philip Dubois sind in den verschiedenen FAQS von sci.crypt und alt.security.pgp zu finden.
Philip Dubois, 2305 Broadway, Boulder CO 80304, USA,
Fon + 1-303-444-3885
e-mail an: duboiscsn.org
Subject: Phil Zimmermann
Defense Fund●

Weitere Infos:
zum Fall Zimmermann:
http://ftp.univie.ac.at/security/crypt
/ftp.dsi.unimi.it/PGP

zu PGP:
ftp://ftp.univie.ac.at/security/crypt
/ftp.dsi.unimi.it/PGP

Aus: eCEgramm Juni 1995

Anzeige

direkte aktion
anarcho-syndikalistische Zeitung

10.000
Ab 1995 – direkte aktion hebt ab!

Ab 1995 10.000fach
★ anarchistisch ★ antiklerikal ★ aufklärerisch ★ syndikalistisch ★ antisexistisch ★ herrschaftslos ★ für Selbstverwaltung ★ gegen Hierarchien ★ antimilitaristisch ★ klassenkämpferisch ★ antistaatlich ★ international ★ basisdemokratisch ★ antifaschistisch ★ antinationalistisch ★

☐ Bitte schickt mir ein *kostenloses Probeheft*

☐ Klare Kiste, ich will ein *Abo* über ___ Ausgaben (6 Ausgaben/DM 15,–)

Name
Vorname
Strasse
PLZ, Ort

Con 2/95

direkte aktion
Bismarckstraße 41a · 47443 Moers
Abo-Telefon: (040) 880 11 61 Q

ZUR SACHE

Verkehrskontrollen auf der Datenautobahn

Bereits zum wiederholten Mal berichtet CONTRASTE zum Thema -Verschlüsselung und Datenschutz in der Computerkommunikation- (siehe Ausgaben 117 ff.). -Privacy- hieß dabei für uns nie nur -Geheimhaltung-, sondern darüberhinaus auch -Datensicherheit- als der Aspekt, daß übertragene Informationen zur ökonomischen Verwertung überprüfbar und verifizierbar sein müssen. Dies können in einer hochtechnisierten Informationsgesellschaft der Zukunft nur -Schlüssel- gewährleisten, die garantieren, daß übertragene Meldungen unverfälscht sind und so etwas wie -elektronische Unterschriften- bilden.

Aus diesem Grund interessiert Kryptographie längst nicht mehr nur die Geheimdienste, sondern zunehmend auch Wirtschaftskreise, DatenschützerInnen und BürgerrechtlerInnen, die ungehinderten, unbeobachteten, aber auch autorisierten Informationsaustausch fordern. Der seit 1994 in den USA von Regierungsseite propagierte -Escrowed Encryption Standard- (EES) legt der Industrie nahe, ein Schlüsselchip (früher -Clipper- – heute -Capstone-) einzubauen, in das als Hintertür ein -Law Enforcement Access Field- (LEAF) eingebaut ist, welches bei staatlichen oder privaten -TreuhänderInnen- zu hinterlegen ist. Die auf diese Weise (nach Angaben der US-Regierung) bisher 90.000 ausgerüsteten Systeme können hierdurch -im Bedarfsfall- abgehört werden.

In Europa stehen die Regierungen im Zuge der Vereinheitlichung des Rechtssystems vor der Frage, ob sie sich zur Freude der amerikanischen Kontrollbehörden diesem Standard anschließen oder dem Beispiel Frankreichs folgend Verschlüsselung per se verbieten sollen. Dabei haben die Schlapphüte der Geheimdienste und mafiotischen Kreise der Organisierten Kriminalität längst Mittel und Wege der -Steganographie- zur Verfügung und erreichen hierdurch, daß auch die Tatsache, daß überhaupt Verschlüsselungen übertragen werden, unsichtbar wird. Diese Stealth-Lösung macht Verbote unwirksam, da der Vorgang der Informationsübermittlung selber (z.B. als leichtes Rauschen im Telefon als Hintergrundgeräusch oder als kleiner Punkt in der übermittelten Grafik) ganz einfach verborgen bleibt.

Das Programm PGP stellt in dieser Situation ein wichtiges Mittel dar, sich gegen den Überwachungsstaat zu wehren, zu überwachende Standards auszuhebeln, die -Verkehrskontrolle- vom Privileg der Herrschenden zum Allgemeingut werden zu lassen. Es bildet einen -elektronischen Briefumschlag-, der zunehmend benutzt wird und ermöglicht durch einen -elektronischen Fingerabdruck- eine Datenautorisierung, ohne daß Dritte eingeschaltet sind.

Die Programmdiskette mit deutschsprachigem Handbuch ist für DM 29,80 (Verrechnungsscheck) erhältlich bei FoeBuD e.V., Marktstr. 18, 33602 Bielefeld. PGP selbst ist Freeware – aus dieser Gebühr wird, abzüglich der Vertriebskosten, der Rechtshilfefonds für Programmautor P. Zimmermann unterstützt.●

Kurt Regenauer

Anzeige

Solidarisch handeln – **Cuba** unterstützen

Wir beschaffen Ersatzteile für cubanische Fabriken und soziale Einrichtungen, z. B.:

- **Druckindustrie**
- **Textilindustrie**
- **Ernährung**
- **Industriegase**
- **Landwirtschaft**
- **Gesundheitswesen**
- **Stadtreinigung**

Durch Ihre Spende ermöglichen Sie den Kauf dringend benötigter Ersatzteile.

Taller de la solidaridad

Solidaritätswerkstatt e.V.
Ludwigshöhstraße 42
64285 Darmstadt
Telefon und Fax:
(0 61 51) 6 40 66

Spendenkonto:
Postbank Frankfurt
BLZ 500 100 60
Kto 48 78 02-6 03

Bitte angeben, ob Spendenbescheinigung erwünscht!

ANSÄTZE VON LÖSUNGEN AM BEISPIEL PUK MINICAR IN GÖTTINGEN:

Die klassischen Mängel der »Alternativen«

Die puk minicar GmbH ist ein Mietwagenunternehmen mit angegliedertem Fahrradkurier und Overnightservice in Göttingen. Sie wurde vor über 10 Jahren von unzufriedenen TaxifahrerInnen als Kollektiv gegründet. Z.Zt. sind 15 Festangestellte und ca. 80 Teilzeitkräfte (davon ca. 70 StudentInnen) regelmäßig beschäftigt.

Von Doris Becker, Göttingen ● Bei mittelständischen Unternehmen ist in 80% der Insolvenzen **Mangel an Eigenkapital** Hauptursache für Konkurse. puk minicar agiert somit in einer sogenannten -Risikobranche-, da das Unternehmen mit wenig Eigenkapital gegründet wurde und zudem noch sehr personalintensiv ist.

Unsere Geschäftsführung wies häufig Mängel in der Betriebsführung auf: **mangelhafte Unternehmerqualifikation**, unzureichender Informationsstand und **unzureichende Führungskenntnisse**. Maßnahmen, die diese Mängel ausgleichen können (Weiterbildung, Inanspruchnahme von externen Beratungsleistungen) sind aus Kostengründen nicht ergriffen worden. Die **systematische Arbeitsüberlastung** bei gleichzeitiger Unterbezahlung führte außerdem dazu, daß wir eine hohe Fluktuation in Geschäftsführung und Verwaltung hatten, was zusätzlich qualifizierte Unternehmensleistungen verhinderte.

Im Bereich Betriebsleistung spielten Kapazitätsprobleme (**zu schnelle Kapazitätsausweitung, falsche Auslastung**) sowie **unrationelle Leistungserstellung** in den ersten Jahren eine Rolle. Zudem war das Lohnniveau sehr niedrig (5 bis 8 DM pro Stunde). Auf die Überkapazitäten konnte jedoch durch drastische Reduzierung des Wagenparks rechtzeitig reagiert werden: die entscheidende Senkung der Fahrzeugkosten wurde mit einer Lohnerhöhung gekoppelt. Diese bewirkte einen erheblichen Produktivitätsschub: Die Personalkosten blieben stabil.

Mängel in den Verwaltungsfunktionen Buchhaltung, Statistik, Kostenrechnung und **Planungsrechnung** konnten durch eine selbstgesetzte Rationalisierung der Verwaltung und die Besetzung dieser Positionen mit Fachkräften in Dauerarbeitsverhältnissen beseitigt werden. puk minicar ist Ausbildungsbetrieb und beschäftigt Umschüler aus externen Maßnahmen als Halbjahrespraktikanten. Routineaufgaben werden von Teilzeitkräften erledigt. Die qualifizierte Verwaltung führte zu einer Entlastung des Geschäftsführers von Routinearbeiten. Der verminderte Streß brachte auch hier personelle Kontinuität.

Im Umgang mit unserer Rechtsform haben wir uns erhebliche Probleme selbst geschaffen: Die Schutzfunktion des GmbH-Rechts für das Unternehmen wurde gegenüber einzelnen GesellschafterInnen nicht angewendet. Um einen reibungslosen An- und Verkauf von Anteilen bei gleichzeitiger hoher Fluktuation der GesellschafterInnen/ Beschäftigten zu ermöglichen wurden mit neuen KollegInnen Ansparverträge abgeschlossen. Die GmbH hat scheidenden GesellschafterInnen die Auszahlung ihres Anteils vorfinanziert. Somit hat die GmbH durch Zwischenfinanzierung der Anteile erhebliche Liquiditätseinbußen erlitten und vorübergehend haftendes Eigenkapital aus der Hand gegeben, da die Auszahlung zum Nennwert erfolgte. 1992 führte diese Praxis in die Handlungsunfähigkeit: An- und Verkäufe fanden nicht mehr statt. 1994 befanden sich mehr als ein Drittel der Anteile in der Hand von nicht mehr bei puk Beschäftigten. Außerdem war das vormals gezeichnete Kapital durch Verluste -aufgebraucht-. Eine Kapitalerhöhung war nötig und die Belegschaft war nicht mehr Entscheidungsträgerin auf GmbH-Ebene.

In dieser Situation wurde zum ersten Mal (!) nachhaltig die Notwendigkeit strukturierter **Mitbestimmung** betriebsöffentlich diskutiert und anerkannt. Aus den verschiedenen Tätigkeitsbereichen wurden SprecherInnen in ein sogen. Koordinationsgremium bestellt. Ein formal beschlossenes Vetorecht des Geschäftsführers ist bisher nicht angewendet worden. Das -ZK- fungiert als Entscheidungsgremium für jegliche Geschäftstätigkeit und als Informationsquelle für die Belegschaft.

Auf GmbH-Ebene wurde die **Sicherung des Einflusses der Belegschaft und die Entpersonifizierung des Kapitals** angestrebt. Wir gründeten einen VEREIN.

Mitglieder können ausschließlich Beschäftigte von puk minicar sein. Die Mitgliedsbeiträge können zu vier verschiedenen Zwecken genutzt werden:

- ○ Stammkapitalerhöhungen
- ○ Unterstützung innerbetrieblicher Initiativen (Feste, Kinderbetreuung, soziale Beratung von Beschäftigten u.ä.)
- ○ Unterstützung politischer oder sozialer Projekte in GÖ.
- ○ als verzinsliches kurzfristiges Darlehen an puk.

Der eingetragene Verein als Bindeglied zwischen GmbH und Kollektiv

Alle GesellschafterInnen der GmbH wurden aufgefordert, ihre Anteile dem Verein zu schenken! In einer ersten -Sozialisierungswelle- wurden rd. 27% des Kapitals dem Verein übertragen. Dieses vorbildliche Verhalten wird bestimmt noch Schule machen! Somit ist der Verein – und damit unabhängig von personellen Wechseln stets die Belegschaft – wichtigster Entscheidungsträger der GmbH.

Nach deutscher Rechtsauffassung ist an die Zeichnung von GmbH-Anteilen automatisch ein wirtschaftlicher Zweck (Kapitalmehrung durch Dividenden) gekoppelt. Vereine mit wirtschaftlichem Zweck werden aber nicht eingetragen und damit auch nicht geschäftsfähig. Wir haben daher unseren GmbH-Vertrag ändern müssen: Eine **Gewinnverwendung** findet nur zum Abbau eines evtl. Verlustvortrages statt oder im **-Ausschüttungs-Rückholverfahren-**. Das bedeutet, daß die GesellschafterInnen Gewinne der GmbH wieder zufließen lassen müssen. Auf dieser Grundlage wurde der Verein in vollem Umfang zur Eintragung akzeptiert.

Nun ist unser vorerst letztes großes Problem die Auflösung der informellen Strukturen. Sie verwässern die Einflußmöglichkeiten Einzelner und machen Entscheidungswege undurchsichtig. Der Versuch gegen labernde Querköpfe anzugehen erzeugt leicht den Eindruck, jegliches Engagement wäre unerwünscht! Der Arbeitsalltag verwischt darüberhinaus die Grenze zwischen Mitbestimmung und parlamentarischer Scheindemokratie. Da wir ja auch tatsächlich Kinder einer solchen sind, fällt es außerdem oft schwer, Entscheidungsbefugnisse die Einzelnen an die Hand gegeben werden, für sich persönlich auch in Anforderungen zu übersetzen. ●

Lösungsansätze dafür und natürlich auch Fragen erbeten!:
FreundInnen von puk minicar e.V.
z.Hd. Doris Becker
Groner Tor Str. 1

Anzeige

Seit 1974 unterstützt die Rote Hilfe e.V. politisch Verfolgte in der BRD. Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige und strömungsübergreifende linke Schutzorganisation. Sie hilft AntifaschistInnen, Total-

FREIHEIT FÜR KANI YILMAZ!

verweigerern, HausbesetzerInnen, DemonstrantInnen und anderen, die wegen ihrer politischen Betätigung kriminalisiert und verfolgt werden. Mit Mitgliedsbeiträgen und Spenden wird für die Unterstützung der Betroffenen bei Anwalts- und Prozeßkosten gesorgt. Zudem organisiert die Rote Hilfe praktische Solidarität, wie Veranstaltungen, Flugblätter, Solidaritätsparties und Demos.

ROTE HILFE e.V
Postfach 6444
24125 Kiel
Tel. + Fax (0431) 75141

KURZINFO:

Die GmbH: bis zu 64 GesellschafterInnen mit überwiegend kleinen Anteilen (1.000 bis 2.000 DM). Hohe Fluktuation.

Interne Mitbestimmung: In den ersten Jahren bis zu 2 x wöchentlich stattfindende VVs. Später am Widerstand der Belegschaft (nicht der AnteilseignerInnen!) gescheiterter Privatisierungsversuch. Herausbildung starker informeller Entscheidungsstrukturen, die wirtschaftlich auf den Erhalt des status quo drängen: Einfluß durch Redegewandheit oder langjährige Betriebszugehörigkeit ohne weitergehendes Engagement.

SCHWEIZER ALTERNATIVKNEIPEN (BEIZEN)

In den Beizen ruft's nach Führung

Alternativbeizen waren bislang ein Soziotop für chaotische Kollektivstrukturen und informelle Hierarchien. Nun wird aufgeräumt. Die Mehrzahl der MitarbeiterInnen will keine Verantwortung, sondern einEn CheflIn.

Von Mike Wibel, Zürich ● Alle wünschen sich, daß Phillip Küenzi bleibt. Der Geschäftsführer ad interim des Thuner Alpenrösli hat den Umsatz um 30 Prozent erhöht, zahlt den Minimallohn auf die Stunde und sorgt für eine klare Linie in der Beiz. -Die Menschen müssen sich wohl fühlen in der Beiz, mehr braucht es eigentlich nicht-, sagt Phillip. Bleiben will er trotz seiner Erfolge nicht. -Sieben Tage arbeiten in der Woche will ich nicht auf die Dauer-, sagt der Chef auf Zeit. Nach seinem Einsatz für's Alpenrösli wird sich Phillip eine kleinere Beiz suchen.

Für die Genossenschaft war die Cheflösung ein glücklicher Übergang. Ein ganzes Jahr lang suchten die Thuner ein neues Team für ihre Beiz. Doch für die angestammte Kollektivbesetzung fehlte das Personal. -Die Leute wollen sich nicht engagieren, Teamverantwortung ist nicht mehr gefragt-, resümiert der Geschäftsführer. Nun soll eine Kerngruppe von vier bis fünf Leuten die Beiz verantwortlich führen, während die restlichen acht MitarbeiterInnen unverbindlich jobben. -Natürlich muß man sich fragen, was das noch mit Selbstverwaltung zu tun hat-, meint Phillip.

Die haben sich andere auch bereits aus dem Kopf geschlagen. Für das neue Genossenschaftsgasthaus -adler- in Wil fand sich genausowenig eine tragende Betriebsgruppe wie in Thun. -Dann haben wir einen externen Berater beigezogen, der uns empfohlen hat, nur zwei bis drei Leute für die Betriebsleitung zu engagieren-, erzählt Regula Schär, Mitglied des Genossenschaftsvorstandes. Und auch die OstschweizerInnen fanden einen Geschäftsführer ad interim. -Wir machen uns keine Illusionen, das ist knallharte Wirtschaft-, sagt Regula, -wir müssen mindestens 800.000 Franken Umsatz machen, um die Kosten zu decken-, was bei einer Größe von 55 Plätzen, einer Terrasse mit weiteren 60 sowie einem Hotelteil mit 12 Doppelzimmern durchaus machbar scheint. -Für Teamlösungen-, sagt Regula, -sind wir weiterhin offen-.

Das war auch die Genossenschaft Isebähnli, die in Olten den traditionsreichen Treffpunkt beim Bahnhof unterhält. Aber auch hier fanden sich trotz intensiver Suche keine befriedigenden Alternativlösungen. Nach zehn Jahren Kollektiv wird das Isebähnli Olten heute von einem Ehepaar geführt und ist im Nu zu einer bürgerlichen Quartierbeiz geworden.

Auch in bestehenden Teams wird es zusehends schwieriger, tragende Leute zu integrieren. Im Rössli Stäfa hat man das Problem erkannt und gehandelt. Die Beiz hat nun eine Personalverantwortliche. Mit zehn Jahren Rössli-Erfahrung im Rücken wagt sich Christine Bänninger an diese exponierte Stelle. -Es kann auch vorkommen, daß ich einmal jemanden kündigen muß-, sagt GL-Mitglied Christine. Sie geht bei der Personalsuche und in der Personalentwicklung stets von der Frage aus: Was braucht die Gruppe? Qualifiziertes Personal für die Küche, teamfähiges für den Service, lautet die Devise. -Aber es wird schon schwierig, wenn die Leute keine Erfahrung im alternativen Wirtschaften haben-, sagt Christine, -es fehlt ihnen einfach der Chef-. Auch der Lohn spielt bei qualifizierten, älteren BewerberInnen eine wichtige Rolle.

Christine versucht, neues Personal zu einem -längeren Engagement von ein bis zwei Jahren- zu verpflichten – und gleichzeitig das Arbeitsklima mit Feedback-Runden und anderen Instrumenten stabil zu halten. Über eins macht sich die Rössli-Personalfrau allerdings keine Illusionen: -Es stürzt sich niemand mehr zu 100 Prozent ins Rössli; alle haben nebenher noch ihre anderen Engagements-. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Anzeige

Neuerscheinung

DER STURZ NACH OBEN

Ilhan Kizilhan
DER STURZ NACH OBEN
Eine psychologische Studie über Kurden in Deutschland mit einem Nachwort von Hans Branscheidt.
Herausgegeben von medico international und YEK-KOM
ISBN 3-923363-19-2, 200Seiten, 19 DM

Wir hören und sehen Nachrichten über Kurdistan, über den blutigen Kampf, der dort stattfindet und über die täglich stattfindenden Menschenrechtsverletzungen. Mitunter sehen wir im Fernsehen Bilder von Kurden aus Deutschland, die hier demonstrieren und auf die Lage dort aufmerksam machen wollen. Wenn Kurdinnen und Kurden sich auf deutschen Autobahnen selbst verbrennen, weil das für sie das letzte verzweifelte Mittel ist, um auf die für sie unerträgliche Situation aufmerksam zu machen, daß das türkische Militär mit Hilfe von Waffen aus Deutschland ihre Verwandten und Angehörigen ermordet, ist die Empörung groß, daß Ausländer mit diesen Aktionen die "innere Sicherheit" gefährden. Die Verzweiflung und die Wut, die sie empfinden, haben die Menschen gegen sich selber gerichtet, aber das können oder wollen die wenigsten wahrnehmen...

medico international
Obermainanlage 7 ▮ D-60314 Frankfurt ▮ Tel. 069/94438-0

ZUM BOYKOTT FRANZÖSISCHER WAREN

Deutsche kauft deutsche Waren

Als Reaktion auf die geplanten französischen Atomtests wird von Teilen der bundesdeutschen Grünen, DFG/VK (Deutsche Friedensgesellschaft), BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschlands) und einigen Umwelt- und Friedensgruppen der pauschale Boykott französischer Waren vorgeschlagen. Die deutsche Sektion der »Internationalen Vereinigung der Ärzte gegen den Atomkrieg« ruft bundesweit zum Boykott auf. Der Direktor der dänischen Spar-Lebensmittelkette will französische Waren aus den Regalen entfernen. Die kommunistische Gewerkschaft CGT, die zwar nach wie vor hinter dem französischen Atomprogramm steht, liebäugelt ebenfalls mit einem Boykott. Damit soll Druck auf die französische Regierung ausgeübt werden.

Atomtest-Protest in Hamburg

Kampfmittel von 3.Welt Gruppen

Der Boykottaufruf greift eine Aktionsform auf, die in den achtziger Jahren insbesondere von 3.Welt- und Internationalismusgruppen in Westeuropa und den USA entwickelt wurde. Der Boykott gegen den Schweizer Lebensmittelmulti Nestle wegen seiner aggressiven Werbung für Babymilchpulver in Ländern der 3.Welt oder der Warenboykott gegenüber Südafrika werden als erfolgreiche Beispiele erwähnt. Nestle mußte seine Werbepraktiken, die Mütter vom Stillen abhielten und letztlich zum Tod vieler Kleinkinder führten, ändern und die Apartheid in Südafrika verschwand auch. Diese Erfolge werden als Beleg dafür angeführt, daß der einzelne Verbraucher ohne viel Aufwand etwas tun kann.

Der Attraktivität dieser Aktionsform besteht darin, daß sie von jedem angewandt werden kann und eindeutiger als jede Analyse einen Ausweg aus dem Wohlstandsdilemma anbietet: Was kann ich tun, denn ich will nicht Nichts tun. Der mündige Bürger tritt in den öffentlichen Raum und macht Politik mit dem Einkaufskorb. Der Tourismusboykott gegenüber der Türkei läßt sich als aktuelles Beispiel für diese Politikform nennen.

Boykott der Täter oder Öko-Nationalismus

Zwei Unterschiede bestehen zwischen den traditionellen und den aktuellen Boykottaufrufen. Entweder gibt es Aufrufe von politischen und sozialen Organisationen aus den betroffenen Ländern selber, zum Beispiel der ANC und Kirchen im Südafrika der achtziger Jahre und der Türkei heute. Oder der Boykott richtet sich gegen einen abgegrenzten Wirtschaftsbereich, z.B. Nestle- und Tourismusboykott. Für den Tourismussektor in der Türkei läßt sich nachweisen, daß dort erwirtschaftete Deviseneinnahmen in den Krieg gegen die Kurden fließen. Die bisherigen Boykottaufrufe zielten direkt auf die Verursacher, entweder ein System wie die Apartheid oder einen einzelnen Wirtschaftsbereich.

Genau dies fehlt aber beim aktuellen Aufruf, französische Waren zu boykottieren. Im Visier steht nicht die französische Regierung als nachweislich Handelnde, sondern er trifft pauschal alle, die in Frankreich leben. Auffallend auch, daß es in Frankreich keine breite Bewegung von politischen und sozialen Organisationen gibt, die zum Boykott aufruft. Die Glaubwürdigkeit der CGT-Position, die als Pro-Atom Gewerkschaft bekannt ist, ist nicht sonderlich hoch. Die »Aktion 3.Welt Saar« und die französische Rockgruppe »Tutti Futti« haben in einer gemeinsamen Erklärung den Befürwortern des Boykotts wegen dieser Pauschalisierung Öko-Nationalismus vorgeworfen. Die französischen Grünen (Les Verts) rufen zu einem Boykott der Täter auf. Konkret nennen sie in Diskussionen Aktionen gegen französische Militäreinrichtungen, die Weigerung, Atomstrom abzunehmen und den Boykott gegen Firmen, die am Atomprogramm mitarbeiten.

Jo Nousse von »Tutti Futti« befürchtet einen Rückgriff auf Feindbilder der Vergangenheit, sobald in französischen Zeitungen die ersten Kommentare über die unerwünschte nationalistisch motivierte Einmischung der Preußen jenseits des Rheins auftauchen. Die letzte Ausgabe der »Bild am Sonntag« vom 23. Juli 1995 machte es diesseits des Rheins schon vor, ließ verschiedene Verbraucher ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Boykott französischer Waren betonen und gab den Hinweis, doch zukünftig statt französischer Waren nun deutsche zu kaufen.

Die vergessenen französischen Kolonien Machtpolitik mit militärischen Mitteln

So sehr der Boykottaufruf das Gewissen beruhigt und das Gefühl von Aktivität vermittelt: er übertüncht, daß Frankreich beileibe nicht der einzige Nationalstaat ist, der seine ökonomischen Interessen mit militärischen Mitteln durchsetzt und dabei über Leichen geht. In der Bundesrepublik Deutschland spricht das Verteidigungsministerium offen davon, die Bundeswehr zur Wahrung deutscher Sicherheitsinteressen, zur »Aufrechterhaltung des freien Welthandels« und zur Sicherung des »Zugangs zu strategischen Rohstoffen« einzusetzen. Genau diese Politik die Herrschaft des Nordens mit militärischen Mitteln über den Süden – wird in der stark emotional geführten Diskussion über die angekündigten Atombombentests nicht in Frage gestellt. Dazu paßt es, daß die direkt betroffenen Menschen in den französischen Kolonien in der direkten Nachbarschaft des unbewohnten Muroroa in der Debatte bestenfalls als Kulisse auftauchen. Es geht schließlich um »unsere« Umwelt im reichen Norden. Und exakt dafür engagieren sich konsumbewußte deutsche und andere Verbraucher und Verbraucherinnen. Hier wird das Primat der Ökologie ohne jegliche soziale Bezüge propagiert. ●

Roland Röder

(Der Autor ist Mitarbeiter der AKTION 3.WELT Saar und des BUKO, Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen. Weitere Informationen: AKTION 3.WELT Saar, Weiskirchenerstr. 24, 66674 Losheim, Tel 06872/6982 Fax 7826)

Anzeige

LandLos

Berichte und Gespräche zur Landfrage in Nicaragua und Mittelamerika

Informationsbüro Nicaragua e.V. (Hrsg.)
Nahua Script 12, Edition Nahua, Wuppertal 1995, 144 Seiten, DM 14,80

Vor dem Hintergrund der politischen und ökonomisch-sozialen Entwicklung Mittelamerikas und insbesondere Nicaraguas betrachtet das Script die aktuellen Auseinandersetzungen um das Land. Gestern wie heute, und das nicht nur in Nicaragua, ist das Eigentum an Land für die Menschen notwendig, um das Überleben zu garantieren. Nur: Hat nicht die vorherrschende westliche Produktionsweise mittlerweile den Subsistenzökonomien weitgehend den Garaus gemacht oder handelt es sich um veränderte Formen der Ausbeutung reproduktiver Funktionen von Subsistenzarbeiten für eine weltweit durchgesetzte Produktionsweise? Das Ergebnis von politischer und ökonomischer Abkoppelung breiter Regionen der "Dritten Welt" ist die massive Verelendung der betroffenen Bevölkerung. Darin wird deutlich, daß das über Jahrzehnte propagierte Entwicklungsmodell endlichen Charakter hat, und somit Entwicklung nach westlichen Maßstäben oder auch Idealen eine Farce ist.
Es stellt sich die Frage nach den Organisationsformen von Ökonomie und Politik und ihrem Zusammenhang. Die Bedeutung dieses Zusammenhangs wird vor allem von Feministinnen als Teil einer Subsistenzperspektive gesehen. Diese Perspektive einnehmend müssen wir uns allerdings fragen, ob nicht ein derart obsolet gewordener Entwicklungsbegriff sowohl unsere Projektpolitik im Konkreten wie auch unser Politikverständnis im Allgemeinen in Frage stellt.
Das Script enthält Materialien zu neuen Organisierungsprozessen in Nicaragua, zur Landfrage und zu den Landbewegungen in Honduras, El Salvador und Guatemala, zur Landfrage und Subsistenzperspektive und zur Krise des Entwicklungsdenkens und der Bedeutung für die Solidaritätsbewegung.

EDITION NAHUA
POSTFACH 10 13 20
42013 WUPPERTAL

ENTWICKLUNG DES ÖKOLOGISCHEN LANDBAUS IN DEN NEUEN LÄNDERN

Bio-Bilanz

Die ostdeutschen Bio-Höfe haben noch mit allerhand Schwierigkeiten zu kämpfen, besonders in der Vermarktung ihrer Produkte, aber auch in der Erzeugung. Die von vielen westdeutschen Biobauern für 1994 befürchtete Schwemme vor allem an Bio-Brotgetreide von den großflächigen, mit Extensivierungsgeldern umgestellten Betrieben »im Osten« ist so nicht eingetreten. Vor allem aufgrund der Trockenheit fielen die Erträge um 50% niedriger aus als erwartet. Auf der diesjährigen Mitgliederversammlung des »Ökoringes« (Beratungsring für ökologischen Landbau in den neuen Bundesländern) berichtete Hinrich Hansen, einst Bioland-Bundesvorsitzender und heute Leiter eines Beratervereines, über die Entwicklung des Bio-Marktes in Ostdeutschland.

Nur 5% der bundesdeutschen Bio-Betriebe, die einem AGÖL-Verband angehören, liegen in den neuen Ländern, doch bewirtschaften sie zusammen 25% der Bio-Anbaufläche. Im Durchschnitt sind sie mit 147 ha/Betrieb mehr als fünfmal so groß wie die westdeutschen Höfe. Nur zu verständlich sind daher die Sorgen in den alten Ländern, von den »Großen« verdrängt zu werden. Hansen meint aber, daß viele der ostdeutschen Betriebe aufgrund ihrer Lage in Naturschutzgebieten mit hohen Auflagen zurechtkommen müßten, andere mit den wenig ertragreichen, sandigen Böden.

Andererseits werden für die Produkte bislang nur um 10% bis 20% höhere Preise als konventionell erzielt. Das hängt auch damit zusammen, daß es bisher keine getrennte Erfassung und Vermarktung von Biomilch oder ostdeutschen Molkereien gibt, Biomilch also zu konventionellen Preisen abgesetzt wird. In Zukunft werden jedoch viele Molkereien die getrennte Erfassung und Verarbeitung durchführen, was noch nicht das Problem löst, da viele Betriebe noch für Jahre an ihre bisherigen Molkereien vertraglich gebunden sind.

Für den Fleischsektor sieht Hansen dagegen eine positive Entwicklung. Hier laufe die Vermarktung von Biofleisch größtenteils über Großabnehmer. Die großen Tierbestände hätten gegenüber den westdeutschen Betrieben den Vorteil, kontinuierlich liefern zu können. »Einige Bewegung im Biofleischmarkt« erhoffte sich Hansen von der Aufnahme des »Biopark«-Verbandes in die AGÖL.

Im Bereich der Industriegemüse fehle es vielen Betrieben in den regenärmeren Bundesländern noch an der nötigen Beregnungstechnik, so daß hier noch keine nennenswerten Mengen produziert würden.

Für Hansen ist die Entwicklung des ökologischen Landbaus in den neuen Ländern noch längst nicht abgeschlossen. Ähnlich wie in Schleswig-Holstein würden auch dort zuerst auf »schlechten« Böden Betriebe umgestellt, bevor solche auf guten Standorten nachziehen. ●

Aus: Unabhängige Bauernstimme, Nr. 170

REZENSION

Die Zukunft des Öko-Landbau

Im Rahmen der »Grünen Woche 1994« diskutierten verschiedene Menschen aus dem Öko-Landbau über dessen Zukunft und welche Rolle dabei die anerkannten Anbau-Verbände einnehmen sollen. Die Diskussion, die viele Streitpunkte innerhalb des ökologischen Landbaus und der – auch konventionell arbeitende BäuerInnen einschließenden – Agraropposition berührte, hat das AgrarBündnis in einer kleinen Broschüre zusammengefaßt.

Die großen Landbauverbände sind Bioland (biologisch-organischer Landbau, 2.662 Betriebe), Demeter (bio-dynamisch, 1.161). Die AGÖL (Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau) vertritt derzeit acht anerkannte Anbauverbände, in denen ca. 5.200 Betriebe zusammengeschlossen sind. Die meisten Probleme, Konflikte und Veränderungen im Bereich der Produktion und Vermarktung von ökologischen Lebensmitteln ergeben sich durch das enorme Wachstum dieses Sektors. So haben sich angesichts der durch staatliche Unterstützung vermehrten Umstellung auf ökologischen Landbau für den Markt und die Verbände neue Probleme ergeben: einmal die Frage der Vermarktung über »normale« Vertriebswege, wie etwa Supermärkte, um die vorhandene, aber noch nicht »abgeschöpfte«, Nachfrage zu erreichen, und die steigende Produktion überhaupt abzusetzen. Die KritikerInnen dieses Weges warnen vor einer Wiederholung der Entwicklung, wie sie im konventionellen Landbau erfolgt sei, also Wachstumszwang, Vorteile für Großbetriebe, Abhängigkeit von GroßvermarkterInnen, Konkurrenz unter den AnbieterInnen mit sinkenden Preisen als Folge, nun auch im ökologischen. Zweites Problem – neben den Großbetrieben in Neufünfland, die so viel produzieren wie 20 oder 100 Bauernhöfe im »Westen« – ist, daß heute nur noch ein Drittel der ökologisch bewirtschafteten Fläche einem Landwirt/in gehört, der/die Mitglied in einem anerkannten AGÖL-Verband ist und der Großteil über die EU-Bio-Richtlinie vermarktet. Die EU-Richtlinie ist zwar eine Anerkennung des Öko-Landbau, die Form der Vermarktung schwächt aber die Position der anerkannten Verbände. Dritter Themenkomplex sind die sozialen Aspekte des ökologischen Landbaus. Kann ein Betrieb mit 1.000 Milchkühen überhaupt ein ökologischer sein? Dazu gehört auch die Frage nach neuen Eigentums- und Sozialformen für die Landwirtschaft. Leider wird dieses Thema bislang fast nur von anthrosophisch beeinflußter Seite eingebracht – mit dementsprechenden Ergebnissen.

Der Zukunft und den sozialen Aspekten des Öko-Landbaus widmete sich auch die Tagung »Ökologischer Landbau – Perspektive für die Zukunft!« die 1994 an der Universität Stuttgart-Hohenheim stattfand. Der nun vorliegende Dokumentationsband versammelt in Thematik und Herangehensweise sehr unterschiedliche Beiträge. Neben geisteswissenschaftlichen, in einer öko-autoritären Diktion gehaltenen (z.B. der Beitrag von Christine von Weizsäcker), finden sich naturwissenschaftliche und produktionstechnische Fragestellungen. Am interessantesten sind aber die Zukunftsszenarien für den Öko-Landbau.

Armin Bechmann errechnet anhand verschiedener Szenarien, wie die gesamte Fläche der Bundesrepublik auf ökologische Landbaumethoden umgestellt werden könnte und wie die – übrigens problemlose – Finanzierung dieses Umbaus vonstatten gehen könnte. Wolfgang Reimer, langjähriges Mitglied der Agraropposition, ordnet den Öko-Landbau in die europa- und weltweiten Märkte ein und bestimmt die Kriterien für eine nachhaltige Landbewirtschaftung. Diese hat nicht das Leitbild des ökologischen Betriebes, sondern das der »bäuerlichen Landwirtschaft«. Ulrich Hamm (Fachhochschule Neubrandenburg) geht auf die Angebots- und Nachfragestrukturen im Öko-Landbau ein und stellt relativ eindeutige Prognosen für die Zukunft auf: die steigenden Produktionsmengen können nur über Großverbraucher (z.B. Großküchen) und den allgemeinen Lebensmittelhandel abgesetzt werden. Eine Aussicht, die vielen Unbehagen bereiten dürfte, da dies u.U. zu den oben beschriebenen negativen Folgen führt. Hubert Weiger (Bund Naturschutz Bayern) stellt die Krise des traditionellen Naturschutzes, der keines seiner Ziele erreicht hat, dar und leitet daraus das Konzept des flächendeckenden Naturschutzes ab. Ferner weist er darauf hin, daß ökologischer Landbau nicht automatisch Naturschutz ist, was sich vor allen an den Feldgrößen festmacht und daran, daß auch der Öko-Landbau Flächen nutzt, die aus Sicht des Naturschutzes vielleicht besser ungenutzt blieben. ●

Bernd Hüttner

AgrarBündnis: Welche Perspektiven haben die ökologischen Anbauverbände? 60 S., 4 DM plus Porto, bei AgrarBündnis, Lipschitzstr. 22, D-53121 Bonn
Jochen Mayer u.a. (Hrsg.): Ökologischer Landbau – Perspektive für die Zukunft!; 326 S., 24,80 DM; Bezug: im Buchhandel oder Stiftung Ökologie und Landbau, Weinstr. Süd 51, D-67098 Bad Dürkheim

STÄDTE UND DÖRFER ENTDECKEN DIE LANDWIRTSCHAFT

Für eine kommunale und lokale Landwirtschaftspolitik

Die nachstehend dokumentierte »Bad Boller Erklärung zur kommunalen Landwirtschaftspolitik« entstand im Zusammenhang der Fachtagung »Kommunen entdecken die Landwirtschaft – Perspektiven und Chancen für eine zukunftsfähige Agrarpolitik in Dorf und Stadt« der Evangelischen Akademie Bad Boll im März 1995. Ihre AdressatInnen sind hauptsächlich Städte und Gemeinden, aber auch die agrar-, umwelt- und regionalpolitisch interessierte Öffentlichkeit.

1. Städte und Gemeinden brauchen die Landwirtschaft: Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz und lebensfähige Regionen brauchen lebensfähige Bauernhöfe.

Städte, Gemeinden und Landkreise entdecken die Landwirtschaft neu. Die Triebfedern sind unterschiedlich. Im eher großstädtischen Raum schärft das Interesse an Gewässer, Boden-, Natur- und Landschaftsschutz, an einem gesunden Klima, an Naherholungsräumen und an einer besseren Lebenssmittelqualität den Blick für den Nutzen innerstädtischer Landwirtschaftsflächen. Im ländlichen Raum spielen daneben Fragen der Sicherung von Arbeitsplätzen, von Tourismus und von regionaler Wirtschaftsförderung eine besondere Rolle.

Dies sind Funktionen, deren Erfüllung man von der Landwirtschaft erwartet. Dabei wird oft übersehen, daß diese Funktionen nachhaltig nur gesichert sind, wenn genügend viele lebensfähige Bauernhöfe erhalten bleiben. Es ist eine Scheinlösung, wenn man versucht, die Landwirtschaft auf die Erfüllung bestimmter Aufgaben zu reduzieren. Die Landwirtschaft kann die geforderten Aufgaben nur erfüllen, wenn sie als Landwirtschaft erhalten bleibt, d.h. als Produzent von Lebensmitteln, deren Wert von der Gesellschaft anerkannt wird.

Bauernhöfe und die darauf arbeitenden Menschen sind der Kern des ländlichen Lebens und der ländlichen Kultur in der Region. Lebensfähige Bauernhöfe in Stadtnähe bieten Städtern, insbesondere Kindern, die Chance, einen Einblick zu gewinnen, wie unsere Lebensmittel erzeugt werden.

2. Wer die Funktionen der Landwirtschaft nutzen will, muß Bauernhöfe erhalten und ihnen eine Perspektive bieten.

Die Existenz der Höfe wird bedroht durch die Intensivierung und dem Prozeß von Wachsen und Weichen und eine Agrarpolitik, die diese Entwicklung forciert. In den Ballungsräumen und in Stadtnähe kommt ein weiterer Faktor hinzu. Immer mehr landwirtschaftliche Flächen werden von der wachsenden Stadt für andere Funktionen beansprucht: für Gewerbe-, Wohn-, Verkehrs-, Deponie- und Freizeitnutzung. Die mit diesen Eingriffen in den Naturhaushalt verbundenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen führen dazu, daß den Höfen weitere Nutzflächen verloren gehen. Dies führt dazu, daß in der Landwirtschaft insgesamt die Resignation wächst, in Stadtnähe die Rückzugs- und Ausverkaufsmentalität und der Zorn über Bevormundung zunimmt.

Eine kommunale Landwirtschaftspolitik muß darauf zielen, für die Höfe bessere und verläßliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Sie müssen die Bauern befähigen, sich auf die eigenen Kräfte zu besinnen und eine Perspektive zu entwickeln, die unabhängiger macht von Förder- und Ausgleichsmitteln, von politischen Entscheidungen und von der Kassenlage der öffentlichen Haushalte.

3. Eine nachhaltige und umweltgerechte Landwirtschaft braucht sichere Flächen.

Die lanfristige Sicherung einer nachhaltigen Landwirtschaft erfordert klare und verläßliche Aussagen über die ZHukunft der landwirtschaftlichen Flächen, auf deren Grundlage Bauern für eine überschaubare Zeit sicher disponieren können. Auch aus stadtökologischer Sicht ist eine Festlegung notwendig, welche ökologischen Ausgleichräume für die Stadt gesichert werden müssen.

Landwirtschaftlich genutzte Räume sind geschlossen und ohne Zerstückelung zu erhalten. Dies bedeutet auch einen sparsameren Umgang mit den übrigen Flächen der Stadt, z.B. durch Flächenrecycling von Industriebrachen, eine Abstimmung der Vielzahl von Einzelplanungen in einem Raum oder die Abstimmung der eigenen Planungen mit denen der Nachbarregionen.

4. Landschaftsplanung darf nicht nur Flächen gestalten, sondern muß Höfe erhalten.

Die Sicherung landwirtschaftlicher Flächen kann durch landschaftsplanerische Festlegungen erfolgen, z.B. über Flächennutzungs-, Landschafts- oder Bebauungspläne. Viele dieser Pläne wollen die Landwirtschaft auf die Rolle der Landschaftspflege beschränken. Für das Offenhalten der Landschaft durch Mähen oder durch extensive Nutzung sollen die Bauern bezahlt und für den Verzicht auf eine weitergehende Nutzung entschädigt werden.

Eine nachhaltige Sicherung der Landwirtschaft ist so nicht zu erreichen: Hofnachfolger werden ihre Berufs- und Lebensperspektive nicht auf diese Zahlungen gründen, die unsicher sind und nicht ihrem Selbstverständnis als Bauer entsprechen. Flächendeckende Landschaftspflege, abgekoppelt von der Produktion von Lebensmitteln, ist für die öffentlichen Haushalte ohnehin unbezahlbar. Bauern, die sich mit ihren Flächen als Existenzgrundlage für sich und ihre Nachfolger verbunden fühlen und sie als Teil ihrer heimat ansehen, können diese Flächen nicht nur günstiger, sondern auch sachgerechter pflegen als bezahlte Landschaftspflegetrupps.

Deshalb müssen Strukturen und Entwicklungschancen der Höfe von Anfang an in die Erarbeitung von Landschaftsplänen oder Extensivierungsmaßnahmen einbezogen werden. Auflagen müssen flexibel und eventuelle Ausgleichsleistungen so gestaltet werden, daß diese nicht als Auslaufförderung verstanden werden, sondern den Betrieben eine Perspektive sichern: z.B. durch Zuweisung von Ersatzflächen und Milchquoten, durch Bürgschaften für gesunkene Beleihungswerte oder durch eine bessere Vermarktung.

All dies spricht nicht gegen eine Honorierung landschaftspflegerischer Leistungen, sondern dafür, daß der Bauer seine Selbständigkeit und seine Perspektive hauptsächlich aus dem Verkauf seiner Produkte erzielt.

5. Die Landwirtschaft hat nur eine Chance, wenn sie Akzeptanz findet. Darum muß sie umweltgerecht produzieren.

Bauern werden ihre Interessen in der Gesellschaft nicht mehr allein durchsetzen können. Sie brauchen Bündnispartner, ganz besonders im Ballungsraum. Diese Akzeptanz ist in letzter Zeit zunehmend in Frage gestellt, weil die Entwicklung der Landwirtschaft vielerorts zu einer ernsten Belastung und Bedrohung der Umwelt geführt hat.

Nur eine umweltgerechte Landwirtschaft findet zukünftig Akzeptanz. Dies gilt besonders im Ballungsraum: Hier haben die ökologischen Funktionen der Landwirtschaft neben denen der Nahrungsmittelproduktion eine zentrale Bedeutung. Jeder Flächenverlust zugunsten anderer Nutzungen erhöht die ökologische Bedeutung der verbleibenden Flächen.

6. Der ökologische Landbau erfüllt die ökologischen Funktionen am sichersten, findet die meiste Akzeptanz und bietet besondere Marktchancen.

Der ökologische landbau bietet die Möglichkeit, gesunde Lebensmittel zu erzeugen und gleichzeitig die Umwelt zu schützen. Dies sichert ihm bei Verbraucherbefragungen eine hohe Wertschätzung. Viele kommunale Stellen fördern deshalb schwerpunktmäßig die Verbreitung des ökologischen Landbaus und die Vermarktung von Bio-Produkten.

Kommunale Landwirtschaftspolitik darf sich nicht nur auf Bio-Höfe beziehen, sondern muß die ganze Landwirtschaft der Region im Blick haben.

Eine Umstellung aller Höfe auf den ökologischen Anbau ist in absehbarer Zeit nicht möglich und nicht realistisch. Wer eine flächendeckende und umweltgerechte Landwirtschaft will, kann seinen Blick also nicht auf die Ökolandwirtschaft beschränken.

Auch in der konventionellen Landwirtschaft sind Schritte in Richtung Umwelt nötig und auch möglich. Insbesondere in Sonderkulturen kann der integrierte Anbau Fortschritte in dieser Richtung bringen, wenn er nicht nur ein neues Etikett für alte Zustände bleibt.

Und es macht einen gravierenden Unterschied, in welche Richtung die konventionelle Landwirtschaft geht:

- ob sie weiter an bäuerlichen Prinzipien festhält, nämlich Bindung an Landschaft und heimat, Denken in kreisläufen und in Generationsverantwortung, Achtung von Natur und Tieren, verantwortungsvoller und nachhaltiger Umgang mit den Lebensgrundlagen,
- oder ob sie in Richtung Agrarindustrie geht, bei der Boden, Pflanzen und Tiere lediglich austauschbare und ausnutzbare Produktionsinstrumente und Kapitalanlage sind.

Mit der Förderung des ökologischen Landbaus muß auch keine Diffamierung der übrigen Landwirtschaft verbunden sein. Die zeit der Anfeindung zwischen konventionellen und Bio-Bauern geht zu Ende. Zu deutlich ist, wie eng beide miteinander verbunden sind: das gilt nicht nur für die Abhängigkeit von Wetter und Agrarpolitik. Auch die Preise für konventionelle und für Bio-Ware hängen eng zusammen. Der ökologische Landbau ist die konsequenteste Form bäuerlicher Landwirtschaft. Nur Höfe, die erhalten bleiben, können später auf den ökologischen Anbau umstellen. Werden die ökologisch wirtschaftenden Bauern gegen ihre Berufskollegen ausgespielt, dann schwächt das die Position der Landwirtschaft insgesamt.

8. Den ökologischen Landbau als Lokomotive für die ganze Region nutzen!

Die meisten Bauern, besonders in Stadtnähe, haben kaum eine Chance im Wettlauf mit anderen Regionen um eine möglichst kostengünstige und intensive Massenproduktion. Sie müssen sich darauf besinnen, welches ihr spezifischer Standortvorteil ist – die Nähe zum Verbracher.

In letzter zeit ist eine zunehmende Besinnung auf die Regionen festzustellen. Die Lebensmittelskandale der letzten Jahre haben die Chancen der regionalen Vermarktung noch deutlicher gemacht. Immer mehr verunsicherte Verbraucher suchen nach Lebensmitteln, deren Produktionsbedingungen ihnen überschaubar erscheinen und die in ihrer Nähe erzeugt werden.

Je mehr aber die Verbraucher ihren Blick auf die Landwirtschaft in der Region richten, desto mehr achten sie zwangsläufig auf deren Produktionsweisen. Nur wenn sich diese positiv abheben, werden sie diese Produkte kaufen und mehr dafür bezahlen.

Je mehr Bauern sich für den ökologischen Anbau entscheiden, desto bessere Chancen bestehen für die Aufwertung der Region. Diese Akzeptanz verbessert die Aussichten, die ländlichen Räume gegnüber anderen Nutzungsansprüchen zu sichern. Sie verbessert auch die Vermarktungschancen der ganzen Region.

Ein regionales Vermarktungskonzept muß weitere Aspekte mit einschließen: wie Naherholung, Tourismus, Handwerk, Gastronomie, Tage der offenen Hoftür und Imagekampagnen für die Region. Der ökologische Landbau kann für das Image der Region als Lokomotive wirken. Umgekehrt verbessert das Image der Region die Vermarktungschancen regionaler Ökoprodukte gegenüber überregionaler Konkurrenz.

Die kommunale Agrarpolitik kann gerade im Vermarktungsbereich viel bewegen.

Im Bereich der »großen Agrarpolitik« tut sich im Bereich der Vermarktung immer noch eine große Lücke auf, insbesondere bei regional und ökologisch erzeugten Produkten. Andererseits ist dieser Bereich für viele Landwirte ein Weg zur Existenzsicherung und zur Verringerung der Politik- und Subventions-Abhängigkeiten.

Viele Kommunen haben in diesem Bereich wichtige Hilfen durch die Entwicklung von Marketingkonzepten geleistet. Besondere Bedeutung hat hier die regionale Direktvermarktung über Bauern- oder Ökomärkte. Wichtig ist auch eine Anschubhilfe für die Bündelung und gegenseitige Ergänzung der Produkte über Erzeugerzusammenschlüsse. Regionale verarbeitungseinrichtungen wie Schlachthöfe und Molkereien sind für die regionale Vermarktung zu erhalten bzw. zu fördern. Bei der Verwendung von ökologischen Produkten aus der region können Großküchen im kommunalen Bereich Vorbild sein.

Die »große Agrarpolitik« im Auge behalten!

Die Bedeutung kommunaler Landwirtschaftspolitik ist begrenzt. An vielen Punkten muß sie Entwicklungen entgegensteuern, die von der EU-Agrarpolitik forciert werden.

Andererseits wird immer deutlicher, daß flächendeckend eine Trendwende zugunsten bäuerlicher Existenzen, der Umwelt und regionaler Zusammenhänge überfällig ist. Die Kommunen und deren Spitzenverbände sollten sich in dieser Debatte einmischen.

Bis es zu einer Wende dieser »großen Agrarpolitik« gekommen ist, bleibt die kommunale Landwirtschaftspolitik besonders wichtig. An der Nahtstelle von Stadt und Land wird besonders deutlich, welchen Wert und welche Rolle Landwirtschaft hat und haben soll. Das zeigt sich in Konflikten, aber auch an den Bündnismöglichkeiten im kommunalen Bereich. Wie Städte und Gemeinden und deren Bürger mit der Landwirtschaft umgehen – davonb geht eine wichtige Signalwirkung aus... ●

Weitere Informationen zu den in der Erklärung angesprochenen Themen können bei der ArbeitsGemeinschaft Ökologischer Landbau (AGÖL), Baumschulenweg 11, 64295 Darmstadt oder dem AgrarBündnis, Lipschitzstr. 22, 53121 Bonn bezogen werden (die genannten Organisationen haben nicht die Erklärung verfaßt!).

Anzeige

Politische Ökologie

Jetzt lesen!

Das zweite Wirtschaftswunder?

Mit der ökologischen Steuerreform aus der Sackgasse

Die ökologische Steuerreform liegt im Brennpunkt politisch-ökologischer Diskussionen. Kann mit ihr ökologisch sinnvolles Verhalten „sanft" in die marktwirtschaftliche Dynamik integriert werden?

Jetzt für DM 14,80 überall in der Bahnhofspresse erhältlich oder direkt bestellen bei:
ökom GmbH
Waltherstr.29, Rgb.
80337 München
Tel.: 089/544 184-0
Fax: 089/544 184-99

KOCHEN MIT DER SONNE

»Wo ist denn da das Stromkabel?« ist eine der Standardfragen wenn ZuschauerInnen das Backen eines Kuchens im Solarkocher betrachten. Kaum eine/r glaubt, daß Temperaturen von 140 bis 180 Grad nur mit der umweltfreundlichen Sonnenstrahlung erreichbar sind.

Der Solarkocher, das anti High Tech Produkt par excellence, überzeugt auch den letzten Skeptiker von den vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten der Sonnenkraft. Um den Solarkocher auch bundesweit bekannter zu machen, hat die Solarkocherbaugruppe der Bürgervereinigung ENERGIEWENDE Saarland e.V. ihre Erfahrungen zusammengetragen und in Form eines kleinen Büchleins im ENERGIEWENDE Verlag veröffentlicht. Dieses ist nun nach 10 Monaten in der zweiten, überarbeiteten Auflage erschienen. neben einer Einführung in das Thema, der Genfer Naturforscher Horace Benedikt de Saussure baute schon in der Mitte des 18. Jahrhunderts einen »Capteur solaire« (Sonnenofen), werden auch zahlreiche Tips & Tricks für den Umgang mit dem Solarkocher gegeben. Viel Wert wurde vor allem auf eine gut verständliche und ausgezeichnet illustrierte Bauanleitung gelegt (13 Zeichnungen, 5 Fotos). Mit einer detaillierten »Einkaufsliste«, Werkzeuglisten und genauen Skizzen kann jeder in einem Tag einen Solarkocher bauen. Der Materialwert beträgt etwa 100 DM, sicherlich eine der preisgünstigsten Möglichkeiten um Solarenergie zu nutzen.

Die Erfahrungen der Solarkocherbaugruppe zeigen, daß mit dem Solarkocher fast alles zubereitet werden kann: ob Suppen, Brot, Pizza, Kuchen, Gemüse oder sogar Würstchen braten, die Praxis hat es gezeigt: es geht. Nur Nudeln kann man keine Kochen, sie werden zu matschig. Zwar kann ein Solarkocher einen konventionellen Herd nicht vollständig ersetzen, in Mitteleuropa kann er jedoch an 100 bis 150 Tagen im Jahr genutzt werden. Der Solarkocher zeigt vor allem wieviel Energie in der kostenlosen und umweltfreundlichen Sonnenstrahlung steckt und mit welch einfachen Mitteln diese genutzt werden kann. ●

dp

»Kochen mit der Sonne«. Herausgeber: Solarkocher Baugruppe. Mit einem Vorwort von Marianne Rosenbaum (Regisseurin) und finanzieller Unterstützung der Stadtwerke Saarbrücken. Einführung, Tips & Tricks, Bauanleitung, 44 Seiten, 18 Abbildungen. Preis: 12 DM (+ 2,50 DM bei Versand). 2. Aufl. 1994, ISBN 3-928600-13-3. Erhältlich bei: ENERGIEWENDE Verlag & Vertrieb, Am Rebenberg 25b, D-66130 Eschringen oder telefonisch rund um die Uhr. Bestelldienst: Tel./Fax (0 68 93) 69 17. Natürlich auch im Buchhandel.

ALTES HANDWERK IM 20. JAHRHUNDERT

Wer diesem Thema 1.060 Seiten widmet, die auf Beobachtungen über 12 Jahre basieren, kann eigentlich nur eine Dissertation im Kopf gehabt haben. Und richtig: Frieder Stöckle, der gelernte Schreiner, Pädagoge und Schriftsteller hat sich mit dieser Arbeit zurecht seinen Doktorhut verdient. Roland Bauer, vielen SchreinerInnen vermutlich eher durch seine Bilder in der Fachzeitschrift »Deutscher Schreiner und Tischler« bekannt, hat an die 200 Bilder beigesteuert, die während den Gesprächen und Vorführungen alter Handwerkstechniken entstanden sind. Das zweibändige Werk gliedert sich in die Darstellung der Methodik und der geschichtlichen Grundlagen des alten Handwerks um dann über geschichtliche Details an das Milieu heranzuführen. Geschildert wird der Stellenwert des Handwerks in verschiedenen Abschnitten dieses Jahrhunderts, welches Ansehen die Handwerksfamilie genoß – auch welche Rolle die Frauen dabei einnahmen – bis zu so heiklen Fragen, wie die alten Meister, mit dem NS-Regime umgegangen sind. Erstaunlich offen hier die Antworten.

Für die Kommunalpolitische Arbeit oder den Unterricht an Schulen werden dann Didaktische Hilfen erarbeitet, wie bestehendes altes Handwerk wieder ins Interesse der Bevölkerung gerückt werden kann und so der »Oral History«, also der »Geschichte durch erzählen« Raum geschaffen werden könnte.

Band 2 beinhaltet die eigentlichen Gespräche und die Fotos von Roland Bauer. Tonband und Tagebuchnotizen von persönlichen Eindrücken ergänzen sich hier. Sowohl an den Bildern wie den Texten ist die Feinfühligkeit zu bemerken, die nur Menschen haben, deren Lebensumfeld noch Bezug zu den Befragten aufweist. Sehr viel des Arbeitsalltags der »Alten«, die oftmals noch mit 70 oder 80 Jahren in der Werkstatt stehen und sich gar nichts anderes vorstellen können, halten die beiden hier für immer fest. Und das im letzten Moment: Einige der GesprächspartnerInnen sind mittlerweile verstorben und mit ihnen verschwunden ist oft die letzte Werkstatt dieses Gewerks, das letzte, nirgends aufgeschriebene Wissen von nicht selten drei Generationen. Nur einmal gelingt die Überlieferung bei dem alten Schuhmachermeister, der seinem jungen Berliner Kollegen eine klassisch handwerkliche Ausbildung und damit die Voraussetzung für die Meisterschule verpaßt. Ich persönlich hätte mir natürlich gewünscht, daß Frieder Stöckle mehr aus dem Schreinerhandwerk zutage fördert. Alte Techniken oder regionale Eigenschaften kommen aber leider in diesem Interview kaum vor. Gerade in seinem ursprünglich erlernten Beruf ist er erstaunlich zurückhaltend, gerät das Gespräch eher zu einer Studie des Generationenwechsels und der Kluft dreier Generationen an Lehrlingen. Schade! Wagner, Schuhmacher, Zimmerleute, Drechsler, Schmiede um nur einige zu nennen, kommen dagegen zur Genüge zu Wort.

Fast allen Gesprächen hört man an, wie stolz die alten Meister sind, daß sich noch mal jemand für ihr Handwerk interessiert und wie gerne sie auch im letzten Winkel ihrer Erinnerung kramen, was Techniken, oder Eigenheiten des jeweiligen Handwerks ausmachte. Klar: Sie sind ja auch die, die letztendlich trotz allen Widrigkeiten überlebt haben. Also nicht die schlechtesten. Apropos alte Meister: Viele der Handwerksfrauen haben ganz handfest den Betrieb durch Arbeiten in den Werkstätten mitgetragen. Interessant wäre sicher gewesen, wenn Frieder Stöckle in seiner Studie auch danach geforscht hätte, ob es eigentlich irgendwo Handwerkerinnen, vielleicht sogar Meisterinnen gegeben hat, die über die elterliche Werkstatt trotz Standesdenken Fuß im Gewerk fassen konnten. Ganz leicht halten sich immer die Gerüchte, daß dies gar nicht so wenige gewesen sein sollen – gerade nach den großen Kriegen. Belege dafür gibt es aber leider sehr wenig zugängliche. ●

küma

Frieder Stöckle: Altes Handwerk im 20 Jahrhundert – dörfliche Arbeits- und Lebenswelten in Nordwürttemberg, 1.060 Seiten mit 210 Abbildungen, broschiert in 2 Bänden für 98,– DM im Silberburg Verlag

ÖKOLOGISCHES BAUSTOFFLEXIKON

Ökologische Baustoffe sind in aller Munde. Dies rührt nicht zuletzt daher, daß die Wirkstoffe von Chemikalien in konventionellen Baustoffen durch den Mund und die Atemwege, auch über die Haut jahrzehntelang in blankem Fortschrittsglauben dem Körper zugeführt wurden. Doch noch immer scheiden sich die Gemüter bei der Definition oder schon der Erkennung solcher Stoffe. Wer konnte schon vor den Holzschutzmittelprozessen mit dem Begriff PCP etwas anfangen und wer kann es heute präzise benennen?

»Pentachlorphenol wurde vor allem in den 60er-70er Jahren in Dosen bis 5% als fungizider Wirkstoff in lösemittelhaltigen Holzschutzmitteln verwendet. (...) PCP und andere Holzschutzmittel verursachen unter anderem eine allgemeine vegetative Funktionsstörung (Adynamie) und setzen die körpereigene Immunabwehr herab, so daß belastete Personen häufiger, schwerwiegender und länger an allgemeinen Infektionskrankheiten leiden, als ohne Gifteinwirkung. (..)«

Vom Abbeizmittel über Wolle, die gängigen Holzarten bis hin zu Zinnorganischen Verbindungen, die in Antifoulingfarbe auf Schiffsrümpfen mit den Abbeizmitteln wieder heruntergeholt werden, ist zweispaltig und prägnant in 1.300 Stichworten alles beschrieben, was einem an notwendigen Antworten oft so dringend fehlt. Wer sich mit ökologischem Bauen, Qualitätssicherung oder anderweitig in diesem Metier bewegt, sollte diese Buch ohne wenn und aber ins Bücherregal mit aufnehmen. Es bietet eine sehr fundierte Grundlage für jede Art von Fachgesprächen oder einfache Antworten ohne den Kauderwelsch vieler technischer Merkblätter.

Der Autor Gerd Zwiener ist Chemiker und war 1978 Mitbegründer des Kölner Katalyse-Institutes, später Geschäftsführer der Eco-Umweltlabor GmbH. Heute ist er als freier Sachverständiger und Dozent in Köln tätig. ●

küma

Ökologisches Baustofflexikon. C.F. Müller Verlag Heidelberg, Autor Gerd Zwiener; 1994, 358 Seiten gebunden; 92,– DM, ISBN-3-7880-7497-3

GRÜSSE AUS DEUTSCHLAND

Witze machen über Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit? Sich über den faschistischen Mob auf der Straße und den Spießbürger, der klatschend am Fenster steht lustig machen? Darf mensch das?

Wenn dabei eine solch überzeugende Sache wie das vorliegende Buch herauskommt, mit Sicherheit! Die Cartoons, Karikaturen und satirischen Texte in dem Band »Grüße aus Deutschland« verarschen nämlich nicht nur die Nazi-Glatzköpfe, sondern nehmen in erster Linie die Verbindung von Neo-Faschismus und Staat aufs Korn, wie es in den Büchern des Verlages »Die Werkstatt« so üblich ist. Das Ergebnis ist dadurch beileibe nicht so oberflächlich und peinlich wie es die Thematik vielleicht anfangs zu versprechen scheint. Im Gegenteil: Die Arbeiten in diesem Buch sind fast durchgängig von sehr hoher Qualität, was angesichts von Namen wie Toni Ungerer, Walter Moers, Tom, Marie Marcks, Klaus Staeck, Gerhard Mester, Osman Engin, Til Mette, Kriki, Erich Rauschenbach, Johann Mayr, Uta Rotermund u.v.a. nicht sehr verwundert.

Da alle KarikaturistInnen und AutorInnen zugunsten der Organisation PRO ASYL auf ihr Honorar verzichtet haben, tut mensch mit dem Kauf des Buches nicht nur seinen Lachmuskeln sondern auch allgemein etwas Gutes. ●

»Grüße aus Deutschland: Satiren und Karikaturen gegen rechts«. Hrsg. von Jörg Petersen – Göttinger Verlag »Die Werkstatt«, Paperback, 16,80 DM.

Ulrike Hermes

DAS INTERNET ADRESSBUCH

Bunt gemischt wie das gesamte Internet, enthält dieses Verzeichnis aus dem IWT-Verlag auf 288 Seiten fast 2.000 Internet-Adressen bzw. – Ressourcen, meist mit kurzen und informativen Erläuterungen. Die Einträge sind alphabetisch nach 100 Stichworten von Archäologie bis Zoologie gegliedert. Zusammengestellt wurde das recht preiswerte Buch von Peter Klau (peter.klau● zb2.ub.uni-dortmund.de), einem »Internauten« der ersten Stunde, und Michele Klau, die Anregungen und allfällige Korrekturen im sich rasant ändernden Cyberspace gerne entgegennehmen.

Stand der Angaben ist Oktober 1994. Ob es eine Online-Version des Buches gibt, ist leider nicht ersichtlich. Für Einsteiger mit Internet-Zugang ist das Buch sehr gut geeignet, und Personen, die sich statt mit Englisch lieber mit Esperanto befassen, sei die Newsgroup soc.culture.esperanto empfohlen.

Anhang A enthält die Internet-Adressierung von und zu 16 anderen Netzen, Anhang B die international wichtigsten Archie-Sites, Anhang C häufig verwendete FTP-Befehle und Anhang D wichtige Gopher-, WAIS-und WWW-Clients sowie die Internet-Top-Level-Domains außerhalb der USA. ●

Carl Dietz

Bibliographie:
Peter Klau / Michele Klau: Das Internet Adressbuch IWT Verlag, Bonn, 1995, 280 Seiten, 29,80 DM

ARBEITSHILFE

Öffentlichkeitsarbeit für Nonprofit-Organisationen

Zahlreiche nicht-profitorientierte Projekte und Initiativen, Vereine, Verbände und staatliche Einrichtungen haben zwar ein umfangreiches Dienstleistungsangebot, sind aber in der Öffentlichkeit nicht ausreichend präsent. Finanzierungsschwierigkeiten, Nachwuchsmangel, schlecht motivierte MitarbeiterInnen und Mitglieder sind die Folge.

Wie läßt sich die Öffentlichkeitsarbeit verbessern? Wie präsentieren Nonprofit-Organisationen ihre Ziele und konkreten Aktivitäten erfolgreicher?

Dieses Buch will MitarbeiterInnen und Mitglieder dazu animieren, die öffentlichen Beziehungen aktiv zu gestalten. Als Arbeitshilfe enthält es zahlreiche konkrete Anregungen für die tägliche Arbeit. ●

dp

Detlef Luthe: Öffentlichkeitsarbeit für Nonprofit-Organisationen. Eine Arbeitshilfe. 168 Seiten, Paperback, 26 DM, ISBN 3-87512-313-1

ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK

Parteiische Stellungnahme und konkretes Sachwissen

Viel zu wenige sind kommunalpolitisch aktiv, und dabei ist es doch gerade wichtig, sich auf lokaler Ebene einzumischen. Wer sich genauer informieren möchte über den rechtlichen und organisatorischen Rahmen kommunaler Politik, und wer andererseits auch Ideen sucht, wie alternative Inhalte konkret gemacht werden können, der ist mit diesem gut 400 Seiten dicken Buch gut bedient.

In fast 50 Beiträgen finden sich theoretische Analysen und praktische Handlungshilfen für kommunalpolitisch Aktive und Interessierte. Dies reicht von der Vermittlung von institutionellem Basiswissen (z.B. »Die Kommunalverwaltung und ihre Reform« oder »Der Haushalt«) über die für ökologisch-alternative Politikerinnen und Politiker besonders relevanten Bereiche (z.B. »Abfallwirtschaft«, »Energiepolitik«, »Wasser«, »Altlasten«...) bis hin zu einer »Einführung in die praktische Ratsarbeit«. Auffällig ist, daß neben den ökologischen Themen insbesondere sozialpolitische Beiträge stark vertreten sind. Herausforderung vielleicht für Leserinnen oder Leser dieser Zeitung, daß alternativ-ökonomische Perspektiven kommunaler Politik recht kurz kommen. Im Beitrag über »Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik« kommen als Organisationsformen lediglich »Beschäftigungsprojekte« und »Soziale Betriebe« vor. Aber dies kann sich ja bei der 3. Auflage ändern, die ich den Herausgebern dieses Handbuches schon möglichst bald wünsche – denn diese 2. Auflage ist wirklich anschaffenswert! ●

Wolfgang Beywl

Herbert Klemisch u.a. (Hrsg,.): Handbuch für Alternative Kommunalpolitik, Bielefeld 1994, 45 DM

KRISE – WELCHE KRISE?

Letzten Herbst trugen in der Züricher »Roten Fabrik« fünf exponierte TheoretikerInnen, die jeweils für bestimmte Richtungen der radikalen und autonomen Linken stehen, ihre Ansichten zum Charakter der gegenwärtigen Krise und zur zukünftigen Entwicklung des Kapitalismus vor. Der Schweizer Ökonom Res Strehle und der durch seine Thesen zur »Wiederkehr der Proletarität« bekannter gewordene Karl Heinz Roth heben den Doppelcharakter der Krise hervor: Sie wurde in den 70ern durch die steigenden Ansprüche der dissidenten Jugendlichen und der ArbeiterInnen »von unten« erzeugt. Das Kapital reagierte mit dem Abbau sozialstaatlicher Garantien und der Erhöhung des Zwangs zur Arbeit. Gegenüber dem Trikont wurde in den 80ern dann die Schuldenwaffe (IWF) eingesetzt. Strehle arbeitet auch die vielfältigen Formen von Arbeit jenseits von Vertragsverhältnissen heraus: »Kriminalität«, Haus- und Zwangsarbeit. Ernest Mandel, der alte Kämpe des Trotzkismus, ordnet die Krise in die langen Wellen der kapitalistischen Entwicklung ein. Robert Kurz sieht den Kapitalismus durch Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung am Ende, während die linke Gesellschaftskritik gleichzeitig so zahm sei wie noch nie (seine eigene natürlich ausgenommen). Für die Ökofeministin Maria Mies sind die armen Frauen und die sog. Dritte Welt die Verliererinnen der Krise, sie plädiert für eine subsistenz- und öko-orientierte Abkoppelung vom (Welt-) Markt und betont die Gegensätze zwischen Trikont und armen Menschen in der Metropole. Karl Heinz Roth (vgl. CONTRASTE Dezember 1993, S. 14) beschreibt das neue deutsche und weltweite Akkumulationsmodell (Zentralisation des Kapitals bei Dezentralisation der Produktion, Ende des Sozialstaat, »workfare«, Armut trotz Arbeit), das eine Ausdifferenzierung der Arbeitsverhältnisse mit sich bringt. Er bestimmt die Aufgaben der egalitären Linken in der Durchsetzung der moralischen Ökonomie des Existenzrechtes, bleibt aber in den Vorschlägen zur Organisierung genauso nebulös wie in seinem Buch.

Das Büchlein bietet Zusammenfassungen der jeweiligen Standpunkte zu Krise, Kapitalismus und Arbeit und gibt damit einen guten Überblick über Diskussionen im nicht-parteiorientierten Teil der Linken. Es ist für eine anfängliche Beschäftigung geeignet, die Sprache ist manchmal etwas kompliziert, aber noch im Rahmen. ●

Bernd Hüttner

IG Rote Fabrik (Hg.): Krise – welche Krise?, 118 S., 16 DM, Edition ID-Archiv 1995

LESEBUCH ZUR ARBEITSKULTUR

Aus dem Gesundheitsladen Berlin e. V. gibt es das »Lesebuch zur Arbeitskultur. Arbeit ist das halbe Leben!«. Ich habe es von vorne bis hinten durchgelesen – nichts vom Mief des »Werkreises Literatur der Arbeitswelt«, sondern ganz präzise Analysen, meist von den ArbeitnehmerInnen selbst. Die Alltagsgeschichten von Arbeit, Krankheit, Wieder-Gesundwerden kreisen nicht zufällig um die Problematik der verletzten Menschenwürde und die persönlichen Versuche, damit fertig zu werden.

Da geht es um die Zunahme von Rückenschmerzen und den gleichzeitigen Verlust des Rückgrats irgendwo im Gefolge einer Umstrukturierung a la »lean management« – und wie schwierig es ist, den Aufrechten Gang wieder zu lernen. Eine Verkäuferin schreibt über ihre Gedanken an der Kühltruhe. Eine andere Arbeiterin und Ordensschwester blickt auf zwanzig Jahre in einem metallverarbeitenden Betrieb zurück. BetriebsrätInnen aus Ost und West beschreiben ihre Erfahrungen in Großbetrieben, unter anderem BMW in Spandau (dies unter dem bezeichnenden Titel: »Ich hätte es nicht für möglich gehalten«).

Die GeschichtenschreiberInnen berichten, wie sie sich bei und nach der Arbeit fühlen, was sie ihnen im Leben bedeutet, was sie als Herausforderung für sich selbst und was sie als Zumutung empfinden, wann ihnen die Arbeit Spaß und Freude macht und wann sie Qual und Mühsal wird. Der Titel spielt darauf an, daß Arbeitszeit Lebenszeit ist, eben: »Arbeit ist das halbe Leben«. ●

Gabriele Hooffacker

Bibliographische Angaben:
Horst Czock / Eberhard Göbel / Beate Guthke (Hg.): Lesebuch zur Arbeitskultur. Arbeit ist das halbe Leben, Berlin 1995, broschiert, 260 Seiten, 25 Mark, ISBN 3-928099-07-8

Bestelladresse:
Gesundheitsladen Berlin e. V.
Gneisenaustr. 2a
D-10961 Berlin
Tel. (0 30) 693 20 90

NEUE BROSCHÜRE

»Kein Zweifel – Gewaltlosigkeit funktioniert! Wirkungsweise und Aktualität gewaltlosen Widerstands«

Dokumentation eines zweistündigen Vortrags von Johan Galtung aus Anlaß des 10jährigen Bestehens der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden in Heidelberg. An Beispielen der Erfolge von Gewaltlosigkeit in gewaltträchtigen internationalen Konflikten der letzten 50 Jahre sowie an aktuellen Beispielen macht Johan Galtung mit Detailkenntnisen deutlich, wie Gewaltlosigkeit funktioniert. Er zeigt auf, wie verhängnisvoll sich die patriarchale Kultur der Gewalt auswirkt und welche gewaltlosen Handlungsmöglichkeiten er im Krieg in Ex-Jugoslawien und im Umgang mit der Gewalt von Rechts bei uns sieht. Ergänzend zu seinem Vortrag haben wir Galtungs »Thesen zur großen Kette der Gewaltlosigkeit« (1988) aufgenommen.

Das im Vortrag erwähnte Spektakuläre und in Deutschland kaum bekannte Interview mit dem Direktor einer US-Amerikanischen Public-Relations-Firma über systematische Medienmanipulation (am Beispiel Balkankrieg) veröffentlichen wir zusätzlich.

DIN A5-Format, ca. 50 Seiten, 6 DM / Ex. plus 1,50 DM Porto (in Briefmarken), 10 Ex. 4,50 DM plus 2,50 DM Porto
zu bestellen bei:
Pazifixversand
Alberichstr. 9

JOBS

Selbstverwaltete Druckerei (38 Beschäftigte, ökologisch orientiert) sucht **GeschäftsführerIn.**
Kenntnisse und Erfahrungen in Betriebswirtschaft, Verkauf, Personalverantwortung sowie mindestens gutes technisches Verständnis werden vorausgesetzt. Kurzbewerbung bitte an Oktoberdruck GmbH, Paul-Lincke-Ufer 44a, D-10999 Berlin-Kreuzberg

Selbstverwaltete Tischlerei sucht GesellIn mit Berufserfahrung im Bereich Möbel & Innenausbau (mit Einstiegsperspektive). Bitte kurze Bewerbung an: Abitare, Adalbertstr. 7-8, D-10999 Berlin

Wir vom Baukollektiv der Kommune Niederkaufungen suchen Verstärkung zum gemeinsamen Leben und Arbeiten. Wir sind Floccerfachbetrieb und machen alle Arbeiten drumherum bis zur Zimmerei. Dementsprechen suchen wir Leute mit Vorerfahrung und Lust dazu. Bedingung ist in unsere Kommune einzusteigen. Bitte keine formale Bewerbung! Baucombo, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen

PROJEKTE

Brauchwassererhitzung mittels Sonnenenergie
Seminar im Ökodorf-Projektzentrum vom 21. bis 27.8.95
Innerhalb des Seminars werden sowohl die theoretischen als auch die praktischen Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt, um eine Kollektoranlage nach Stand der Technik selbst montieren und installieren zu können. Die TeilnehmerInnen werden eine komplette funktionsfähige Solaranlage bauen ...und nebenbei ins pralle Ökodorfleben schnuppern.
Kosten: 450 DM incl. Übernachtung und Vollwertverpflegung.
Infos und Anmeldung im Ökodorf-Projektzentrum, Torsten Mintert, Dorfstr. 4, 29416 Groß Chüden.

Anarchistisches Landprojekt (4m, 3f) sucht noch Frauen/Lesben in Bewegung (auch mit Kindern)!
Da wir noch in der Aufbauphase sind, sind unsere Strukturen noch nicht verkrustet. Viel Platz für Ideen und Träumerei! Wir nehmen uns viel Zeit für den Versuch, ehrlich und solidarisch miteinander zu leben.
Chiffre: Feuerland

Ökologische Gemeinschaftssiedlung »Holdenhauer Hof« b. Oranienburg sucht noch InteressentInnen, die über 100.000 DM Barkapital (Landkauf) verfügen und den Hausbau finanzieren können. Baubeginn voraussichtlich 1996. Infos: Tel.: (0 30) 312 68 69 oder 401 11 88.

FREIES RADIO

Hört! Hört! Nach megaher(t)zlichem Kampf haben wir die erste Hürde genommen: die Bürger-Radio-Idee ist im neuen Hessischen Rundfunkgesetz verankert! Werdet Mitglied bzw. Fördermitglied bei Radio Quer – Initiative für ein unabhängiges und werbefreies Lokalradio Mainz/Wiesbaden.
Pierre ☎ /Fax (06 11) 60 86 49 oder (01 72) 610 99 54
P.S.: Wir suchen kostenlos Tonstudio- bzw. Hi-Fi-Geräte und Schallplatten, etc...

DER AUTONOME FREISTAAT IN KOPENHAGEN

von Klaus Bischoff

Der Kampf um eine alternative Gesellschaft

CHRISTIANIA

STATTARCHIV/STATTKINO BERLIN e.V

120 S., Paperback - Buch erhältlich in linken Buch- und Infoläden oder direkt bei: Stattarchiv/Stattkino Berlin e.V., Friedrichstr.165, 10117 Berlin / 10,-(in bar oder in Briefmarken) inclusive Porto. Für weitere Anfragen: Tel.: (030) 2010533

WER GEWINNT IM ÖKOMONOPOLY?

Wie wir die Länder der `Dritten Welt´ zum gedankenlosen Umgang mit der Natur zwingen, wie das Wachstum der Wirtschaft unweigerlich ein Wachstum an Umweltzerstörung mit sich bringt und wie es anders sein könnte, ohne uns ins Mittelalter zurückzubefördern, zeigt unser

WIRTSCHAFTSPAKET.

Die umfangreiche wie informative Materialsammlung zum Themenkomplex Ökonomie und Ökologie erhalten Sie, indem Sie uns zwölf Mark in Briefmarken mit dieser Anzeige schicken.

BUND JUGEND
Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Postfach 300 249
53182 Bonn

Der Störer

Zeitschrift für Social-Beat-Literatur

Inhalt der Nr. 12 (NEU!):

Profile: Russische Gegenkultur auf dem Weg nach rechts - Der Schriftsteller ***Eduard Limonov*** ("Krieg, das ist Freiheit!") - von *Markus Mathyl*. ***Ingvar Ambjørnsen:*** "Gott im Atlantik". Diskussion: ***Michael Wildenhain*** über "Social" & über "Beat". ***Gerda Pogoda*** - "Das sind unsere" (Theaterstück um den 10. April 1945). *Uli Becker* zum 25. Todestag von ***Jack Kerouac.*** Romanauszug: ***Hilka Nordhausen.*** Volksthümliches: *Die Nacht ist nicht allein zum Schlafen da.* ***Buchtips.*** "Anarchie braucht keine Hosenträger" von ***Ralf Burnicki*** u.v.a.m. ABO (vier Ausgaben) DM 20. Probeex. DM 6,50. *Wenn Sie nicht mehr länger in der ersten Reihe sitzen wollen...* DER STÖRER, c/o Jörg André Dahlmeyer, Kastanienallee 87, 10435 Berlin.

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Polizisten, die zum Brechen reizen

Kriminelle Menschenversuche und rassistische Quälereien auf Bremer und Frankfurter Polizeiwachen

Inhalt

Polizei und Rassismus
Zur Kontinuität der Gewalt auf Bremer Polizeiwachen

„Einer hat mal 'nen Flüchtenden gemacht..."
Brechmitteleinsatz in Frankfurt

Polizisten, die zum Brechen reizen
Dokumente, Gutachten und Berichte von Betroffenen

Anhang
Weitere Dokumente, erste Reaktionen der Öffentlichkeit

Polizisten, die zum Brechen reizen
Dokumentation, 40 Seiten

Überweisungen bitte im Voraus unter Angabe der genauen Lieferadresse an:

Antirassismusbüro Bremen
Sielwall 38
28203 Bremen

Telefon (0421) 70 64 44
Fax (0421) 70 64 45

Flüchtlingshilfe Bremen
Konto 17 200 833
Die Sparkasse in Bremen
BLZ 290 501 01

Einzelpreis 5,-
ab 5 Expl. je 4,-
ab 10 Expl. je 3,50
ab 20 Expl. je 3,- + Porto

Auf dieses Konto können auch Spenden zur Unterstützung (z.B. Anwaltskosten) der von polizeilichen Mißhandlungen betroffenen Flüchtlinge eingezahlt werden.

Die Dokumentation zum Organisierten Erbrechen

Seit 1974 unterstützt die Rote Hilfe e.V. politisch Verfolgte in der BRD. Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige und strömungsübergreifende linke Schutzorganisation. Sie hilft AntifaschistInnen, Totalverweigerern, HausbesetzerInnen, DemonstrantInnen und anderen, die wegen ihrer politischen Betätigung kriminalisiert und verfolgt werden. Mit Mitgliedsbeiträgen und Spenden wird für die Unterstützung der Betroffenen bei Anwalts- und Prozeßkosten gesorgt.
Zudem organisiert die Rote Hilfe praktische Solidarität, wie Veranstaltungen, Flugblätter, Solidaritätsparties und Demos.

FREIHEIT FÜR MUMIA ABU-JAMAL!
STOPPT DAS LEGALE LYNCHEN!

ROTE HILFE e.V
Postfach 6444
24125 Kiel
Tel. + Fax (0431) 75141

GEGEN DIE VERDRÄNGUNG IM EIGENEN KOPF

Ein heiteres Schlachten alter Tabus aus Anlaß des 5. Jahrestages der Großen Nichtsozialistischen Oktoberrevolution ("Wende")

READER ZUR KONFERENZ LINKSOPPOSITIONELLER DDR-KRITIKER IM HAUS DER DEMOKRATIE

Herausgeber/Bezug: Matthias-Domaschk-Archiv in der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.
Schliemannstr. 23, 10437 Berlin
Spende zum Selbstkostenpreis: 5,- DM

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **27367 Sottrum, Redaktion Bremen,** Götz Paschen, Everinghausen 42 (statt Telefon: Postkarte; **37073 Göttingen,** Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; **49008 Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; **63512 Hainburg, Redaktion Rankfurt,** Peter Streiff, Friedensstr. 30, ☎ (06182) 6 82 75, Fax 6 82 78; 67433 Neustadt/Weinstr., Elisabeth Voß, Friedrichstr. 36, ☎ (06321) 3 27 54, Fax (06321) 3 47 01; 69035 Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; 90429 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; 06844 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax); 01277 Dresden, Büro für Freie Kulturarbeit e.V., Reinhard Lichtenhahn, Schandauer Str. 64, ☎ (0351) 396 30 71 (auch Fax); Niederlande, 1019AT Amsterdam, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66; Österreich, A-8983 Bad Mittendorf 36, Roman Schweidlenka

Fachredaktionen :

Autonome Frauenseite: 10117 Berlin, Ricarda Buch, Friedrichstr. 165, ☎ (030) 229 17 58; Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Grafische Betriebe: 10999 Berlin, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Handwerk: 18528 Bergen, Andreas Küstermann, Dammstr. 12, ☎ (0171) 818 63 18; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen Post Hönisch, Peter von Rüden, Rasmus Grobe, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax (04231) 48 79; Sozialpolitik: 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77 (Fax); Information und Datendokumentation: 63329 Egelsbach, Erich Engelter, Mainstr. 23, ☎ (06103) 4 27 42

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.

Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg

Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

Mailbox:
CONTRASTE-LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

IM POSTFACH

Betr.: »Irdische Informationen zu einem kosmischen Projekt«
Seit etwa fünf Jahren sieht sich das Projekt ZEGG einem Sektenvorwurf ausgesetzt, der in der Vergangenheit mit unsauberen Mitteln und weitgehend unwahren polemischen Behauptungen geführt wurde.
Die AutorInnen der zitierten Broschüre haben versucht, sachlich und fair zu bleiben. Einige Fehler und Fehleinschätzungen haben sich dennoch erhalten. Diese könnten leicht noch klargestellt werden, wenn es nur um das ginge.
Doch bei allem begrüßenswerten Versuch der Differenzierung geht es ihnen schlußendlich um die Bekämpfung dieses Steins des Anstoßes: »Stop ZEGG«.
Ich selbst kenne das ZEGG bzw. seine Vorläufer seit 10 Jahren und habe wertvolle Erfahrungen dort gemacht. Ich schreibe hier meine persönliche Meinung, die nicht unbedingt die der ZEGG-Verantwortlichen ist und die ich auch nicht mit diesen abgesprochen habe.
Das ZEGG hat für eine neue lebbare Vision der Gemeinschaft und freien Liebe wegweisende Pionierarbeit geleistet. Ich halte es bei aller Widersprüchlichkeit und Unbequemheit um eines der wichtigsten und interessantesten Projekte in unserem Lebensraum.
Alte »Sünden« können verziehen werden, wenn die Entwicklung weitergeht. Sie geht weiter, die Entwicklung. Teilweise innerhalb des Projektes, teilweise unter FreundInnen, die im Projekt gelebt haben und jetzt anderswo weitergehen.
Wofür leben wir, wenn nicht für die Umsetzung einer Vision? Wohin also zielt der Angriff - sei es gegen das ZEGG, gegen »Plastik-Indianer«, gegen Rudolf Bahro, und wer weiß gegen wen noch? Haben wir nichts besseres zu tun, als unsere Kraft in der Bekämpfung andersdenkender Visionäre zu erschöpfen?
Wer schläft sündigt nicht. Wer nichts riskiert, macht keine Fehler. Welche Fehler will man diesen AkteurInnen ankreiden, und in welchem Geist? Was soll der Unsinn, ausgerechnet dort die »Gefahr« zu sehen und sie bekämpfen glauben zu müssen, wo sich Menschen auf den Weg machen und etwas wirklich Unkonventionelles auszuprobieren? Und gesetzt den Fall, diese machen wirklich Unsinn, ist selbst das nicht noch vielmals geeigneter, daraus zu lernen und abzuschöpfen, als aus den Idelogiekämpfen scheinbar abgesicherter und verhärteter Positionen?
Ich würde nicht so sprechen, wenn von Seiten des ZEGG wirklich Gewalt, Unterdrückung, Geschäftemacherei oder Schlimmeres ausgehen würde. Nirgendwo habe ich gesehen, daß Kinder mit mehr Respekt und Anteilnahme behandelt wurden als im ZEGG, -alternative Kinderprojekte eingeschlossen. Nie wurde jemand unter Druck gesetzt, zu bleiben, wenn er nicht wollte. Die Preise für Veranstaltungen bewegen sich am unteren Rand dessen, was auch sonst in dieser Art auf dem Markt geboten wird, und schließlich muß ein Gelände damit finanziert werden. Reich oder auch nur wohlhabend wird im ZEGG niemand, auch keine Leitungsperson - ein Umstand, den ich eher bedauerlich finde.
Was den »psychischen Druck« angeht: Der geht nicht über das hinaus, was zuweilen in jeder Wohngemeinschaftsdiskussion oder Projektarbeitsgruppe unterläuft. Und was den angeblichen Sexismus betrifft, so weise ich darauf hin, daß in den verantwortlichen Positionen fast nur Frauen sind.
All das wird jedeR bestätigen können, der/die das ZEGG kennengelernt hat und nicht völlig paranoid ist.
Worum also geht es? Welche Empfindlichkeit wird angestochen und hochgepeitscht, hier eine Gefahr zu sehen, daß unschuldige und unmündige ZeitgenossInnen vereinnahmt werden, wovor man/frau glaubt, sie schützen zu müssen?
Das ist doch lächerlich! ●

Tonio Keller, Berlin

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine schon über acht Jahre bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit rund 65 Personen.
An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:
- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten unser Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben sich mit alternativen Lebensformen auseinander zusetzen.
Termine: 13. bis 15.10. und 1. bis 3.12.95

Anders leben – anders arbeiten – anders entscheiden
Daß es noch andere Möglichkeiten der Entscheidungsfindung der Lebens- und Arbeitsgestaltung gibt, als die in unserer Gesellschaft übliche, will dieser Bildungsurlaub am Beispiel der Kommune Niederkaufungen aufzeigen.
Termin: 18. bis 22.9.95
Information & Anmeldung:
Verein für Ökologie, Gesundheit und Bildung e.V.
Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30

TAUSCHRINGE

AusTausch der Tauschring-Initiativen
Vom 27. bsi 29.10.95 findet in Berlin die erste Tagung aller bestehenden und der im Aufbau befindlichen Tauschring-Initiativen statt. Dieses Treffen soll in erster Linie dem Erfahrungsaustausch dienen.
Anmeldung & Information:
Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Gneisenaustr. 2a
D-10961 Berlin
☎ (0 30) 691 30 05

VERNETZUNGSCAMP

für Gemeinschaftsprojekte. Vom 7. bis 13.08.95 im »LebensGut« in 02627 Pommritz (Oberlausitz). Vernetzungsthemen: Arbeit & Liebe, Ökonomie & Spritualität, Ästhetik & Gruppendynamik, Ökologie & Psychoarbeit, Altersicherung & Kinder, Management & Konsens, Stammesstruktur & Individualismus, Subsistenz & Markt, Erfolg und die Logik des Mißlingens, Politik und ...
Information und Anmeldung:
LebensGut, D-02627 Pommritz Nr. 1
☎ (03 59 39) 3 85

NETZ

Partnerschaftsgesellschaft
– eine neue Rechtsform für FreiberuflerInnen
Ein Seminarangebot für alle »FreiberuflerInnen« und die, die eine Existenzgründung als solche planen, denn nur diese können die Partnerschaftsgesellschaft als Alternative zu herkömmlichen Rechtsformen wählen.
Das Seminar gibt eine allgemeine Einführung ins Thema und vergleicht die Partnerschaftsgesellschaft mit etablierten Rechtsformen. Die Haftungsfragen in der Partnerschaftsgesellschaft stehen hier im Vordergrund. Für die Klärung von speziellen Einzelfragen der TeilnehmerInnen ist ebenfalls Zeit eingeplant.
Termin: 6.10.1995, Kreativhaus, 48145 Münster

»Wie sag ich's meinem Kunden«
– Seminar zu Verkaufsgesprächen.
Viele MitarbeiterInnen im handwerklichen Betrieb oder produzierenden Gewerbe kennen die Schwierigkeiten im Kundengespräch, die richtige Balance zwischen Zurückhaltung und Hilfsbereitschaft und die richtige «Dosierung« von Informationen zu finden.
Durch Infos zu verschiedenen Kommunikationsebenen und mit praktischen Übungen (Video) können die SeminarteilnehmerInnen lernen, freundlich auf KundInnen zuzugehen, Beratung und Infos anzubieten, aber nicht aufdringlich zu sein.
Termin: 14.10.1995, Ökozentrum, Frankfurt

NLP – Neurolinguistisches Programmieren
Unterstützung für den Alltag in kooperativ geführten Betrieben und Projekten. In diesem Workshop werden Anwendungsmöglichkeiten des neurolinguistischen Programmierens demonstriert, frei vom Mythos, der dieses Kommunikationsmodell manchmal umgibt.
Termin: 27./28.10.1995, Sozio-kulturelles Zentrum »Die Börse«, Wuppertal

Kosten senken – Kosten lenken
Controlling in sozialen, ökologischen und kulturellen Initiativen und Betrieben liefert Instrumente und Denkansätze zur Selbstüberprüfung und Selbststeuerung. Im Seminar werden Handlungsansätze zum Aufbau eines eigenen Controlling-Systems erarbeitet. Das Setzen von Zielen, Planen von Maßnahmen, Messen von Ergebnissen und deren Auswertung liefert Impulse für effektives und effizientes Handeln.
Termin: 10./11.11.1995, Ökozentrum, Frankfurt
Information & Anmeldung:
netz für Selbstverwaltung & Selbstorganisation
Schäfergasse 46
D-60313 Frankfurt
☎ (0 69) 28 87 16
Fax 29 54 32

Das steuerliche Gemeinnützigkeitsrecht
Grundzüge und praktische Anwendungsfälle für Tätige in Vereinen, Initiativen und gemeinnützigen Institutionen. Tagesseminar am 30.9.95 im Rudolf-Steiner-Haus Stuttgart, von 10 bis 18 Uhr. Teilnahmegebühren 170 DM (incl. Mittagessen)

Partnerschaft in Unternehmen und zwischen Unternehmen
Partnerschaft und Kooperation werden im heutigen Wirtschaftsleben immer wichtiger. Die damit zusammenhängenden Erkenntnis- und Praxisfragen werden bei einem Seminar im Anthroposophischen Zentrum Kassel behandelt, daß vom 12. bis 14. Oktober 1995 stattfindet. Es wird gemeinsam veranstaltet vom Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart, dem Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung Dornach, der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft e.V. Kassel und dem Verbund Freie Unternehmensinitiativen.
Themen der Vorträge, Foren und Gespräche: Kapital und Arbeit / Entwicklung und betriebliche Praxis der Mitbestimmung / Betriebliche Mitgestaltung / Eigentum und Partnerschaft / Lohn und Gewinn / Interessensmacht oder Interessenausgleich – Wege zwischenbetrieblicher Zusammenarbeit.
Information & Anmeldung:
Institut für soziale Gegenwartsfragen, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, ☎ (07 11) 236 89 50, Fax 236 02 18.

JUGEND & UMWELT

Regionale Utopien
Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, soziale Kälte. Probleme über Probleme. Welche Lösungen kann es geben, die regional – also in überschaubarem Rahmen – umsetzbar sind? Welche Modelle bieten Zukunftsperspektiven? Und schließlich: Wie können wir es anfangen?
In dem Seminar werden die Modelle bolo 'bolo und Kommune/Ökodorf vorgestellt, nach den Bedürfnissen der Teilnehmenden inhaltlich zerlegt und abgeändert. Abschließend soll diskutiert werden, wie sich eine »regionale Utopie« umsetzen ließe.
Termin: 15. bis 17.9.95, bei Idar-Oberstein
Der Teilnahmebeitrag liegt bei 30 bis 40 DM, nach Selbsteinschätzung.
Information & Anmeldung:
Umweltwerkstatt
Höckelboschstr. 4
D-55743 Idar Oberstein
☎ (0 67 81) 4 12 03

AG SPAK

Praktische Argumente gegen Ausländerfeindlichkeit
Vorurteile über »die Ausländer« oder »die Deutschen« gehören zum Alltag von Jugendlichen; genau dies sind die Anknüpfungspunkte, an denen Diskussionen entstehen können, die durch Nachfragen, sich gegenseitig zuhören, Interesse aneinander wecken und ein gegenseitiges Sich-Verstehen ermöglichen. Auf einer solchen Grundlage werden gemeinsame Überlegungen gemacht, wie ein multikulturelles Zusammenleben auch in der Alltagssituation von Jugendlichen möglich ist.
Termin: 20.-24.9.95, Wendland

Welche Bedeutung hat die europäische Sozialpolitik für behinderte Menschen?
Wo liegen die Gefahren, daß soziale Errungenschaften einzelner Länder bei der allgemeinen Angleichung verlorengehen? Welche positiven Regelungen anderer Länder könnten für alle behinderten Menschen übernommen werden? Rechtliche Regelungen zum Diskriminierungsverbot behinderter Menschen im Ländervergleich.
Termin: 22.-24.9.95, Melsungen

Mehr soziale Gerechtigkeit durch Umverteilung der Arbeit
Bei dieser Sozialpolitischen Tagung wollen sich die TeilnehmerInnen intensiv mit der Bedeutung der Arbeit für unsere Gesellschaft und den Abbau von Armut und Ausgrenzung auseinandersetzen.
Termin: 22.-24.9.95, Nahrendorf

Autonomie und Souveränität: 45 Jahre Zweistaatlichkeit und 5 Jahre Einstaatlichkeit
Deutschlandsichtweisen aus doppelter Perspektive: jung/alt und ost/west. Können wir uns noch begreifen? – ein intergenerativer Dialog.
Termin: 29.9.-8.10.95, Nahrendorf
Information & Anmeldung:
AG SPAK
Adlzreiter Str. 23
D-80337 München
☎ (0 89) 77 40 78
Fax 77 40 77

FREIRE

»Lernen mit Phantasie und Spaß: Freire-Pädagogik für Initiativen und Projekte«
ist der Titel eines Wochenendseminars vom 8.-10.9. in der Jugendakademie Bornheim-Walberberg (Rheinland). Gemeinsame Veranstalter sind die Stiftung MITARBEIT und die Paulo-Freire-Gesellschaft. Das Seminar soll einerseits Grundelemente der Methode des brasilianischen Pädagogen Paulo Freire vorstellen, andererseits Anregungen und Ideen für ihre praktische Anwendung geben. Anmeldung und nährere Informationen: Stiftung MITARBEIT, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn, Fax (02 28) 69 54 21

CASH COOP

Fördermöglichkeiten durch Stiftungen
Termin: 28. September 1995, Wiesbaden
Info & Anmeldung:
cash coop, Baumweg 10
D-60316 Frankfurt
☎ (0 69) 44 30 16
Fax 405 95 95

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach

SÜDSCHIENE

Fahrschule auf der Datenautobahn

Diese Seminarreihe der Beratungsbüros Südschiene richtet sich an FreiberuflerInnen und Gewerbetreibende mit eigenem PC. Vermittelt werden die Grundkenntnisse, sich auf der Datenautobahn Internet zurechtzufinden und die gesamte Bürokommunikation darauf abzustellen.

Teil 1 Welche Zubringer und Auffahrten gibt es und was kosten sie?
Ökonomische Nutzung der Telekommunikation durch sogenannte »Offline-Reader«: »E-Mail«, »News-Groups«, Datenbanken, Mail-, Fax- und Voiceboxen – all dies erschließt sich auch durch rationelle Nutzung »offline« (d.h. ohne gebührenpflichtigen Telefonkontakt). Sogar fortgeschrittene Internetdienste wie »World-Wide-Web«, »Archie«, und »Gopher« o.a. können auch ohne die teure und zeitintensive »Online-Kontaktaufnahme« angesteuert werden. Den TeilnehmerInnen werden auch andere Möglichkeiten der Nutzung demonstriert (Telnet, »Websurfing« u.a.). Nach Hause nehmen sollen sie jedoch eine simple und preiswerte Möglichkeit, die Welt der Datenfernübertragung ohne Blick auf den Gebührenzähler ausprobieren und trotzdem bereits anwenden zu können. Ziel ist somit auch die Bildung der ersten Strukturen eines sogenannten »Wide Area Networks«, da alle Interessierten auch nach Abschluß des Seminars in Telekontakt bleiben sollen und – moderiert durch die Seminarleitung – auf dem Wege des »distance learnings« ihre neuerworbenen Fertigkeiten vertiefen werden.
Die Seminareihe erfolgt in enger Kooperation mit dem Projekt von CONTRASTE, eine interaktive Datenbank aus der Grundgesamtheit von 10.000 Adressen der BUNTEN SEITEN zu entwickeln. Interesse?

Bitte anmelden bei CONTRASTE e.V., Postfach 104520, 69035 Heidelberg. Postkarte genügt
Reihe wird fortgesetzt

FRAUEN

Frauen schreiben – anders?
Gibt es einen weiblich-feministischen Schreibstil jenseits des männlich geprägten, scheinbar objektiven Nachrichtenjournalismus? Ist die Trennung von Takt und Gefühl von Ereignis und Erzählerin, von Journalismus und Literatur notwendig und sinnvoll?
Theoretische Einführung in journalistische und literarische Stilformen. Praktische Übungen zu Recherche, Nachricht, Interview, Kommentar, Kurzgeschichte u.s.w.
Workshop für Frauen, die sich in der Alternativpresse engagieren oder auf andere Weise schriftlich an die Öffentlichkeit treten (wollen).
Termin: 22. bis 24.9.95
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen
Kirchweg 1
D-34260 Kaufungen
☎ (0 56 03) 80 07 30

Frauen und Umwelt
Workshop in Kooperation mit dem BUND Frauen AG vom 8. bis 10.9.95 in der Evangelischen Akademie Bad Boll
Information & Anmeldung:
Evangelische Akademie Bad Boll
D-73087 Bad Boll
☎ (0 71 64) 79-0
Fax 7 94 40

SCHON BESTELLT ?

BUNTE SEITEN 1995
Marktplatz der ökologisch verantwortungsvollen und politisch engagierten Betriebe und Projekte. Erstmalig als Handbuch (Format 230 x 295mm) mit ca. 10.000 Anschriften aus der BRD, der Schweiz und Österreich, werden sie ab Mitte September ausgeliefert.
Neu ist auch: Der gesamte Adreßbestand ist auch auf Diskette (D-Base) lieferbar.
Das Handbuch kann für 30 DM gegen Vorkasse bestellt werden. Die Diskette für 120 DM auf Rechnung.
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg.

ANTIMILITARISMUS

Zivile Friedensdienste
– Weichenstellung für eine zivile Konfliktberatung in Europa?
Diskussionsveranstaltung mit Prof. Dr. Andreas Buro (Komitee für Grundrechte und Demokratie), 5.10.95, 19.30 Uhr, Deutsch-Amerikanisches Institut, Sofienstr. 12, Heidelberg
Info: Werkstatt für GA Baden, Tel. (0 62 21) 16 19 78

ÖKOLOGIE

ZBB

Bodenordnung zwischen Plan- und Marktwirtschaft
Ein Informations- und Erkundungsseminar für Stadt- und Raumplaner, MultiplikatorInnen und Interessierte. Gegenstand der Erkundung ist das Braunkohlerevier um Görlitz an der polnischen Grenze. Die Fragestellung: Wie und von wem soll der Boden genutzt werden, der gezeichnet ist von Ausbeutung, Zerstörung, Abwicklung? Kann die Marktwirtschaft eine Hilfe sein auf dem Weg zu einer natur- und sozialverträglichen Bodenordnung?
Termin: 22. bis 24.9.95
Information & Anmeldung:
ZBB e.V., Adlzreiterstr. 23
D-80337 München
☎ (0 89) 721 14 12
Fax 77 40 77

Neue Horizonte in Technik und Bewußtsein
Kongreß und Ausstellung
vom 15. bis 17.9.95 im Tagungszentrum Gwatt, CH-3645 Gwatt am Thunersee
Information & Anmeldung:
Jupiter-Verlag
Postfach
CH-3000 Bern 8
Tel./Fax (0041-31 312 30 10

REGENBOGEN

Europäisches Treffen
Krise der Solidaritätsarbeit
Die grossen weltweiten Veränderungen haben ihre Auswirkungen. Was früher mit dem Begriff der »Internationalen Solidarität« allgemein verständlich schien, ist heute vielen Fragen ausgesetzt. Dabei ist eine Grundtatsache, daß es weiterhin strukturelle Gewalt, Ungerechtigkeiten, Ausbeutung usw. gibt. Aber: was heißt es heute, solidarisch zu sein – mit wem? Mit fortschrittlichen Regierungen, mit der »Volksbewegung«, mit »Nicht-Regierungs-Organisationen« usw.?
Inhalt der Konferenz wird in Form von Plenumsdiskussionen und Arbeitsgruppen die Auseinandersetzung mit Fragen nach Menschenrechtsverletzungen in demokratischen Staaten, Beurteilung von Menschenrechtsverletzungen im Rahmen neo-liberaler Wirtschaftspolitik, Diskussion von militärischer Intervention zur Durchsetzung von Demokratie u.v.a. sein.
Referenten: Dr. Augusto Zuniga, Rechtsanwalt (Peru/Schweden), DIML (Nürnberg), Nani Schwenninger-M. (Tübingen)
Konferenz-Seminar in Brüssel vom 22. bis 24.9.95
Anmeldung bei:
Paulo Freire Gesellschaft e.V.
Adlzreiterstr. 23, 80337 München

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,— DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

__ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

__ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

__ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.